

Heft 180

Ausgabe 5 | 2010

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro

spw

Wirtschaftsdemokratie

**Welche Perspektiven hat die
Demokratisierung der Ökonomie?**

Klaus Dörre

**Wirtschaftsdemokratie – eine Bedingung
individueller Emanzipation**

Jutta Blankau

**Wirtschaftsdemokratie aus
gewerkschaftspolitischer Perspektive**

Helmut Martens

**„Neue Wirtschaftsdemokratie“: Impulse,
Fundsachen und Herausforderungen**

Interview mit Holger Rogall

**Nötig sind nachhaltige Wachstums-
und Abnehmprozesse**

Kurzum | von Felix Welti

„Zusammen ein Bier trinken“ – das ist in Deutschland auch eine Chiffre für Zusammenhalt und Kommunikation. In manchen Regionen und intellektuellen Kreisen kann es auch Wein sein. Alkohol ganz durch Wasser zu ersetzen, ist einer Religion vorbehalten, die nach verbreiteter Ansicht nicht zur deutschen Leitkultur gehört. Wer Geiz nicht gut findet, sondern sozial integriert ist, gibt sogar mal anderen ein Getränk aus. Ob nach dem Sport, Elternabend oder SPD-Ortsverein: Das gehört zur Empirie unseres Zusammenlebens.

In der Reform der Grundsicherung kommt das auch vor. Von den ermittelten Ausgaben der Geringverdiener wurden die 8,11 Euro für alkoholische Getränke und 11,08 Euro für Zigaretten gestrichen, um sie durch 2,99 Euro für Mineralwasser zu ersetzen. Der Regelsatz fällt so um 16,20 Euro niedriger aus. Das gilt auch für Moslems, heißt keinen Alkoholiker und kann auch bei Büchern gespart werden. Aber es wurde ein Zeichen gesetzt. Fragt sich nur, welches.

Kurzum: Wer Arme bevormundet, und sei es nur rechnerisch, bleibt im Hartzschen Geiste. Soziale Teilhabe und gleiche Freiheit als Zweck einer Grundsicherung bleiben umkämpft.

Man kann mit weniger verlogenen Argumenten um die richtige Höhe der Grundsicherung streiten. Wer arbeitet, heißt es, sollte sich doch ein Bier mehr leisten können. Wenn die anderen nicht mehr mit am Tisch sitzen können, wird es falsch. Im Übrigen aber stimmt: Arbeit und Leistung sollen sich lohnen. Darum ist der Mindestlohn so wichtig. Wer arbeitet, soll davon leben können.

Wenn Familien von niedrigen Löhnen nicht mehr leben können, müssen die Eltern den Lohn durch Mindestsicherung aufstocken. Wenn immer mehr Kinder mit Grundsicherung aufwachsen, gibt es Leute, die beklagen, dass die Armen zu viele Kinder haben. Wenn



☞ Felix Welti ist Professor an der Universität Kassel am Fachbereich Sozialwesen und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto: privat

in oberen Bankerkreisen so gedacht wird, zeigt das, wer sozial nicht integriert ist. Wenn solche Gedanken breitere Zustimmung finden, ist das eine Gefahr.

Kurzum: Wer für Mindestlohn und Mindestsicherung eintritt, tut das nicht nur für ein unteres Drittel. Es geht auch um soziale Integration und gegen Rechtsruck und Entsolidarisierung all jener, die Angst vor dem Abstieg haben.

An die Stelle von Solidarität kann Spaltung treten. Von Alters her werden dazu Unterschiede von Völkern und Religionen genutzt und konstruiert. Die liberale und intellektuelle Kritik will im Rassismus nur das Vorurteil erkennen. Doch damit geht sie am Politischen vorbei. Wer aus- und abgrenzen will, lässt sich sein Vorurteil nicht nehmen, sondern wird es statistisch untermauern, notfalls neue Gruppen erfinden, die er für genetisch überlegen hält.

Eine Gesellschaft wird nicht humaner, wenn sie statt nach Hautfarbe oder Glauben nach Einkommen, Schulabschluss oder Wohnadresse ausgrenzt. Das Gerede vom sozialen Aufstieg bleibt leer, wenn die vergessen werden, die nicht aufsteigen können oder wollen. In einer guten Gesellschaft müssen auch sie teilhaben und dazugehören. Das vergessen manchmal gerade die Sozialdemokraten, die ihren eigenen sozialen Aufstieg zum Vorbild für alle machen wollen.

Kurzum: Soziale Teilhabe aller ist mehr als die Behauptung einer gleichen Aufstiegschance. ■

■ Meinung

SPD-Bundesparteitag: Auf dem Weg zu einem linken Fortschritt?
| Ulrike Hiller 4

Schwierigkeiten mit der Gleichheit | Christina Ujma 5

Debatte:

Jugend 2010 – mit Optimismus durch die Krise?
| Gudrun Quenzel 7

Wirklich eine zuversichtliche Generation? Und wenn ja:
Was heißt das? | Albert Scherr 9

Nötig sind nachhaltige Wachstums- und Abnehmprozesse
| Interview mit Holger Rogall 11

■ ■ Im Fokus: Wirtschaftsdemokratie

Welche Perspektiven hat die Demokratisierung der Ökonomie?

Einleitung zum Schwerpunkt
| Kai Burmeister, Götz Godowski, Stefan Stache 13

Wirtschaftsdemokratie – eine Bedingung individueller Emanzipation
| Klaus Dörre 18

„Neue Wirtschaftsdemokratie“: Impulse, Fundsachen und konzeptionelle wie praktische Herausforderungen in schwieriger Zeit
| Helmut Martens 24

Wirtschaftsdemokratie aus gewerkschaftspolitischer Perspektive
| Jutta Blankau 30

Exile on Mainstreet – Ökonomische Perspektiven jenseits der Wallstreet
| Arno Brandt 33

Wirtschaftsregierung in der EU | Bernd Lange 40

Genossenschaften: Sozialromantik oder reale Alternative zum Finanzkapitalismus? | Walter Vogt 47

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Die Stinkefinger-Hand
| Gesa Rünker 54

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Basel III | Arne Heise 55

Deutungshoheit auf Schwedisch | Christian Kellermann 57

Sammelrezension:

Ausgangslagen für ein gemeinsames Projekt?
Politische Diskurse im rot-rot-grünen Feld | Thilo Scholle 60

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen:
SPW-HERBSTTAGUNG, 29./30.10.2010, IMK: Sparkurs dämpft
Konjunktur spürbar 65

Fünf Fragen an...Barbara König 66

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Rösper (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Anja Kruke
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Till van Treeck

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Stefan Stache

Telefon 0177-525 04 98
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon 0231-2 02 00 11
Telefax 0231-2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Berliner Büro:

Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit
sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist
dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461-K 5361
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

www.photocase.de, © kallejipp

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Oktober 2010

SPD-Bundesparteitag: Auf dem Weg zu einem linken Fortschritt?

von Ulrike Hiller



⇒ Ulrike Hiller ist SPD-Abgeordnete in der Bremer Bürgerschaft und Mitglied im Vorstand des Forums DLz.

Foto: privat

Der Bundesparteitag im September in Berlin hatte unterschiedliche Qualitäten: Als „Arbeitsparteitag“ kann der Berliner Parteitag der SPD nicht bezeichnet werden. Zu lange – wenn auch inhaltlich gute – Reden ließen keinen Raum für wirkliche Beteiligung. Bei der unverzichtbaren partizipativ-demokratischen Erneuerung befindet sich die Partei noch eher am Anfang. Noch immer scheint sich das eingefahrene Schwungrad hierarchischen Politikmanagements weiter zu drehen, wenn auch langsamer und holpriger.

Programmatisch bietet sich ein anderes Bild: In der Arbeitsmarktpolitik wurde mit der Orientierung am Normalarbeitsverhältnis und der Begrenzung von Leiharbeit, der Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, dem Recht auf Ausbildung, der Verlängerung des Arbeitslosengeldes sowie der Forderung eines sozialen Arbeitsmarktes ein Richtungswechsel vollzogen. In der Finanz- und Steuerpolitik ist die ehemals ausgegrenzte Forderung der Finanztransaktionssteuer und ökonomischer Koordinierung in das Zentrum der Debatte gerückt. Der Beschluss, den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent zu erhöhen, war angesichts der Schieflagen des Steuersystems und zunehmender sozialer Spaltung bei wachsendem Reichtum notwen-

dig und überfällig. Verteilungsgerechtigkeit steht wieder hoch im Kurs, nachdem noch in rot-grünen Zeiten Diskurse der „gerechten Ungleichheiten“ forciert wurden. Wirtschaftspolitisch setzt sich die Erkenntnis durch, dass das einseitig exportorientierte, Niedriglohn und atypische Beschäftigung fördernde, neoliberale Modell keine Basis für ökonomische und soziale Stabilität darstellt.

Getrübt werden diese noch vor kurzem undenkbaren Beschlüsse allerdings von dem Zaudern in Sachen Integration. Statt einer eindeutigen Abgrenzung von rassistischen Thesen und Vorurteilen und der Betonung des Kampfes gegen Diskriminierung wurde der Antrag durch ausgrenzende Botschaften verwässert.

Bei allen Erfolgen besteht für die Parteilinke kein Anlass zur Entspannung: Zum einen können viele Forderungen in Zeiten der Opposition beschlossen werden, zum Schwur kommt es erst in Zeiten der Regierungsverantwortung. Gerade bei der Steuerfrage, zeigte sich schnell, welche Kontroversen es z.B. um die Reichensteuer gibt.

Zum anderen reicht es angesichts der ökonomischen, sozialen und ökologischen globalen Krise nicht aus, Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu korrigieren. Es bedarf der Wiederentdeckung von Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen als produktive Kraft mit guten Arbeitsverhältnissen. Es bedarf des Entwurfes einer emanzipatorischen sozialen Sicherung. Nötig ist ein Steuersystem, das wieder nach unten umverteilt. Wir brauchen eine Diskussion zur Demokratisierung der Wirtschaft, von der Autonomie am Arbeitsplatz, über die Mitbestimmung bis hin zur Entscheidung über die zentralen gesellschaftlichen Investitionen. Schließlich brauchen wir einen Diskurs über nachhaltiges Wachstum und den ökologischen Umbau der industriellen Strukturen und der Produktion. Die Arbeit an einem Profil linken Fortschritts hat gerade erst begonnen. ■

Schwierigkeiten mit der Gleichheit

von Christina Ujma

Groß war die Freude der ausländischen Medien über Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab – Wie wir unser Land aufs Spiel setzen* – dessen Titel genauso krude daher kommt, wie der Inhalt. Endlich konnte man wieder liebgewonnene Klischees pflegen und über Deutsche schreiben, die seit dem Faschismus oder schon immer Schwierigkeiten mit der Gleichheit hätten. Während das auf Kohl oder Schröder noch hervorragend passte, ging das kürzlich mit Angela Merkel nicht mehr so einfach, ihre Bemühungen um eine zeitgemäße Frauenpolitik, die zaghaften Versuche mit ethnischen Minderheiten ins Gespräch zu kommen, blieben nicht unbemerkt. Da ist der ehemalige Berliner Finanzsenator und Bundesbanker Sarrazin für viele ausländische Presseleute das ideale Feindbild, denn er stellt das klassische Beispiel des autoritären Vertreters der deutschen Elite dar, der arrogant und ignorant auf ethnischen Minderheiten und Unterprivilegierten herumtrampelt.

Sarrazin als Widergänger

Für die meisten Engländer oder Franzosen ist es schwer nachvollziehbar, wie sehr sich die gehobenen Schichten der Bundesrepublik abschotten, wie stark die Politik immer noch eine Sphäre ist, die von hellhäutigen westdeutschen Mittelschichtsmännern dominiert ist; die spärlich vorhandenen Frauen haben, abgesehen von Angela Merkel, wenig zu sagen und MigrantInnen bzw. deren Nachkommen sind kaum anzutreffen. In den Nachbarländern sind Angehörige ethnischer Minderheiten allgegenwärtig, sind Gewerkschaftsvorsitzende oder NachrichtensprecherInnen, bevölkern wie selbstverständlich die Universitäten als Studierende und Lehrende, sind Polizistin, Stewardess oder BusfahrerIn.



☞ Dr. phil. Christina Ujma ist Wissenschaftlerin und Publizistin und lebt in Berlin.

Foto: privat

Klassische Ausländer-Ghettos wie Berlin-Neukölln, Hamburg-Wilhelmsburg, Duisburg-Marxlohe oder Bremen-Tenever gibt es in England oder Frankreich genau so, aber auch gewalttätige Aufstände, wenn deren BewohnerInnen sich ungerecht behandelt fühlen. Das bringt dann neben viel Ärger mit der Polizei dann meist auch das Geld für neue Programme.

Die vor allem im Ausland geäußerte Annahme, dass Sarrazin die Verkörperung des hässlichen Deutschen und Widergänger der bösen Geister der deutschen Vergangenheit ist, sind wahrlich nicht unbegründet: Biologistische Zuschreibungen von ethnischer Minderwertigkeit, gepaart mit Überfremdungsszenarien und demographischen Untergangsprophezeiungen, sind ein Muster, das bereits Antisemitismus und Hetze gegen Juden und Polen im 19. Jahrhundert kennzeichnete. Sarrazins Äußerungen, die eigentlich so von einer antiquierten Böswilligkeit und Schlichtheit sind, dass sie eher einer dilettantischen Kabarettvorstellung entsprungen scheinen als dem politischen Diskurs. Sie wären von der Öffentlichkeit wohl als Blödsinn abgetan worden, wenn sie nicht von einem führenden Politiker der SPD vorgetragen worden wären, der einen traurigen Rekord in der Beschimpfung

von Armen und Unterprivilegierten hält, womit bisher gut durchgekommen ist. Zynisch könnte man sagen, dass die permanenten Schimpfkanonaden, die Sarrazin als Berliner Finanzsenator gegen Hartz IV Empfänger und Arme vorgetragen hat, ihm einen Job im Bundesbankvorstand eingetragen haben und erst der Rassismus seiner Karriere ein vorzeitiges Ende beschert hat.

Bildung braucht Antidiskriminierungsgesetz

Was ist eigentlich mit der politischen Kultur der SPD passiert, dass sie solche Leute jahrelang in Spitzenpositionen wählt, aber keine Angehörigen ethnischer Minderheiten in ihren Führungskadern aufzuweisen hat? Wieso gibt es in vielen unserer Nachbarländer auf Betreiben der Sozialdemokratie Equal Opportunity und Affirmative Action Politiken, Anti-Diskriminierungsstaatsanwaltschaften und dergleichen, aber in der deutschen SPD Spitzenpolitiker, die sich explizit dem Gegenteil verschrieben haben. Denn als Berliner Finanzsenator trägt Sarrazin zumindest einen Gutteil der Mitschuld daran, dass es mit Sprach- und Integrationsförderung sowie der Gleichstellung in der Stadt nicht weit her ist. Sich jetzt hinzustellen und die von ihm geförderten Mißstände zu beklagen, kann man nur perfide nennen. Dass die SPD Führung es für nötig hält, auf Sarrazins Politik insoweit einzuschwenken, dass sie nun von härteren Maßnahmen gegen sogenannte „Integrationsverweigerer“ spricht, kann da eher als peinlich angesehen werden. Denn die von der Partei favorisierten Kurse sind knapp und bringen nicht viel, wie zahlreiche Innenminister freimütig einräumen.

Erstens sind die Ziele für bildungsferne TeilnehmerInnen zu hoch gesteckt, zweitens ist ihre pädagogische Qualität höchst dubios, so dass die Durchfallquoten hoch sind. Das liegt auch daran, dass vielerorts keine qualifizierten Lehrkräfte zu finden sind, die

für die hier angebotenen Dumpinglöhne arbeiten wollen. Vor allem in Berlin sind die Löhne so kläglich, dass die Lehrkräfte kaum über Hartz IV Niveau kommen, wie die GEW kürzlich in ihrem ‚Schwarzbuch Weiterbildung‘ anprangerte und darauf hinwies, dass diese Missstände in staatlich finanzierten Bildungsmaßnahmen allgemein üblich sind. Womit sich die hehren Reden über Integration durch Bildung einmal mehr als Makulatur erweisen.

Unbestritten ist, dass MigrantInnen und Menschen mit ausländisch klingendem Namen deutlich schlechtere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben. Der öffentliche Dienst geht hier mit schlechtem Beispiel voran, da haben auch AkademikerInnen mit Migrationshintergrund wenig Chancen, weshalb es sie häufiger ins Ausland zieht. Es ist MigrantInnen und ihren eingebürgerten Nachkommen schwer zu vermitteln, warum sie sich bilden sollten, wenn sie auf dem Arbeitsmarkt sowieso kaum Chancen haben und allerhöchstens Jobs bekommen, deren Bildungsanforderungen ebenso bescheiden wie deren Bezahlung ist. Damit Bildung auch beruflich umgesetzt werden kann, müsste der Diskriminierung von sozialdemokratischer Seite offensiv entgegen gewirkt werden, z.B. mit einem Antidiskriminierungsgesetz das Zähne hat. Flankiert werden sollte das von einer Politik, die sich der Gleichheit als vorrangiger Aufgabe verschreibt und nicht nur mit dem durch die Demographie drohenden Fachkräftemangel argumentiert. Denn eigentlich ist die Gleichheit ein ursozialdemokratisches Anliegen, dass in den letzten 10 Jahren, wie so viele Politikfelder, die eigentlich zum Markenkern bzw. zur Identität der Sozialdemokratie gehören, in Vergessenheit geraten ist. ■

Debatte:

Jugend 2010 – mit Optimismus durch die Krise?

von Gudrun Quenzel



☞ Dr. Gudrun Quenzel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Bildungs- und Jugendsoziologie sowie soziale Ungleichheit und Geschlecht.

Foto: www.shell.de

Wie gehen junge Frauen und junge Männer mit der Wirtschaftskrise und ihren Folgen um? Die letzten drei Shell Jugendstudien beobachteten einen Wertewandel hin zu den handfesten, materielle Sicherheit anstrebenden Orientierungen und Wünschen. Was man sich ersehnt sind Zuverlässigkeit, Sicherheit und Ordnung, dafür ist man als junger Mann und als junge Frau bereit, sich anzupassen und sich in bestehende Strukturen einzugliedern. Für die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen sind Familie, Freunde und beruflicher Erfolg von außerordentlicher Wichtigkeit. Diese Ziele werden mit individuellem Einsatz und Geschicklichkeit verfolgt, an einer Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse besteht kaum Interesse.

Positiver Blick in die Zukunft bei der Mehrheit der Jugendlichen

Der in den letzten Jahren zu beobachtende Trend, dass Jugendliche den Optimismus in die eigene Zukunft zunehmend verlieren, hat sich nicht fortgesetzt. Trotz Wirtschaftskrise und zunehmend unsicher werdenden Beschäftigungsverhältnissen blicken die Jugendlichen wieder deutlich zuversichtlicher

in die eigene Zukunft. 59 Prozent schätzen ihre persönliche Zukunft zuversichtlich ein – so viele wie schon seit 20 Jahren nicht mehr. Interessant ist auch, dass sich in den letzten Jahren die Einstellungen der Jugendlichen in den alten und neuen Bundesländern angeglichen haben. Die Mehrheit in Ost- und Westdeutschland glaubt also (wieder), dass sie es schaffen werden, dass es ihnen gelingen wird, ihre persönlichen und beruflichen Ziele zu erreichen.

Der gestiegene Zukunftsoptimismus hängt eng mit der Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt zusammen. Der Anteil der Jugendlichen, die sich (sehr) sicher sind, ihre beruflichen Wünsche verwirklichen zu können, liegt bei 71 Prozent und damit deutlich höher als vor vier, aber auch noch höher als vor acht Jahren. Der Glaube, die eigenen beruflichen Wünsche verwirklichen zu können, ist vor allem bei den RealschülerInnen, aber auch bei den GymnasiastInnen und HauptschülerInnen gestiegen. Nach wie vor sind es jedoch die HauptschülerInnen, die am wenigsten an die Realisierung ihrer beruflichen Wünsche glauben.

Auch die Zuversicht, nach der Ausbildung vom Betrieb übernommen zu werden, ist deutlich gestiegen. Ein Viertel (24 Prozent) ist sich sehr sicher und die Hälfte (52 Prozent) ziemlich sicher, nach der Ausbildung vom Betrieb übernommen zu werden. Vor vier Jahren waren dies noch deutlich weniger (21 Prozent sehr sicher, 41 Prozent ziemlich sicher). In dieses Bild passt auch, dass sich gegenüber 2002 und 2006 die Jugendlichen im Schnitt leistungsgerechter bezahlt fühlen. ►

Gesunkener Optimismus bei einer Minderheit

Schaut man sich an, wer die eigene Zukunft positiv einschätzt und wer nicht, wird deutlich, wie stark der Zukunftsoptimismus von den wahrgenommenen Chancen abhängt, den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Wer sich unsicher ist, ob er den angestrebten Schulabschluss erreichen wird, wer auf der Hauptschule ist und wer aus bildungsfernen und ökonomisch ärmeren Familien kommt, sieht seiner Zukunft viel eher mit gemischten Gefühlen entgegen. Während in den oberen Schichten, der Mittelschicht und auch noch in der unteren Mittelschicht der Zukunftsoptimismus gestiegen ist, sinkt er in der untersten Sozialschicht, zu der etwa 10 Prozent der Jugendlichen gehören. Von diesen blickt nur noch ein Drittel optimistisch in die Zukunft – 2002 waren es noch 40 Prozent. Bei ihnen ist – realistischerweise – die Furcht vor der Arbeitslosigkeit am höchsten und die Zufriedenheit mit der aktuellen Situation am geringsten. Weniger als die Hälfte (41 Prozent) der Jugendlichen aus der untersten Sozialschicht ist sich sicher, den gewünschten Beruf zu erreichen. Unter ihnen ist der Anteil derjenigen, der Erfahrungen wie Sitzenbleiben oder auch Arbeitslosigkeit bereits einmal machen musste, am höchsten.

Das bedeutet jedoch keineswegs, dass diese Jugendlichen nicht an den Wert von Bildungstiteln glauben und diese nicht erreichen wollen. Auch sie versuchen – abgesehen von wenigen Ausnahmen – ihre beruflichen Ziele pragmatisch und beharrlich zu verfolgen, und geben sich alle Mühe, sich von den gestiegenen Anforderungen in Schule und Beruf nicht unterkriegen zu lassen. Das ist jedoch nicht immer leicht. Fast die Hälfte (46 Prozent) aller AbgängerInnen von Hauptschulen musste die Erfahrung machen, dass sie aufgrund ihres Schulabschlusses nicht den Beruf erlernen konnten, den sie ausüben wollen.

Für die Frage des Umgangs mit der Wirtschaftskrise bedeutet dies, dass sich die Jugendlichen von der Wirtschaftskrise nicht bedroht fühlen, solange sie keine für sie spürbaren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat. Bei denjenigen Jugendlichen, die für sich selbst kaum Perspektiven auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt sehen, ist der Optimismus gegen den allgemeinen Trend weiter gesunken. ■

LINKE?
Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de

Debatte:

Wirklich eine zuversichtliche Generation?

Und wenn ja: Was heißt das?

von Albert Scherr



⇒ Prof. Dr. habil. Albert Scherr, geb. 1958, lehrt und forscht am Institut für Sozialwissenschaften der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Arbeitsschwerpunkte: Jugendforschung, Migrations- und Diskriminierungsforschung, Soziologie und Theorie der Sozialen Arbeit. Aktuelle Veröffentlichungen u.a.: Jugendsoziologie, 9. Aufl., Wiesbaden 2009; Transdisziplinäre Jugendforschung, Wiesbaden 2010.

Foto: www.ph-freiburg.de

Die Shell-Jugendstudien, ehemals das Flaggschiff einer theoretisch fundierten empirischen Jugendforschung, haben sich zunehmend zu einer Meinungs- und Einstellungsforschung über Jugendliche entwickelt, welche die mediale und politische Nachfrage nach einer leicht verständlichen Einschätzung der Situation „der Jugend“ bedienen. Entsprechend finden sie regelmäßig breite öffentliche Resonanz und beeinflussen die öffentliche Einschätzung der Lage der nachwachsenden Generation. Dieser Erfolg hat durchaus seinen Preis: Schon die durchaus diskussionswürdige Frage, ob es sinnvoll und zulässig ist, die Altersgruppe der 12-25-jährigen vereinehend als eine Gruppe zu fassen, über die man sinnvoll Aussagen treffen kann, wird nicht gestellt. Und von internen Differenzierungen dieser Altersgruppe (etwa: präadoleszente, adoleszente und postadoleszente) wird ebenso weitgehend abgesehen wie von sozialen Differenzierungen. Dem in der Jugendforschung unstrittigen Faktum sozial höchst ungleicher Jugendlichen wird nur mit einem recht groben Schichtungsindex Rechnung getragen. Vernachlässigt werden damit nicht nur Milieuunterschiede, sondern auch regionale Disparitäten.

Auch unabhängig hiervon sind die Kernbotschaften der jeweiligen Shell-Studien durchaus diskussionsbedürftig: Die 1997 erschienene 12. Studie stellte die Einschätzung ins Zentrum, dass „die gesellschaftliche Krise die Jugend erreicht“ hat. Betont wurde, dass die Zeiten eines Aufwachsens jenseits der Sorgen der Erwachsenengesellschaft vorüber seien und Furcht vor Arbeitslosigkeit schon bei jüngeren Jugendlichen festzustellen sei. Eine Einschätzung, an der der Verfasser dieser Studie auch in aktuellen Veröffentlichungen noch festhält. Demgegenüber stellte bereits die 13. Studie (2000) „eine deutlich gewachsene Zuversicht in Bezug auf die persönliche wie auch in Bezug auf die gesellschaftliche Zukunft fest“. In der kürzlich publizierten 16. Studie wird nunmehr als Kernbotschaft eine optimistische Grundhaltung diagnostiziert, wobei einschränkend angemerkt wird, dass dies auf Jugendliche aus der Unterschicht so nicht zutrifft.

Welche Daten liegen diesen Aussagen zu Grunde? Die statistischen Werte zur Einschätzung der persönlichen Zukunft verändern sich im Zeitverlauf zwar erheblich, aber keineswegs geradlinig: Der Anteil der Zuversichtlichen betrug in den Shell-Studien 1985 47%, 1992 61% (West) bzw. 53% (Ost), 1997 35%, 2000 50%, 2002 56%, 2006 50% und nunmehr 2010 59%, ist also nur wenig höher als 1992 und 2002. Ein gravierender Bruch scheint sich zwischen 1992 und 1997 (Abnahme) sowie dann erneut zwischen 1997 und 2000 (Zunahme) vollzogen zu haben. Bevor hieraus Rückschlüsse auf Jugendliche gezogen werden, wäre nicht nur zu klären, was

diese Verschiebungen veranlasst hat, sondern auch zu prüfen, ob sich parallele Entwicklungen auch bei Erwachsenen vollziehen.¹ Diskussionsbedürftig ist zudem, ob solche Zahlen etwas über biografisch einigermaßen stabile Mentalitäten, oder aber nur über instabile Stimmungslagen aussagen.

Instruktiv sind bezüglich der Frage, wie solche Daten zu interpretieren sind, Ergebnisse einer im Jahr 2000 durchgeführten Befragung von Jugendlichen die überwiegend die Hauptschule besuchen bzw. besucht haben und sich nunmehr in BVJ- und BEJ-Klassen vorfinden.² 81% dieser Jugendlichen beantworten die Frage, ob sie mit ihrem Leben insgesamt zufrieden sind, positiv;³ auch die Frage nach ihrer Zufriedenheit mit ihren beruflichen Zukunftsaussichten beantworteten 72,2% mit vollkommen oder eher zufrieden. Aber nur 54,8% dieser Jugendlichen stimmen zugleich der Aussage zu „Ich kann mir den Beruf nicht aussuchen. Ich muss froh sein, wenn ich überhaupt eine Lehrstelle bekomme.“ Und 44,3% sind sich unsicher, ob sie eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle erhalten werden. Der Zusammenhang zwischen der Einschätzung der eigenen Chancen auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz und der allgemeinen Lebenszufriedenheit ist dabei zwar statistisch signifikant, aber schwach. Und es zeigt sich kein Zusammenhang zwischen der allgemeinen Lebenszufriedenheit und der Einschätzung der Chance, das Recht auf Berufswahl realisieren zu können.

Was folgt daraus? Die prekären Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen benachteiligter Jugendlicher übersetzen sich mehrheit-

lich nicht in eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben. Sie verbinden sich eher mit einem erzwungenen Realismus, d.h. einer Anpassung der eigenen Orientierungen an die gegebenen Verhältnisse sowie einer zweckoptimistischen Überschätzung der eigenen Chancen. Hinzu kommt im Fall der von uns befragten Jugendlichen eine individualisierende Deutung der Bedingungen des eigenen (Miss-)Erfolgs: Über 95% stimmen der Einschätzung zu, dass beruflicher Erfolg vor allem von den eigenen Kenntnissen und Fähigkeiten abhängt, 90% rechnen diesen dem eigenen Einsatz zu, aber nur knapp 55% betrachten die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen als bedeutsam.

Generelle Einschätzungen der eigenen Situation und Zukunftsaussichten sind so betrachtet kein direkter Effekt der gesellschaftlichen Situation und ihrer Auswirkungen auf die eigenen Lebensbedingungen und Chancen. Es handelt sich vielmehr um das Ergebnis eines voraussetzungsreichen Wahrnehmungs- und Deutungsprozesses der eigenen Situierung in einem gesellschaftlichen Kontext, der für benachteiligte und privilegierte Jugendliche zweifellos höchst unterschiedliche Rahmenbedingungen der Lebensführung impliziert. ■

1 Möglicherweise handelt es sich im ersten Fall um einen keinswegs jugendspezifischen Effekt der negativen Stimmungslage, der entstand, nachdem deutlich wurde, dass die versprochenen blühenden Landschaften nicht in Sicht waren.

2 Es handelt sich um das Projekt 'Jugend mit Chancen', das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des operativen Landesprogramms Baden-Württemberg durchgeführt wird.

3 Das entspricht dem Durchschnittswert der aktuellen Shell-Studie, liegt aber erheblich über dem dort angegebenen Wert für die dort sog. „unterste Herkunftsschicht“, der die von uns Befragten mehrheitlich zuzurechnen sind.

Nötig sind nachhaltige Wachstums- und Abnahmeprozesse

Interview mit Holger Rogall



⇒ Prof. Dr. Holger Rogall lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin Nachhaltige Ökonomie und ist Sprecher des Netzwerkes Nachhaltige Ökonomie.

www.holger-rogall.de
www.nachhaltige-oekonomie.de
holger.rogall@hwr-berlin.de

Foto: privat

spw: Angesichts der ökonomischen, ökologischen und sozialen Krise debattiert die Linke Möglichkeiten nachhaltigen Wachstums, hierzulande zumeist unter dem Label „New Deal“ oder „ökologische Industriepolitik“. Lösen die Ansätze ihren Anspruch auf ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Prosperität ein?

» **H.R.:** Aus meiner Sicht nicht, denn der „Green New Deal“ knüpft an ein Konzept aus den 1930er Jahren an, bei dem es vor allem um die *quantitative* Steigerung der Konsumnachfrage und die Modernisierung von Produktionskapazitäten ging. Wir benötigen aber einen *qualitativen* nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaft mit all ihren Produkten und Produktionsprozessen, so dass im Jahr 2050 die Mehrzahl der Produkte und Produktionsprozesse nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit neu konstruiert sein werden. Das ist mit einzelnen Programmen – und dies gilt auch für die ökologische Industriepolitik – allein nicht leistbar. Allerdings sind sie wichtige Zwischenschritte. Ich halte die Begriffe „selektives Wachstum“, „nachhaltiger Umbau“ oder „Transformation“ für geeigneter. Sie verweisen darauf, dass einige Bereiche Wachstums-, andere dagegen Reduzierungs- bzw. Abnahmeprozesse benötigen.

spw: Zahlreiche Studien verweisen auf die positiven Beschäftigungswirkungen

ökologischer Investitionen. Was bedeutet ein nachhaltiger Strukturwandel für die Beschäftigten traditioneller Industriezweige, wie z.B. der Automobilindustrie?

» **H.R.:** Die Geschichte der industriellen Gesellschaft ist von einem ständigen Strukturwandel geprägt, etwa dem Rückgang der Beschäftigten in der Landwirtschaft von früher 90 Prozent auf heute unter 2 Prozent in Deutschland. Dies gilt auch für den nachhaltigen Umbau. Zunächst wird es durch den Umbau – wie Studien zeigen – zu einem Beschäftigungsaufbau von 1 bis 2 Mio. neuen Arbeitsplätzen kommen. Strukturell bedeutet das z.B.: Da wo Werften sind, wird man künftig Windkraftwerke bauen, die Automobilindustrie wird ihre Produktion auf Elektromobilität sowie Nah- und Fernverkehr verlagern.

Dennoch wird es Menschen geben, die in anderen Bereichen eine Arbeit finden müssen – dies war seit der industriellen Revolution so und wird sich künftig auch nicht ändern. So benötigen wir für den nachhaltigen Umbau ein exponentielles Wachstum, zum Beispiel in den Bereichen der Bildungspolitik, der erneuerbaren Energien, der konsequenten Wärmeschutzisolierung aller Gebäude und der Neukonstruktion der meisten Produkte nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Hierzu muss übrigens entgegen dem neoliberalen Mainstream die weitere Absenkung der Staatsquo-

te umgekehrt werden. Dieser Umbau könnte durchaus noch mindestens 40 Jahre dauern. Was danach kommt, weiß heute auch ein Zukunftsforscher noch nicht zu sagen.

Alle energie- und ressourcenintensiven Produkte die nicht auf erneuerbaren Energien und erneuerbare Rohstoffe umgestellt werden können, müssen hingegen innerhalb der nächsten vier Jahrzehnte im Produktionsvolumen abnehmen. Diesen Wachstums- und Abnehmprozess muss die gesellschaftliche Linke auch öffentlich kommunizieren, sie muss aufpassen, nicht allen Alles zu versprechen und „überall blühende Landschaften“ zu verkünden.

spw: Mit welcher Strategie kann vermieden werden, dass weniger privilegierte soziale Milieus die Kosten des ökologischen Umbaus tragen?

» **H.R.:** In einer kapitalistischen Marktwirtschaft werden die Konsumenten immer die Veränderungen bezahlen müssen. Soll der Wandel sozial abgefedert bzw. die Lasten gerechter verteilt werden, ist eine progressive Steuerpolitik von zentraler Bedeutung. Es geht z.B. um einheitliche steuerliche Mindeststandards in der EU und eine höhere Besteuerung hoher Einkünfte aus Kapital und Arbeit. Weniger Privilegierte müssen bei höheren Mietkosten durch ökologische Modernisierung mit einem höheren Wohngeld unterstützt werden, welches durch die stärkere Heranziehung hoher Einkommen und Vermögen gegenfinanziert wird. Überlegungen, die Vermieter für die Modernisierung aufkommen zu lassen, verhindern den ökologischen Umbau. Wenn Vermieter nicht das größtmögliche Interesse an Wärmeeffizienz bekommen, das durch Pflichten gesetzlich zu flankieren ist, sind die Ziele zur CO₂-Minde- rung **nicht** erreichbar. Und: Die ärmsten der Armen, vor allem in den Entwicklungsländern, auf längere Sicht jedoch wir alle, zahlen global die Klimafolgekosten.

spw: Der SPD-Politiker Marco Bülow hat in spw Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Ökosteuer gemacht. Welche Eckpunkte müsste eine Reform haben?

» **H.R.:** Das Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft hat dazu zahlreiche gute Vorschläge gemacht. Wir brauchen eine ökologische Besteuerung von Ressourcenverbrauch, deren Sätze so lange steigen, bis der gewünschte Standard erreicht ist. Sind die Fortschritte groß, könnten die Steuersätze auch gleich bleiben. Ich schlage die Einrichtung einer Behörde vor, die beim Statistischen Bundesamt angesiedelt ist und die Fortschritte auf Grundlage von Nachhaltigkeitsindikatoren misst, wie sie im Nachhaltigkeitsprogramm der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2002 entwickelt wurden. Wichtig ist, dass keine Regierung, auch keine sozialdemokratische, den ökologischen Umbauprozess verlangsamt oder blockiert, wenn erste Ergebnisse zu verzeichnen sind. Zwar hat Deutschland, auch im internationalen Vergleich, deutliche Fortschritte bei der Verminderung von CO₂ gemacht. Aber sie sind – gemessen an dem Zeitfenster von 10 Jahren, das uns zur Verfügung steht, um die Folgen der Klimaerwärmung zu begrenzen – zu gering. Wir sind in dieser Hinsicht noch Fußgänger, benötigten jedoch einen Schnellzug. ■

➔ Das Interview führte Stefan Stache

Wirtschaftsdemokratie

Welche Perspektiven hat die Demokratisierung der Ökonomie?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Götz Godowski und Stefan Stache



Foto: www.photocase.de, © kallejpp

Wer von den Krisen des Kapitalismus rede, dürfe von einer „Wirtschaft und Gesellschaft jenseits des Kapitalismus nicht schweigen“, mahnte Michael Krätke zu Beginn 2009 in *spw*. In jüngster Zeit erfährt der Ruf nach einer Demokratisierung der Wirtschaft als Reaktion auf die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und deren Bewältigung wieder verstärkt Aufmerksamkeit und Unterstützung innerhalb der Gewerkschaften, der progressiven Parteien und der kritischen Wissenschaft. Ausgangspunkt der linken Diskussion ist die Feststellung, dass die jüngste Krise nicht konjunktureller sondern systemischer Art gewesen ist. Im Mittelpunkt steht das Scheitern des Finanzmarktkapitalismus, der mit wachsender sozialer Spaltung sowie einem massiven Legitimationsverlust der etablierten politischen Institutionen der Parteiendemokratie und ihrer Akteure einher geht. Ob die neoliberale Hegemonie tatsächlich überwunden werden kann, hängt in ent-

scheidendem Maße von der Fähigkeit der politischen Gegenbewegungen ab, neoliberale Denkansätze zu delegitimieren und praktische Alternativen zu entwickeln sowie diese im Alltag verschiedener sozialer Milieus zu verankern. Wirtschaftsdemokratie könnte den Kern eines solchen Alternativprozesses bilden.

Wirtschafts- und Sozialräte, demokratische Investitionssteuerung, gemeinwohlorientierte Unternehmen und die Verteidigung und Ausweitung der betrieblichen und unternehmensbezogenen Mitbestimmung: Die Liste wirtschaftsdemokratischer Instrumente ist lang und ihre Elemente nicht klar voneinander abzugrenzen. Wenn Wirtschaftsdemokratie aktuell eine Neuauflage erfahren soll, so ist zunächst unklar, um welche Kommandohöhen der Wirtschaft es gehen soll. Unterhalb der Grundsatzforderung nach mehr Demokratie in der Wirtschaft zeigen sich so vor allem viele

weiße Flecken, die auf den langen Stillstand in der politischen Praxis und in der konzeptionellen Debatte rund um Wirtschaftsdemokratie hinweisen.

Mit einer Tagung der *spw* und des Projektes Moderner Sozialismus Norddeutschland (Proms-Nord) in Zusammenarbeit mit der SPD Hamburg-Nord hat unser Zusammenhang kürzlich den Versuch unternommen, verschiedene aktuelle betriebliche, sektorale und gesamtwirtschaftliche Auseinandersetzungsfelder auf ihr wirtschaftsdemokratisches Potential hin abzuklopfen, die perspektivisch in einem erneuerten demokratischen Wirtschaften einfließen könnten. Peter von Oertzen formulierte die Leitidee der gleichberechtigten Teilnahme aller am Haben und Sagen. Das Prinzip der Wirtschaftsdemokratie dient hierbei als Orientierung. Rechtliche und politische Grundlage der Idee ist die verfassungsmäßig verankerte soziale Bindung des Eigentums. Ferner soll in diesem Heftschwerpunkt an die in Vergessenheit geratenen Diskussionen der 1950er und 70er angeknüpft werden.

Mehr als Traditionspflege!

Zurückgehend auf Fritz Naphtali in den späten 1920er Jahren wurde Wirtschaftsdemokratie in der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Debatte vor und nach dem zweiten Weltkrieg vor allem als „Abschlagszahlung“ auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft und Wirtschaft betrachtet, die ausdrücklich über den Kapitalismus hinaus führen sollte. Demokratie nicht nur auf die politische Sphäre und den Staat zu beziehen, sondern ausdrücklich auch auf den Wirtschaftsprozess auszuweiten, ist das Wesensmerkmal des Sozialismus. Dieses umfassende Verständnis von Demokratie unterscheidet sich damit klar vom klassischen Liberalismus. In der Historie der Wirtschaftsdemokratie bezog sich die demokratische Steuerung sowohl auf die Ökonomie insgesamt sowie auf das einzelne Unternehmen, wohingegen sich

in der bundesrepublikanischen Praxis die Mitbestimmung lediglich über das Unternehmen und den Betrieb erstreckte. Von der Wirtschaftsdemokratie der 1920er Jahre ist im institutionellen Ergebnis der Bundesrepublik die Mitbestimmung übrig geblieben.

In der Debatte um ein neues SPD-Grundsatzprogramm war es in den 1980er Jahren Peter von Oertzen, der einen letzten größeren Anlauf zu Gunsten der Wirtschaftsdemokratie unternommen hat. Tatsächlich finden sich im Berliner Programm sowohl Begründungen als auch Instrumente einer solchen Konzeption. So heißt es dort: „In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung. Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen. Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften läßt sich nur erreichen, wo der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird.“ Letztendlich blieben aber die innerparteilichen Diskussionen über weitergehende wirtschaftliche Steuerungs- und Planungsinstrumente in den Anfängen stecken. In einem kleinen Teil der gewerkschaftlich orientierten Wissenschaft wurde hingegen an Konzepten der ArbeitnehmerInnenbeteiligung an Vermögen und Entscheidungen, kollektiven Arbeitnehmerfonds sowie neuen Modellen zur Beteiligung von VerbaucherInnen und BürgerInnen an den öffentlichen Finanzen (Bürgerhaushalt) gearbeitet, welche jedoch allesamt ein Nischendasein führten.

Wenn heute, nach circa zwanzig Jahren Stillstand, Wirtschaftsdemokratie wieder zu einem Ausgangspunkt fortschrittlicher Politik werden soll, geht es weder um einen romantisierenden Blick zurück noch um schlichte Tra-

ditionspflege. Im Gegenteil: Aus der aktuellen Verfasstheit kapitalistischen Wirtschaftens lassen sich zahlreiche Ansatzpunkte für eine Neuaufgabe ableiten, wie Helmut Martens in seinem Artikel verdeutlicht.

Nicht erst der Zusammenbruch der Finanzmärkte kann Gegenstand der Kritik am Finanzmarktkapitalismus sein. Vielmehr sind die Kurzfristigkeit und die radikale Renditeorientierung zu dominierenden Destruktivkräften der Ökonomie geworden. Auch in der politischen Sphäre werden Krisenerscheinungen immer offenkundiger. Colin Crouch diagnostiziert den Zustand der gegenwärtigen Demokratie als Postdemokratie: In der Postdemokratie würden Interessengruppen der Wirtschaft meist direkt das Regierungshandeln beeinflussen, die Existenz sozialer Hierarchien werde dagegen geleugnet. Ein „kommerzielles Modell“ der Kommunikation habe über das „politische Modell“ triumphiert. Die Einbindung der „Masse der normalen Bürger“ durch unabhängige Organisationen als Voraussetzung einer lebendigen Demokratie finde nicht mehr statt. In der „liberalen Demokratie“ komme dem Bürger nur die Rolle der Anklage und des Wahlbürgers zu, jedoch nicht der aktiven Mitgestaltung.

Die Überlegungen zur Postdemokratie sind deshalb interessant, weil die reine wirtschaftspolitische Betrachtung des Regierungshandels in der Hochphase der Krise zu kurz griffe. Die Rettungsmaßnahmen in Form von umfangreichen Konjunkturpaketen und öffentlicher Beteiligung an Banken wären durch eine Bundesregierung, egal welcher Couleur, vor der Lehmann-Pleite unvorstellbar gewesen. So notwendig insbesondere die Stabilisierung des Bankensektors gewesen ist, so sehr zeigt sich die demokratische Leerstelle. Bei Commerzbank und anderen Banken verzichtet der Staat ausdrücklich auf Einfluss auf die Geschäftspolitik, eine Mitsprache demokratisch legitimer Politik und öffentliche Kontrolle finden nicht statt.

Wirtschaftsdemokratie ist im Rahmen eines allgemeinen gesellschaftlichen Demokratie-Relaunches zu denken und müsste mit folgenden Bestandteilen einhergehen:

Mehr direkte Mitsprache und gestärkte Mitbestimmung

Klaus Dörre weist auf die Notwendigkeit einer regulativen Idee hin, welche der häufig latent vorhandenen Gesellschaftskritik der Beschäftigten eine Perspektive biete. Wirtschaftsdemokratische Konzeptionen versteht Dörre als Chance und Bedingung nicht nur kollektiver, sondern auch individueller Emanzipation. Durch die Entgrenzung von Arbeitsformen bzw. Arbeitszeit und die Zunahme von Prekarität sei die postfordistische Arbeitsgesellschaft geradezu demokratiefeindlich. In dieser Situation komme der Auseinandersetzung um den Freiheitsbegriff eine zentrale Bedeutung zu, da der Marktradikalismus zwar Selbstbestimmung und Eigenverantwortung auf seine Fahnen schreibe, aber lediglich die Freiheit privilegierter Gruppen maximiere. Wenn Partizipationsansprüche entweder für Verwertungsinteressen instrumentalisiert oder aber autoritär blockiert würden, stelle sich zunächst den Gewerkschaften und der politischen Linken die Aufgabe, emanzipatorische Ansprüche überhaupt zu entwickeln und zu stabilisieren. Einen ersten Anknüpfungspunkt für demokratische Partizipation, der über die unterschiedlichen Partizipationsansprüche der Beschäftigtengruppen hinweg reiche, sei das Bedürfnis nach Zeitsouveränität, nach wirklicher und individueller Verfügung über Lebenszeit.

Dieser Ansatz fügt sich in die gewerkschaftliche Erneuerungsdebatte ein, die sich sowohl auf gestärkte Individualrechte sowie auf eine Stärkung des kollektiven Arbeitnehmerwillens in Form einer ausgeweiteten Mitbestimmung bezieht. In den letzten Jahren ist deutlich geworden, dass der wachsende Wunsch der Beschäftigten nach Autonomie und Selbst-

verwirklichung in der Arbeit im Widerspruch zur kurzfristigen Renditeorientierung und den Steuerungsmechanismen der Managementstrategien vieler Unternehmen stehen. Viele Beschäftigtengruppen, bis hin zu den Hochqualifizierten, fühlen sich durch fachfremde Kontrollbürokratien und ständige Restrukturierungen und Erfolgsvorgaben in ihrem Arbeits- und Berufsethos gegängelt und unter Leistungsdruck gesetzt. (vgl. Vester et.al. in *spw* 178). Der Arbeitsethos und der Wunsch vieler Beschäftigtengruppen nach direkter Mitgestaltung des Arbeitsplatzes sind daher nicht nur ein zentrales Element von Wirtschaftsdemokratie, sondern können zudem Quelle einer Revitalisierung gewerkschaftlicher Arbeit darstellen.

Für mehr Mitspracherechte für Betriebsräte spricht sich auch Jutta Blankau in ihrem Beitrag aus, die insbesondere bei den Themen Beschäftigungssicherung und Betriebsänderung greifen müssten. Der Leitgedanke aller Forderungen gegenüber einer erweiterten Mitbestimmung sei es, die Unternehmen über die Profitlogik hinaus auf gesellschaftliche Belange zu verpflichten.

Anders als noch vor einigen Jahren ist die Ausweitung der Mitbestimmung längst kein exklusives Thema der Gewerkschaften mehr. Auch auf dem jüngsten SPD-Bundesparteitag wurden im wirtschaftspolitischen Leitantrag fortschrittliche Forderungen aufgestellt, die darauf zielen, privatwirtschaftliche Unternehmen mehr denn je zur öffentlichen Angelegenheit zu machen. Über das taktische Moment der Parteiführung kann lange spekuliert werden. Im Zuge der innerparteilichen Erneuerungsdebatte lohnt sich jedoch die Auseinandersetzung für mehr Wirtschaftsdemokratie.

Welche wirtschaftsdemokratischen Chancen sich unter den Bedingungen der Wissensökonomie eröffnen, zeigt Arno Brandt in seinem *spw*-Beitrag auf. Da die Netzwerkarchitektur der Wissensökonomie hierarchische Steuerungsmodi zunehmend obsolet werden

lasse, werde einer Demokratisierung der Betriebe und Innovationskulturen tendenziell der Boden bereitet. Ob derart partizipative Strukturen ein emanzipatorisches Potenzial entfalten könnten, hänge maßgeblich von den WissensarbeiterInnen selbst und von den jeweils spezifischen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen ab.

Öffentlicher Sektor und demokratische Steuerung

Die Dominanz des Neoliberalismus führte in den letzten zwei Jahrzehnten zu einer enormen Privatisierungswelle in der kommunalen Daseinsvorsorge. Vor dem Hintergrund des realen Scheiterns vieler Privatisierungsversprechen ist die große Welle vorbei und in einigen Kommunen findet sogar eine Rekommunalisierung privatisierter Aufgaben statt. Vor diesem Hintergrund stellt sich nicht nur die Frage nach der Größe des öffentlichen Sektors, sondern auch nach den Grundbedürfnissen, die demokratisch organisiert, orientiert und kontrolliert werden müssen. Eine Debatte auf der Hamburger Tagung bezog sich dabei auf das Gesundheitswesen, das jenseits einer Nutzer/Kunden-Debatte auf eine Maximierung des Zugangs und der Qualität medizinischer Versorgung orientiert werden muss. Die Aufgabenklärung öffentlicher Institutionen wurde auch am Beispiel der Landesbanken diskutiert, die ihrer ureigensten Funktion der Kreditvergabe in den Regionen gerecht werden müssen und deren Zweck nicht Abenteuer auf dem globalen Finanzmarkt sind.

Der nicht neben, sondern mit der Wirtschaftsdemokratie zusammen zu denkende ökologische Umbau der Industrie verlangt neue Produkte und Verfahren. Dabei ist klar, dass aller Euphorie um grüne Märkte zum Trotz diese Aufgabe nicht im marktwirtschaftlichen Selbstlauf zu erzielen sein wird, sondern die Rolle des Staates hierbei entscheidend ist. Von der Ausgestaltung der Förder- und Forschungspolitik bis hin zum Aufbau von Clus-

tern im Rahmen einer Industriepolitik zeigt sich, dass es auch in „Marktwirtschaften“ längst nicht mehr um das ob, sondern um das wie staatlicher Einflussnahme geht. Der Steuerungsoptimismus gegenüber staatlicher Einflussnahme braucht dabei Anknüpfungspunkte, die sich beispielhaft beim japanischen Ministerium für internationalen Handel und Industrie (MITI) finden.

Wirtschaftsdemokratie ist nie trennscharf von beschäftigungsorientierter Wirtschaftspolitik zu betrachten, wie Bernd Lange in seinen Überlegungen einer „europäischen Wirtschaftsdemokratie“ verdeutlicht.

Die Diskussion über Eigentum stellt sich nach den Erfahrungen des Sozialismus sowjetischer Prägung, nach dem massiven Abbau staatlichen Eigentums und der Ineffektivität des Shareholder-Value erneut. Insgesamt besteht kein Grund, die Eigentumsform von Unternehmen nur defensiv anzugehen. Nicht zuletzt zeigt das Beispiel Volkswagen, dass ein Unternehmen mit einer starken öffentlichen Beteiligung und einer starken Arbeitnehmerorientierung sehr wohl wirtschaftlich erfolgreich agieren kann. Eine alte, aber verstärkt zu berücksichtigende Form ist die der Genossenschaft als unternehmerischer Organisationsform. Im Sinne der Pluralität von Eigentumsformen geht Walter Vogt in seinem Artikel auf die Perspektiven des Genossenschaftswesens ein. Über das Potential von Genossenschaften über bestehende Nischen hinaus muss im Rahmen von Wirtschaftsdemokratie ebenso verstärkt diskutiert werden wie über andere Organisations- und Eigentumsformen von Unternehmen (Stiftungen etc.).

Ausblick

Wirtschaftsdemokratie war weder historisch ein abschließendes Konzept, noch kann das Ziel heute in der Entwicklung eines vollständigen (Umsetzungs)-Programmes bestehen. Vielmehr sind Wirtschaftsdemokratie

bzw. demokratisches Wirtschaften als Alternative zur Logik des Finanzmarkt-Kapitalismus zu verstehen.

Wirtschaft ist als ein wesentlicher und politisch gestaltbarer Bereich der Gesellschaft aufzufassen und zu demokratisieren, was wiederum eine zentrale Voraussetzung eines menschenwürdigen Lebens für alle darstellt. Diese Sichtweise ist für arbeitsorientierte Linke sowohl Grundverständnis wie auch Erfahrung, welche in die innerlinken Crossover-Debatten eingespeist werden müssen.

Auch innerparteilich ergeben sich Anknüpfungspunkte. Im Jahr eins nach der historischen Niederlage bei der Bundestagswahl vollzieht die SPD einen vorsichtigen und in Teilen sicher widersprüchlichen Erneuerungsprozess. Insgesamt zeigt sich in der SPD eine Offenheit für Positionsbestimmungen, welche die SPD-Linke mit Wirtschaftsdemokratie ausfüllen kann.

Über richtige Einzelforderungen á la Finanzmarkttransaktionssteuer hinaus besteht die Aufgabe, wirtschaftspolitische Kompetenz von links wiederzugewinnen, die neben der Orientierung auf gute Arbeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum auch die Demokratisierung des Wirtschaftsgeschehens in den Mittelpunkt rückt.

Die Hamburger Tagung von spw, Proms-Nord und der SPD Hamburg Nord, aus der einige der Artikel resultieren, war ein erster Ansatz auf diesem Weg, der in den nächsten Monaten fortgeführt werden soll. ■

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

☞ Götz Godowski ist Gemeinschaftsschulehrer und Vorsitzender des Projekts Moderner Sozialismus Norddeutschland (Proms-Nord) e.V.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

Wirtschaftsdemokratie

– eine Bedingung individueller Emanzipation

von Klaus Dörre



Foto: Christian Kiel

Für lange Zeit als angestaubtes Relikt aus der Mottenkiste des Traditionsozialismus ad acta gelegt, ist Wirtschaftsdemokratie auch in den Sozialwissenschaften wieder zu einem Thema geworden.¹ Allerdings erscheint die Rückbesinnung auf entsprechende Konzepte gegenwärtig eher als Verlegenheitslösung. Angesichts der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise wächst offenbar der Bedarf an Leitbildern, die grundlegende gesellschaftliche Weichenstellungen thematisieren. Vor diesem Hintergrund fällt die programmatische Leere auf, die in den Gewerkschaften, aber auch in weiten Teilen der politischen Linken herrscht. Spätestens mit der Implosion des staatsbürokratischen Sozialismus schien die Systemfrage passé. Zur Diskussion standen Variationen des Kapitalismus: mehr oder weniger Sozialstaat,

Shareholder- oder Stakeholder-Ansatz, entfesselte oder eingebettete Märkte.

Ein anderer Dritter Weg?

Derart in den Kampf für einen modernen Teilhabekapitalismus vertieft, wurden nicht nur die regierenden Eliten, sondern auch oppositionelle Linke von der globalen Krise des Finanzmarktkapitalismus überrascht. Zu einem Zeitpunkt, als selbst marktradikale Ökonomen von „Systemfehlern“² sprachen, verfügten weder Gewerkschaften noch linke Parteien über glaubwürdige programmatische Alternativen. Wirtschaftsdemokratie konnte vor allem deshalb zu einem fokussierenden Begriff avancieren, weil er ideologisch als unbedenklich galt. In ihren zahlreichen Variationen handelte es sich stets um Konzepte, die einen Dritten Weg zwischen sozialreformerischem Pragmatismus und revolutionärem Kommunismus anvisierten. Trotz der Ablehnung von sowjetischer

¹ Einen Überblick über die Diskussion geben: Demirovic, Alex (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen. Probleme. Perspektiven. Münster; Martens, Helmut (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen von Ökonomie, Ökologie und Politik. Hamburg; Bontrup, Heinz J. (2005): Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft. Köln; Krätke, Michael (2008): Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft. Wirtschaftsdemokratie und Kontrolle der Finanzmärkte. In: Widerspruch 55, S. 5-16.

² Sinn, Hans-Werner (2008): „1929 traf es die Juden – heute die Manager“, in: Der Tagespiegel vom 27.10.2008.

Planwirtschaft und Leninschem Sozialismus-Modell, ging es in ihren klassischen Versionen jedoch immer auch darum, den Kapitalismus zu „zerbrechen“³, zu überwinden.

Diese Zielsetzung polarisiert noch heute. Erklären die einen Systemüberwindung zum Tabu, um sich auf die Suche nach einem „guten Kapitalismus“⁴ zu begeben, erscheint Wirtschaftsdemokratie anderen als zu etatistisch, zu sozialdemokratisch und zu wenig radikal, um noch Lösungen für die drängenden Probleme der Gegenwart bieten zu können.⁵ Doch auch jene, die sich positiv auf den Begriff beziehen, müssen sich angesichts tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen fragen, was an wirtschaftsdemokratischen Konzeptionen neu bedacht werden muss, um sie realitätstauglich zu machen. Eines der ungelösten Probleme ist das Verhältnis von Planungsprozessen in Wirtschaft und Gesellschaft einerseits und den Möglichkeiten zu direkter und individueller Partizipation, wie auch zur Befriedigung der Bedürfnisse nach Besonderheit, Unverwechselbarkeit, nach der Ausweitung individueller Freiheit andererseits. Leitbilder einer neuen Wirtschaftsdemokratie werden – das lässt sich unschwer prophezeien – zumindest in den entwickelten Kapitalismen nur dann Anklang finden, wenn sie diese Problematik produktiv bearbeiten. Wirtschaftsdemokratie wäre als gesellschaftliche Regulationsweise neu zu definieren, die Menschen in großer Zahl in die Lage versetzt, „ihr Leben so zu gestalten wie sie es wollen“.⁶

Drei Säulen der Wirtschaftsdemokratie

Beim Versuch, diese anspruchsvolle Idee zu konkretisieren, stößt man auf eine Fülle von

Schwierigkeiten. Einigermmaßen elaborierte Wirtschaftsdemokratie-Konzepte leiden allesamt daran, dass sie auf unterschiedliche Ausprägungen eines organisierten Kapitalismus oder eines zentralistisch-staatsbürokratischen Sozialismus zugeschnitten sind. Das gilt selbst für die Konzeption von Ota Sik⁷, einem intellektuellen Kopf der Prager Reformer. Sik benennt drei Säulen einer Wirtschaftsdemokratie: **erstens** neue Eigentums- und Partizipationsformen in Wirtschaft und Arbeitswelt, **zweitens** eine makroökonomische Verteilungsplanung, die, anders als im Staatssozialismus, auf detaillierte Produktionsvorgaben verzichtet sowie **drittens** eine optimale Förderung von marktwirtschaftlichem Wettbewerb einschließlich antimonopolistischer Maßnahmen gegen Kartellbildungen und die Zentralisierung wirtschaftlicher Macht. Im Kontext einer generellen Aufwertung demokratischer Verfahren spielten direkte Partizipation und Selbstbestimmung konzeptionell eine wichtige Rolle. Sik plädierte dafür, große Unternehmen auf dem Weg der Kapitalneutralisierung generell in Mitarbeitergesellschaften umzuwandeln. Innerhalb der Betriebe und Unternehmen sollten transparente, demokratische Entscheidungsstrukturen Partizipationsmöglichkeiten eröffnen. Neben materieller Partizipation der Beschäftigten an den Geschäftsergebnissen galt eine selbstbestimmte Arbeitsorganisation als entscheidende Voraussetzung für eine direkte Beteiligung an betrieblichen Entscheidungsprozessen. Individuelle Partizipationsrechte sollten jedoch auch jenseits der betrieblichen Sphäre geschaffen werden. So skizziert Sik nicht nur die Grundzüge einer makroökonomischen Verteilungsplanung mit demokratisch zusammengesetzten Planungskommissionen. Er geht soweit, Planvarianten vorzuschlagen, die der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden. Die jeweils beschlossene Variante sollte dann für Regierungen, nicht jedoch für einzelne Betriebe verbindlich sein.

3 Vgl.: Naphtali, Fritz (1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Berlin; kritisch: Abendroth, Wolfgang (1954): Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration. Berlin.

4 Dullien, Sebastian; Herr, Hansjörg; Kellermann, Christian (2009): Der gute Kapitalismus ... und was sich nach der Krise ändern müsste. Bielefeld.

5 Vgl. die Kontroverse in: Vgl.: Dörre, Klaus; Lessenich, Stephan; Rosa, Hartmut (2009): Soziologie. Kapitalismus. Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a. M.

6 Lutz, Burkart (2009): „Sozialismus, warum denn nicht?“, in: Mitbestimmung 55, H. 1/2, S. 48–51, hier S. 51.

7 Sik, Ota (1979): Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg. Hamburg.

Chance für individuelle Emanzipation

Heute wirken solche Vorschläge geradezu utopisch-revolutionär. Sie machen jedoch deutlich, dass individuelle Partizipation in wirtschaftsdemokratischen Konzeptionen keine bloße Frage von Entscheidungsebenen und betriebspolitischen Instrumenten ist. Es geht nicht allein darum, die betriebliche Mitbestimmung durch eine „Mitbestimmung in der ersten Person“ zu erweitern. Vielmehr impliziert ein wirtschaftsdemokratisches Leitbild, dass sich die Individuen innerhalb wie außerhalb der Arbeitswelt besser entwickeln können. Wirtschaftsdemokratie bedeutet schon in den klassischen Konzeptionen immer auch eine Ausweitung individueller Freiheit der Angehörigen subalternen sozialer Gruppen. Sie ist als Chance und Bedingung nicht nur kollektiver, sondern immer auch individueller Emanzipation zu verstehen.

So gesehen fallen Überlegungen zu einer Mitbestimmung am Arbeitsplatz, wie sie in der Bundesrepublik seit den späten 1960 Jahren periodisch diskutiert werden, weit hinter den eigentlichen wirtschaftsdemokratischen Anspruch zurück. Von den Septemberstreiks und der außerparlamentarischen Protestbewegung inspiriert, verfolgten solche Ansätze ursprünglich einen doppelten Zweck: Sie wollten Arbeitern und Angestellten durch eine Ausweitung direkter Entscheidungsmöglichkeiten (z. B. gewählte Sprecher in allen Abteilungen) die Chance zur selbstbestimmten Gestaltung des unmittelbaren Arbeitsumfeldes geben und so Demokratisierungsansprüche stärken, von denen sich die Verfechter erhofften, dass sie auch in der Gesellschaft und nicht zuletzt in den Gewerkschaften eingeklagt würden.⁸ Diese Position blieb seinerzeit selbst in der IG Metall minoritär. Anfang der 1990er Jahre schien sie kurzzeitig wieder an Aktualität zu gewinnen, weil es nun das Top-Management selbst

war, das die Produktionsintelligenz, das tacit knowledge von Beschäftigten als Ressource für eine „Rationalisierung in Eigenregie“ von Arbeitsgruppen und Teams entdeckt zu haben schien. Indessen stellte sich rasch heraus, dass entsprechende Varianten partizipativen Managements eher darauf zielten, vorhandene kollektive Mitbestimmungsmöglichkeiten auszuhebeln, statt einer Mitbestimmung in der ersten Person den Weg zu ebneten.

Demokratiefeindliche Arbeitsgesellschaft

Zu den bittersten Realitäten der Gegenwart gehört, dass in der zeitgenössischen Arbeitswelt selbst solche Formen direkter Beschäftigtenpartizipation auf dem Rückzug sind, die zu Beginn der 1990er Jahre aus der Perspektive eines aufgeklärten Managements noch als sinnvolle und notwendige Antworten auf den gesellschaftlichen Wandel galten. Mehr noch, die nachfordistische Arbeitsgesellschaft entwickelt – gerade auch in Deutschland – geradezu demokratiefeindliche Züge. Dafür sind im Wesentlichen drei Entwicklungen ausschlaggebend.

Erstens fordern „entgrenzte“ Arbeitsformen vor allem bei qualifizierten Angestelltenätigkeiten, aber auch bei Kreativarbeitern, die als Solo-Selbstständige oder Freelancer tätig sind, mehr denn je das entscheidungsfähige und -freudige „unternehmerische Selbst“. Die Fähigkeit zu selbstbestimmtem Arbeiten wird in diesen Segmenten in gewisser Weise zu einem Zwang. Einem Zwang, dem ein marktzentrierter Kontrollmodus Wirkungsmacht verleiht. In diesem Kontrollregime, das häufig auf individuellen Aushandlungen beruht, hat sich die Taylorismus- und Bürokratiekritik, wie sie in den überkommenen Konzepten einer Mitbestimmung am Arbeitsplatz transportiert wurde, im Grunde erledigt. Hier geht es eher darum, den expansiven Anspruch flexibler Arbeits(zeit)konzepte, die zunehmend die Lebenszeit der Beschäftigten und ihrer Familien okkupieren, wirksam zu begrenzen.

⁸ Vgl.: Abelshauser, Werner (2009): Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer. Bonn, S. 103-202.

Anders verhält es sich **zweitens** in den industriellen Produktionsbereichen. Dort hat sich ein flexibler Taylorismus durchgesetzt, der von dem Ideal einer qualifizierten, teilautonomen Gruppenarbeit mit demokratisch gewählten Sprechern meilenweit entfernt ist. Selbst für Hochburgen gewerkschaftlicher Organisation gilt, dass die Chance auf eine einigermaßen sichere und halbwegs gut bezahlte Arbeit genügen soll, um Beschäftigten maximale Flexibilität und Einsatzbereitschaft abzuverlangen. Die Möglichkeit zu direkter Partizipation am Arbeitsplatz wird häufig nicht einmal mehr dann gewährt, wenn dies ökonomisch effizient wäre.

Eine derartig regressive arbeitspolitische Entwicklung war möglich, weil sich **drittens** auch in Deutschland ein Sektor mit prekären Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen herausgebildet hat, in welchem elementare Prinzipien des für kapitalistische Märkte eigentlich charakteristischen Äquivalententauschs außer Kraft gesetzt sind. In diesem prekären Sektor, der mit 23 % Niedriglohnbeschäftigten nur sehr unpräzise bezeichnet ist, wird im Grunde Repression gegen Angst getauscht.⁹ In diesem Bereich, der vor allem Dienstleistungstätigkeiten umfasst, die in überdurchschnittlichem Maße von Frauen und Migrantinnen ausgeübt werden, dominieren Arbeitsregimes, die auf Überausbeutung und despotischer Herrschaft beruhen. Zu den arbeitspolitischen Wirkungen dieses Sektors gehört nicht nur, dass er denjenigen, die sich länger in solchen Verhältnissen betätigen, die Energie für jede Art demokratischer Partizipation raubt. Prekäre Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse wirken auch innerhalb der vermeintlich geschützten Bereiche als disziplinierende Macht. Sie fördern einen Trend zu gefügigen Lohnabhängigen, die ihre Festanstellung mit Zähnen und Klauen verteidigen und deshalb bereit sind, viele Belastungen einfach hinzunehmen, die die flexi-

ble Arbeitswelt und das verallgemeinerte Konkurrenzprinzip ihnen aufherrscht.

Wo ansetzen?

Dieses – zugegeben stark verdichtete – Szenario vor Augen, stellt sich die Frage, wo wirtschaftsdemokratische Konzepte mit ihrem Anspruch auf individuelle Emanzipation überhaupt ansetzen können. Eine erste Antwort, so scheint es, müssen Gewerkschaften und politische Linke in ihren eigenen Organisationen suchen. Wenn Partizipationsansprüche entweder für Verwertungsinteressen instrumentalisiert oder aber autoritär blockiert werden, dann ist es Aufgabe zunächst dieser Organisationen, solche Ansprüche überhaupt zu entwickeln und zu stabilisieren. In ersten zaghaften Bemühungen geschieht dies bereits. So etwa, wenn Gewerkschaften ihre Mitglieder wieder entdecken, wenn sie Standortpakte nur unter Beteiligung ihrer betrieblichen Basis schließen, wenn sie zu offensivem Organizing mit Selbstbetätigungsmöglichkeiten von Beschäftigten übergehen oder auch, wenn sie bei Themen wie dem betrieblichen Gesundheitsschutz oder der Durchsetzung von Qualitätsmaßstäben für gute Arbeit Chancen zu direkter und teilweise individueller Partizipation eröffnen.

Allerdings, das sei hinzugefügt, stellen sich Partizipationsansprüche in den unterschiedlichen Arbeitsmarktsegmenten höchst differenziert dar. Ist individuelle Entscheidungsfähigkeit bei Hochqualifizierten ein alltägliches Strukturmerkmal von Arbeitsprozessen, das Gewerkschaften in ihrer Praxis häufig unterbieten, erweisen sich im prekären Bereich häufig solche Partizipations- und Konfliktformen als besonders erfolgreich, die sich durch eine klare Hierarchiebildung und eine wirksame Top-Down-Führung auszeichnen.¹⁰

9 Vgl. z. B. Artus, Ingrid/Böhm, Sabine/Lücking Stefan/Trinczek, Rainer (2009): *Jenseits der Mitbestimmung. Interessenhandeln in Betrieben ohne Betriebsrat*. Frankfurt/New York: Campus.

10 Choi, Hae-Lin (2010): „Die Organisation der Unorganisierbaren. Gewerkschaftliche Strategien zur Organisation von prekär Beschäftigten in den USA, Südkorea und Italien“. Berlin (unveröffentlichte Dissertation).

Ungeachtet dessen gibt es doch einen Anknüpfungspunkt für demokratische Partizipation, der sich als fraktionsübergreifender Angelpunkt einer auf die Emanzipation von Individuen gerichteten Interessenpolitik erweisen könnte. Gemeint ist das Bedürfnis nach Zeitsouveränität, nach wirklicher und individueller Verfügung über Lebenszeit. Gleich ob prekär oder nicht, die modernen Formen flexibler Erwerbsarbeit tendieren allesamt dazu, andere, z. B. reproduktive Tätigkeiten zu funktionalisieren. Und sie vereinnahmen Zeitbudgets, die nötig wären, um direkte Partizipation innerhalb wie außerhalb der Arbeitswelt überhaupt zu ermöglichen. Deshalb gehört der „Kampf um jedes Zeitatom“¹¹ unbedingt wieder auf die arbeitspolitische Tagesordnung. Unter den Bedingungen einer flexiblen Arbeitswelt muss er jedoch anders geführt werden, als in den 1980er Jahren. Sprich: Es kann nicht mehr allein um eine lineare Verkürzung der Wochenarbeitszeit gehen. Stattdessen müsste ein Kampf um „Zeit für Demokratie“ geführt werden. Denn eines ist klar: Direkte und individuelle Partizipation innerhalb wie außerhalb von Betrieben benötigt frei verfügbare Zeit. In Zeiten sozialer Beschleunigung und Aktivierung werden freie Zeitbudgets zudem als Refugien herrschaftsfreier Reflexion benötigt. Und ohne solche Zeitreserven bleiben auch die Postulate von Geschlechterdemokratie letztendlich Makulatur. Eine institutionell garantierte Verfügung über freie Zeitbudgets, die für eine Praktizierung demokratischer Partizipation bereits gestellt werden, könnte indessen Impulse auslösen, die postdemokratischen Tendenzen wirksam entgegen wirken.

Wie ansetzen?

Doch gibt es für eine solch offensive Partizipationspolitik überhaupt Anknüpfungspunkte im Bewusstsein von Beschäftigten? Die Datenlage ist hier sicherlich ebenso un-

befriedigend wie die arbeitspolitische Praxis. Unsere Belegschaftsbefragungen lassen in- dessen nur eine Antwort zu. In keinem der un- tersuchten Betriebe¹² gelingt es Betriebsräten wie Gewerkschaften auch nur annähernd, das vorhandene Beteiligungspotential zu nutzen. Bekundete Ansprüche, an betrieblichen und Unternehmensentscheidungen stärker beteilig- t zu werden, aber auch die Bereitschaft, sich zu bestimmten Themen stärker in Gewerk- schaften oder im Betriebsratskontext enga- gieren zu wollen, weist in allen Fällen deutlich über die etablierte Praxis der Interessenvertre- tung hinaus. Selbst in schwach organisierten Betrieben gibt es bei Minderheiten durchaus den Wunsch, sich aktiv in gewerkschaftlichen Kontexten zu engagieren. Offenbar gelingt es den Interessenorganisationen jedoch nicht, dieses Beteiligungspotential tatsächlich zu ak- tivieren.

Nun lässt sich einwenden, dass in Frage- bögen bekundete und reale Partizipationsbe- reitschaft nicht identisch sind. Und in der Tat stoßen wir in unseren Befragungen auf einen merkwürdigen Widerspruch. Wir treffen auf eine Bewusstseinsform, die sich plakativ auf die Formel „guter Betrieb, schlechte Gesell- schaft“ bringen lässt. Tatsächlich ist die Iden- tifikation der meisten Beschäftigten mit ihren Betrieben/Werken/Unternehmen groß. Be- trieb und Unternehmen gelten – trotz allem – noch als Stabilitätsrefugien, wenngleich die Identifikation vor allem mit Stolz auf die ei- gene Qualifikation, mit Innovationsfähigkeit und eigener Leistungsbereitschaft begründet wird. Dies ist zugleich die subjektive Basis, aus der sich Kritik am Management, aber auch an Gewerkschaften und Interessenvertretungen speist. Und diese Identifikation mit dem Werk oder dem Unternehmen dient zugleich als Le- gitimation für unbefriedigte arbeitsbezogene Partizipationsbedürfnisse.

11 Negt, Oskar (1984): Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kul- turelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit. Frankfurt/New York: Campus.

12 Befragt wurden Arbeiter und Angestellte aus sechs Betrieben der Me- tall- und Elektroindustrie in Ost- und Westdeutschland. Die Befragungen erfolgten zwischen 2008 und 2010. Insgesamt wurden 2074 Arbeiter und Angestellte befragt.

Auffällig ist jedoch, dass die Identifikation mit dem Betrieb/dem Unternehmen mit einer äußerst kritischen Sicht auf die Gesellschaft einhergeht. Jeweils deutliche Mehrheiten der befragten Arbeiter und Angestellten in Ost und West können der Aussage etwas abgewinnen, dass die dominierende Wirtschaftsweise auf Dauer nicht überlebensfähig ist. Die Daten zu den Ostbetrieben sind bereits an anderer Stelle präsentiert worden.¹³ Daher sei hier nur eine Kostprobe aus den aktuellen West-Befragungen (n = 1615) geboten: Danach sind 69,3 % eher der Meinung, dass es in der Gesellschaft nur noch oben und unten, aber keine gesellschaftliche Mitte mehr gibt.¹⁴ 39,2 % halten die heutige Wirtschaftsweise auf Dauer nicht für überlebensfähig (rechnet man die teils-teils Antworten hinzu 71 %). 65,4 % finden, dass die Interessen der Arbeitnehmer immer weniger berücksichtigt werden, 75,9 % glauben, dass Arbeitnehmer wegen der internationalen Standortkonkurrenzen immer mehr unter Druck geraten, 67 % meinen, der gesellschaftliche Wohlstand könnte viel gerechter verteilt werden und immerhin 42 % der Befragten empfinden Hartz IV als „sozialpolitische Grausamkeit“. Anders als im Osten stößt die Aussage „Kritik am kapitalistischen System führt uns nicht weiter, das sind nun mal die Spielregeln“ im Westen bei einer relativen Mehrheit auf Zustimmung (35,3 % stimmen voll oder eher zu, 30,7 % wählen teils-teils).

Ungeachtet dieser Einschränkung gilt, dass es auch bei Arbeitern und Angestellten, die noch immer zu den relativ geschützten Stammbeschäftigten zählen, ein latentes gesellschafts- und kapitalismuskritisches Bewusstsein gibt, das jedoch gegenwärtig keinen politischen Adressaten findet. Dieses Bewusstsein ist weder bei Gewerkschaften

noch bei betrieblichen Interessenvertretungen „aufgehoben“ und findet häufig auch im politischen Raum keine adäquate Resonanz. Exakt hier liegt die eigentliche Problematik moderner wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen. Zwischen den Arbeits- und dem Gesellschaftsbewusstsein der Befragten scheinen die Verbindungslinien gekappt. Offenbar fehlt es derzeit an einem intellektuellen Bezugssystem, das es Arbeitern und Angestellten erlauben würde, solche Verbindungen eigenständig herzustellen.

Wirtschaftsdemokratie als regulative Idee

Auch deshalb kann es bei der aktuellen Diskussion zunächst nicht darum gehen, fertige Konzepte und unmittelbar praktikable Instrumente für eine wirtschaftsdemokratische Orientierung zu liefern. Gegenwärtig geht es eher darum, eine regulative Idee zu entwickeln, die latenter Gesellschaftskritik eine Perspektive bietet. In diesem Zusammenhang gilt es, „dicke Bretter“ zu bohren. Der Auseinandersetzung um den Freiheitsbegriff kommt dabei ein zentraler Stellenwert zu. Die marktradikale Theodizee präsentiert sich gern als Befreiungsprojekt und schreibt Werte wie Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung auf ihre Fahnen. Real bedeutet sie allein die Maximierung von negativen Freiheiten für privilegierte Gruppen, die diese Freiheiten auf Kosten gesellschaftlicher Mehrheiten nutzen. Insofern ist ein altes Anliegen wirtschaftsdemokratischer Konzepte von brennender Aktualität. Erst die Überwindung struktureller Machtsymmetrien in Wirtschaft und Arbeitswelt kann die Voraussetzungen für eine Gesellschaft schaffen, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.¹⁵ ■

13 Dörre, Klaus/Behr, Michael/Eversberg, Dennis/Schierhorn, Karen (2009): Krise ohne Krisenbewusstsein? Zur subjektiven Dimension kapitalistischer Landnahmen. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 39. Jahrgang 2009, Nr. 41, S. 559-576.

14 Die Antwortvorgaben waren: stimme voll zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu. Bei den zustimmenden Antworten wurde teils-teils nicht berücksichtigt.

☞ Dr. Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich Schiller-Universität Jena und Mitherausgeber der spw.

15 Marx, Karl/ Engels, Friedrich (1977), „Das Manifest der kommunistischen Partei“. In: MEW, Band 4, S. 459-493. Berlin: Dietz (zuerst 1848), hier S. 482.

„Neue Wirtschaftsdemokratie“: Impulse, Fundsachen und konzeptionelle wie praktische Herausforderungen in schwieriger Zeit

von Helmut Martens

Foto: www.fotolia.com, © PiliensPhoto



Tiefgreifende gesellschaftliche Umbrüche und aktuelle Krisenentwicklungen...

Die gegenwärtige ökonomische Krise ist bei weitem noch nicht überwunden. Sie ist auch nicht einfach eine besonders tiefe Delle im „ewigen“ Auf und Ab konjunktureller Entwicklung, wie uns dies das insoweit eher an einem naturwissenschaftlichen Wissenschaftsverständnis orientierte neoliberale Denken suggeriert. Sie ist vergleichbar nur mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 und verweist so auf langfristige historische Entwicklungslinien und Brüche. Das bei Ausbruch der Weltfinanzkrise in der herrschenden Politik durchaus geläufige Wort von der „Zeitenwende“ bringt dies keineswegs zum Ausdruck, wenn daraus nur ein Zurückschrauben „übertriebener“ Deregulierung des Finanzsektors folgen soll – bis heute aber immer noch nicht erfolgt ist –, damit das Auf und Ab der Konjunktur dann wieder weitergehen kann. In einer globalisierten Ökonomie, in der die eine Hälfte der Welt sich verschuldet, während die andere Hälfte unter ihren Verhältnissen lebt und ihre Reichtumsproduktion

exportiert, ist da nicht mit stabilen Entwicklungsperspektiven zu rechnen. Der Umbau des demokratischen keynesianischen Wohlfahrtsstaates durch die Entfaltung und Durchsetzung einer hajekanischen Wirtschaftspolitik seitens demokratisch unzureichend legitimierter Funktionseliten auf europäischer Ebene hat, scheinbar interessenneutral und alternativlos, im Zeichen des Shareholder Value den gesellschaftlich produzierten Reichtum stetig zu Lasten der Masse der lohnabhängig Beschäftigten umverteilt. Wir sind so seit ca. 30 Jahren mit einem epochalen Umbruch des alten keynesianischen Wohlfahrtsstaates konfrontiert (Scholz u. a. 2005/6). Der schafft keine Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Vielmehr erleben wir gegenwärtig vielfältige weitere Krisenentwicklungen. Zuerst zu nennen ist dabei, angesichts ihrer irreversiblen Folgeschäden, die ökologische Krise als Produkt eines aus einzelwirtschaftlichem Denken und Handeln heraus prinzipiell grenzenlos gedachten industriellen Wachstums, bei dem Kosten im Sinne einer einzelwirtschaftlichen Rationalität des Shareholder-Value-Kapitalismus wo immer möglich

externalisiert werden. Zu nennen ist als Teil der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise die Krise der Automobilindustrie als einer Leitbranche der fordistischen Entwicklungsphase, aber auch die Welthungerkrise – mit weltweit allein 38 Hungerrevolten im Jahr 2008 –, eine schwindende Fähigkeit zu sozialer Integration, selbst in den (post)industriell fortgeschrittenen westlichen Ländern, oder eine tendenziell nicht mehr nur latente Krise der Politik, die sich nicht mehr allein in wachsender Politikverdrossenheit der Bürger ausdrückt. Von „Postdemokratie“ (Crouch 2008) ist mit guten Gründen die Rede, und die Krise der Politik wird wissenschaftlich breit diskutiert (Martens 2010a, 63-96).

Wenn aber die Basis des alten Wachstums- und Beschäftigungsmodells nicht mehr trägt und der Neoliberalismus in seinem Bemühen, die bestehenden Macht-, Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse neu zu befestigen, nur noch Luftschlösser zu bauen vermag – für die im Übrigen der „halbe Keynes“, also jener „Bastard-Keynesianismus“, von dem J. Robinson gesprochen hat – aller herrschenden Ideologie der angebotsorientierten Wirtschaft zum Trotz, dringend wieder benötigt wird –, dann sind grundlegend andere Weichenstellungen gefordert. Die werden aber nur möglich sein, wenn der Blick dafür geschärft wird, dass sich derzeit mehrere Krisen überlagern, die sich tendenziell für das Alltagsbewusstsein und dessen massenmediale Verstärkungen wechselseitig verdecken mögen, während sie sich tatsächlich verstärken.

Wir erleben heute wie gesellschaftliche Funktionseliten – die sich allen Ansprüchen unserer Leistungsgesellschaft zum Trotz im Laufe der letzten Jahrzehnte immer weniger aus einer nach oben hin durchlässigen Gesellschaft konstituieren, vielmehr abkapseln und in Parallelwelten leben (Goedevert 2008) – immer stärker auf vermeintliches Expertenwissen setzen und auch in der Sphäre der Politik den mündigen Bürger im Grunde gering schätzen und wesentlich als Objekt wiederkehrender

Wahlkampagnen begreifen (Schumann 2010). Diese Eliten funktionieren, sich wechselseitig in ihren Expertisen bestätigend, geradezu wie selbstreferentielle Systeme – zugleich getrieben von der Lobby von Banken und Industrie, dem bisweilen immer ungehemmteren persönlichen Interesse an Selbstbereicherung, und einem ausgeprägten Elitenbewusstsein in einer zunehmend als postdemokratisch zu bezeichnenden Gesellschaft. In der Konsequenz der so immer noch weithin ungebrochen verfolgten neoliberalen Wachstumsmodelle liegt eine eher verschärfte Infragestellung von Nachhaltigkeit – und zwar in allen Dimensionen, also (1) ökonomisch, (2) sozial, (3) ökologisch und (4) institutionell.

... machen das Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie wieder zu einem aktuellen Thema

Einerseits überraschend, andererseits aber im Blick auf Traditionslinien und – bestände auch ganz nahe liegender Weise – taucht in dieser hier knapp umrissenen Lage der Begriff der Wirtschaftsdemokratie im gewerkschaftlichen Diskurs wieder auf: entweder als Leerformel, die es erst wieder auf der Höhe der Zeit konzeptionell zu füllen gilt, oder aber – bar aller konzeptioneller Rückerinnerung und Neuüberlegung – schlicht als Synonym für die Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen. Die Schwächen des auf Naphtali (1977/28) zurückgehenden Konzepts – Unterschätzung der Krisenanfälligkeit des „organisierten Kapitalismus“, demokratietheoretische Leerstellen, Überschätzung von Planungsvorstellungen und Geringschätzung der Beteiligung der Beschäftigten selbst (Borsdorf 1986) – und der Umstand, dass man sich heute nicht mehr so wie seinerzeit, den allmählichen Übergang zu einer sozialistischen Wirtschaft vorstellen kann, erlauben freilich keine umstandslose Anknüpfung an die alten Vorstellungen. Auch bleiben die grundlegend wichtigen Themen neuer sozialer Bewegungen (Ökologie- und Frauenbewegung) bei der Verwendung dieser Leerformel, hinter der ja

einmal die Vorstellung eines alternativen Gesellschaftsentwurfes gestanden hat, zunächst außen vor. Wo Wirtschaftsdemokratie schließlich vor allem als Rückerinnerung an die Errungenschaft der Mitbestimmung - als isolierter Pragmatisierung einiger ihrer Grundideen unter den Kräfteverhältnissen der Nachkriegszeit (Borsdorf 1982) - verstanden wird, kommen auch die in deren Institutionalisierung immer unentwickelt gebliebenen Fragen der direkten Beteiligung der Beschäftigten und der Struktur- und/oder branchenpolitischen Einflussnahme auf überbetrieblicher Ebene nicht in den Blick. Es gilt also ziemlich grundlegend über eine „neue Wirtschaftsdemokratie“ nachzudenken (Martens 2010a).

In Reaktion auf die problematischen Folgen des Shareholder-Kapitalismus haben die Gewerkschaften – auch angesichts der fortgeschrittenen Erosion ihrer institutionellen Macht, verbunden mit einem immer deutlicher drohenden Ausschluss aus den alten korporatistischen Funktionseliten unserer Gesellschaft - schon im vergangenen Konjunkturzyklus der Jahre 2002 bis 2008 mit Kampagnen wie „besser statt billiger“ zunehmend auf eine direkte Beteiligung der Beschäftigten gesetzt (Wetzel 2005, Nettelstroth 2008) – einerseits um über Mobilisierungseffekte den Turnaround in Bezug auf eine seit mehr als 15 Jahren negativen Mitgliederentwicklung zu erreichen (Wetzel u., a. 2009), andererseits um wenigstens auf den Ebenen von Betrieb und Unternehmen, also im einzelwirtschaftlichen Handlungsrahmen, das Gestaltungspotential der Arbeitnehmerinteressenvertretungen zu stärken. Dass hier von den Gewerkschaften – erstmals in der Entwicklung von Arbeitspolitik in der Geschichte der Bundesrepublik – „institutionelles Denken“, bzw. Denken in den institutionell vorgestanzten Bahnen, aktiv überschritten wird, stimmt in schwieriger Lage hoffnungsvoll. Zugleich hat es in so bislang ungewohnten Standortkonflikten neue Ansätze einer „primären“ Arbeitspolitik der Beschäftigten selbst gegeben (Martens/Dechmann 2010). Gleichmaßen ist auch die

Beteiligung der Bürger am politischen Prozess der Gesellschaft wieder ernster zu nehmen. An die Ansatzpunkte aus der Aufbruchphase sozialdemokratischer Reformpolitik – von Robert Jungks „Zukunftswerkstätten“ (Jungk/Müllert 1981) bis zu Peter Dienels „Planungszellen“ (Dienel 1997) ist an dieser Stelle zu erinnern.

Anknüpfungspunkte und Herausforderungen einer neuen Wirtschaftsdemokratie

Nimmt man die Gefahr wachsender Selbstbezüglichkeit einer von Funktionseliten konzipierten und von oben her durchgesetzten Politik einerseits – unter deren Folgen derzeit die Sozialdemokratie am heftigsten leidet – sowie die Erfahrungen mit neuen Beteiligungsansätzen – die in den letzten Jahren insbesondere im Feld gewerkschaftlicher Arbeitspolitik gemacht wurden – als „Fundsachen“ für eine Debatte um eine „neue Wirtschaftsdemokratie“ ernst, dann kann man zunächst einmal sagen: eine solche „neue Wirtschaftsdemokratie“ wird nur zu entwickeln und zu haben sein, wenn man ganz systematisch das Beteiligungspotential der ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen nutzt und stärkt. Ihre Kompetenz – die nie größer war als zu unseren Zeiten des so genannten „Arbeitskraftunternehmertums“ - wird benötigt. Aber sie kann sich nur in Kooperation entfalten. Wenn man ihr aber Räume zur Entfaltung schafft, dann stärkt man zugleich demokratisches Bewusstsein neu. Ja, man könnte sogar Freude an demokratischer Beteiligung entfachen. Sichtbar wird dann zugleich: gelebte Demokratie braucht Raum und Zeit. Die immens gestiegene - und absehbar weiter steigende - Arbeitsproduktivität schafft dafür durchaus Spielräume – dies aber wohl nur, wenn man entsprechende Handlungsansätze in den Rahmen eines neuen Nachdenkens über alternative Entwicklungspfade stellt.

Die offene Flanke des Nachdenkens über eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ ist dort gegeben, wo es um Formen einer unternehmensübergreifenden, direkten oder indirekten Steu-

erung ökonomischer Prozesse geht. Aber auch hier gibt es Anknüpfungspunkte und „Fund-sachen“: Dass Eigentum sozial verpflichtet, ist in unserer Verfassung festgeschrieben. Dass die großen Banken mit Milliarden von Steuergeldern saniert werden und die Banker dann munter im Casino weiter zocken dürfen, ist vor diesem Hintergrund schlicht ein gesellschaftspolitischer Skandal, der endlich allgemein zum Bewusstsein gebracht werden muss. Wenn der radikale Liberale Sir Ralf Dahrendorf (2009) in einem seiner letzten Aufsätze im Zuge seiner Kritik am „Pumpkapitalismus“ gefordert hat, den Begriff der Stakeholder – in einem weiten, Kommune und Region einschließenden Sinne – konsequent „wieder in das Zentrum der Entscheidungen“ zu rücken, ist das zu begrüßen, aber es stellt sich die Frage wie ein entsprechendes Umdenken Institutionell „flankiert“ werden kann. Dass unsere Steuergelder den „Rettungsschirm“ für die Finanzwirtschaft ermöglichen, für das Durchschlagen der Finanzkrise auf einzelne Regionen, deren mittelständische Industrie und deren Beschäftigte aber folgenlos bleiben, induziert weitergehende Lösungsvorschläge, wie sie z.B. von der IG Metall in der Automobilregion Stuttgart in Gestalt von Regionalfonds diskutiert werden. In sie soll ein Sechstel der Zwangsbürgschaften fließen, die die BürgerInnen einer Region durch die Politik der Bundesregierung für den Schutzschirm für die Finanzwirtschaft aufbringen mussten, und mit denen dann die regionale Wirtschaft gestützt und weiter entwickelt werden soll. Dabei propagiert die IG Metall solche Konzepte, im Übrigen anknüpfend an die Beteiligungskonzepte aus dem vorausgegangenen Konjunkturzyklus.

Vorschläge wie dieser, oder auch die Überlegungen im IG Metall-Vorstand, für massive Zugeständnisse von Belegschaften zur Sicherung von Produktionsstandorten oder Unternehmen Fonds zur Beteiligung am jeweiligen Unternehmenskapital einzurichten und darüber Stakeholderinteressen neu zu stärken, sind sicherlich erste begrenzte Schritte für ein Um-

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

*Die Banken unterstützen,
den Reichen Steuern ersparen,
Arme belasten!*



2010 - 261 S. - € 19,90
ISBN: 978-3-89691-785-0

Elmar Altvater entschlüsselt in bekannt souveräner Weise die Ursache dieser „Finanzmarktkrise“. Diese umfasst sehr viel mehr als nur den Finanzsektor oder die Finanzspekulationen, sie betrifft in ihren Auswirkungen Arbeit und Geld, Energie, Klima und Ernährung und kommt letztlich aus dem Zentrum heutiger Gesellschaften.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

steuern (Huber 2010). Sie weisen aber mehrere große Vorzüge auf:

- Es sind praktische Vorschläge, die an konkrete Erfahrungen anknüpfen, deshalb mobilisierungsfähig sind und dabei sämtlich gegen die verheerende Orientierung am Shareholder Value gerichtet sind.
- Es sind Vorschläge, die – anders als das alte Konzept der Wirtschaftsdemokratie - gerade nicht beanspruchen, große Systemfragen aufzuwerfen und möglichst auch noch zugleich mit geschlossenen Entwürfen zu beantworten, die aber die Kompetenzen und das Beteiligungspotential der Menschen als Beschäftigte und BürgerInnen ernst nehmen.
- Es sind Konzepte, die geeignet sind, bewusst zu machen, dass Wirtschaft heute eine öffentliche Veranstaltung ist, deren Bewältigung die Kompetenz und Beteiligung der Vielen ebenso erfordert wie das verantwortliche und kreative Handeln mittelständischer Unternehmer, die den Menschen ihres Betriebs und ihrer Region verpflichtet sind.
- Es sind Konzepte, die zugleich über eine Stärkung öffentlicher Beteiligung Vieler auch Öffnungen dafür schaffen, dass Lösungen der kurzfristigen Probleme von Beschäftigung und guter Arbeit auch unter dem Blickwinkel weiter ausgreifender Nachhaltigkeitsfragen (ökonomisch, sozial, ökologisch und institutionell) einbezogen und potentiell auch durch weitere Institutionalisierungsprozesse neuen Antworten zugeführt werden können.
- Es sind so auch Konzepte, die zugleich die Figur des ausgewiesenen Experten infrage stellen, der als Angehöriger geschlossener gesellschaftlicher Funktionsebenen schon kraft eigener wie zusätzlich fremd bestellter Berater-Expertise weiß, wo es lang zu

gehen hat – und dies gilt für die Sphären von Wirtschaft und Politik gleichermaßen.

- Und es sind so schließlich auch Konzepte, die - sicherlich nicht konfliktfrei, aber durch öffentliche Auseinandersetzungen zunehmend gestärkt - gesellschaftliche Prozesse in Gang setzen und dafür geeignete soziale Räume öffnen könnten, über die – etwa mit einem dann zunehmend substantiell fundierten Verständnis von Nachhaltigkeit, das dann nicht mehr formelhaft und plakativ jedem Expertenvorschlag angeklebt werden könnte – eine allgemeine Veränderung von Bewusstsein und Werten vorangebracht werden könnte, über die an die Stelle von immer bedrohlicher werdenden Prozessen der Spaltung und Exklusion in unserer Gesellschaft neue Kräfte sozialer Integration geweckt werden könnten.

Es gibt also Ansatzpunkte und „Fundsachen“, Wer heute über eine „neue Wirtschaftsdemokratie“ nachdenken will, wird sich mit ihnen auseinandersetzen müssen. Entsprechende Überlegungen stehen erst am Anfang und können nicht am Schreibtisch sondern nur verknüpft mit der Entfaltung entsprechender Ansätze und im Dialog von Wissenschaft und außerwissenschaftlicher Praxis weiter ausbuchstabiert werden. Vor allem aber gibt es angesichts eines dramatisch angewachsenen Problemdrucks und gegenüber einer kaum noch verhüllten Ratlosigkeit vieler vermeintlicher Experten ein gesellschaftliches Potential für demokratische Beteiligung, das noch zu keiner Zeit größer gewesen ist (Martens 2010b). Für die Gewerkschaften, die wie kaum eine andere Organisation unserer Gesellschaft historisch mit dem Kampf um die Durchsetzung sozialer Demokratie verknüpft ist (Markovits 1989), kommt es darauf an, dieses Potential vom Kern gewerkschaftlicher Arbeitspolitik ausgehend aufzugreifen, so weiter zu entfalten und mit parallelen demokratischen Prozessen, die Kraft und Richtung aus anderen neuen sozialen Be-

wegungen heraus gewinnen, zu verknüpfen. Auf diesem Weg könnte eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ zu einer attraktiven, inhaltlich zunehmend besser gefüllten Antwort auf die Herausforderungen der Zeit werden.

Das Aufgreifen und Entfalten solcher Fundsachen und Ansatzpunkte ist allerdings aussichtsreich nur denkbar, wenn entsprechende arbeitspolitische Ansätze auch mit einer veränderten Wirtschaftspolitik auf nationaler und europäischer Ebene verknüpft werden (Meine/Stoffregen 2010, Martens/Detje 2010). Ein solches Ineinandergreifen galt ja auch in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, also den sogenannten goldenen Jahrzehnten des Fordismus, als die stabile Institutionalisierung von Mitbestimmung – parallel zur Aushöhlung darüber noch hinausweisenden wirtschaftsdemokratischen Leitideen – im Rahmen einer zumindest partiell keynesianisch geprägten Wirtschaftspolitik und komplementären wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung erfolgte, die in der Bundesrepublik in das „Modell Deutschland“ mündete. Praktische Ansatzpunkte einer neuen Wirtschaftsdemokratie werden sich deshalb heute nur entfalten lassen, wenn sie mit einer entsprechenden demokratischen Politik der Stärkung ökonomischer, ökologischer, sozialer und institutioneller Nachhaltigkeit verknüpft werden – nicht nur auf den Ebenen von Betrieb und Unternehmen, sondern auch auf denen von Regionen, Nationalstaaten und auf europäischer Ebene. Man kann hier an ältere Vorstellungen einer demokratischen Vergesellschaftung, nicht Verstaatlichung, der Wirtschaft erinnern (Beerhorst 2009), aber man sollte nicht glauben, auf fertige Konzepte, die immer zugleich auch Steuerungskonzepte sind, zurückgreifen zu können. Es wäre hier schon ein weitreichender Schritt, wenn man in Reaktion auf die katastrophalen Folgen der Fehlsteuerungen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus aus Steuermitteln, also öffentlich finanzierte „Schutzschirme“ für die Finanz- und Realwirtschaft konsequent auch mit der

Forderung nach öffentlicher Kontrolle und öffentlichem Eigentum reagieren würde. ■

⇒ Dr. Helmut Martens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsbereiches 4 „Primäre Arbeitspolitik und Gesundheit“ in der Sozialforschungsstelle der Technischen Universität Dortmund.

Literatur:

- Beerhorst, J. (2009): Vergesellschaftung! Welche Vergesellschaftung? Über Finanzmarktkapitalismus, Krise und Demokratisierung der Wirtschaft, in: Kritische Justiz – Vierteljahrsschrift für Recht und Politik, 2/2009, S. 148-166
- Borsdorf, U. (1982): Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 264-278
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- Dahrendorf, W. (2009b): Nach der Krise: Zurück zur protestantischen Ethik? Sechs Anmerkungen, in: Merkur Nr. 270, Mai 2009
- Dienel, P. (1997): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen
- Goeudevert, D. (2008): Das Seerosenprinzip. Wie uns die Gier ruiniert, Köln
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York
- Jungk, R.; Müllert, N. R. (1981): Zukunftswerkstätten, Hamburg
- Markovits, A. (1989): Die Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft. Überlegungen zu einer korporatistisch orientierten Gewerkschaftsorganisation, in: IG Metall (Hg.): Solidarität und Freiheit. Internationaler Zukunftskongress 1988, Köln, S. 376-390
- Martens, H. (2010a): Neue Wirtschaftsdemokratie. Herausforderungen und Anknüpfungspunkte im Zeichen ökonomischer, ökologischer und politischer Krise, Hamburg
- Martens, H. (2010b): Beteiligung als soziale Innovation, in: Howaldt, J.; Jacobsen, H. (Hg.): Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma, Wiesbaden, S. 371-390
- Martens, H.; Dechmann, U. (2010): Am Ende der Deutschland AG: Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Martens, H.; Detje, R. (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Thesen als Anstoß für eine orientierende Debatte (Manuskript)
- Meine, H.-; Stoffregen, U. (2010): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, in: Sozialismus 7/8 2010, S. 40-47
- Naphtali, F. (1977/1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt
- Nettelstroth, W. (2008): Besser statt Billiger / Arbeit durch Innovation: Gestaltungsmöglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Strategien für Standort- und Beschäftigungssicherung. Referat auf dem Workshop „Standortsicherung, Standortschließung und Standortverlagerungen der EU und arbeitspolitische Initiativen“, DGB NRW / FNPA, Düsseldorf, 26.06.2008, www.FNPA.de
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.-; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F. O. (2005/6): Spandauer Thesen: Eine neue Politik der Arbeit für eine neue Zeit, www.forum-neue-politik-der-arbeit.de, veröffentlicht in: dies. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster, S. 272-299
- Schumann, M. (2010): Die Herausforderung annehmen. Perspektiven der Gewerkschaften angesichts von Individualisierung und globaler Finanzkrise, in: Sozialismus 3/2010, S. 37-39
- Wetzel, D. (2005): „Tarif Aktiv“- „besser statt billiger“. Leitprojekte für eine veränderte Praxis, in: Detje, R.; Pickshaus, K.; Urban, K.J. (Hg.) Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien, Hamburg, S. 161-171
- Wetzel, D.; Weigand, J.; Niemann-Findeisen, S.; Lankau, T. (2008): Organizing. Die mitgliederorientierte Offensivstrategie für die IG Metall. Acht Thesen zur Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit, Frankfurt am Main,

Wirtschaftsdemokratie aus gewerkschaftspoliti- scher Perspektive

von Jutta Blankau

Der seit zwei Jahrzehnten vorherrschende neoliberale Marktradikalismus trägt die Verantwortung für die größte Finanz- und Weltwirtschaftskrise seit Jahrzehnten und der damit einhergehenden Krise des politischen Systems. Ohne staatliches Handeln (Kurzarbeit, Konjunkturprogramme und Bankenrettungsfonds u. a.) wäre die globale Wirtschaft wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Deswegen müssen aus dieser Krise auch die richtigen Lehren gezogen werden. Ohne Begrenzung und politische Kontrolle wirtschaftlicher Macht werden wir weltweit immer wieder schwere ökonomische Krisen mit Massenarbeitslosigkeit, Wohlstandsverlusten und politisch-demokratischer Destabilisierung erleben.

Nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die SPD braucht ein schlüssiges Alternativkonzept zum „Kasino-Kapitalismus“. Anknüpfen können wir an alte Konzepte zur Demokratisierung der Wirtschaft. Die Chancen darüber zu diskutieren sind günstiger als vor einigen Jahren, aber durch den derzeitigen Aufschwung mit Unwägbarkeiten verbunden. Die neoliberalen Auguren nutzen bereits diesen Aufschwung, um den neoliberalen Marktradikalismus wieder zu profilieren. Ein Alternativkonzept, das auch die Demokratisierung der Wirtschaft zum Inhalt hat, ist daher zugleich die heutige Herausforderung und die Grundlage für einen politischen Kurswechsel.

Mehr Demokratie in der Wirtschaft umfasst viele Bereiche. Sie beginnt am einzelnen Arbeitsplatz, reicht über den einzelnen Betrieb und die Branche bis hin zur Lenkung und Steuerung von gesamtwirtschaftlichen Investitionsentscheidungen. Zu klären ist dabei,

welche Bereiche der privatwirtschaftlichen Gewinnlogik unterworfen und welche als öffentliche Güter bereitgestellt werden sollen. Es geht maßgeblich um das Primat der Politik und die Teilhabe der Menschen an politischen Entscheidungen und damit um Mitbestimmung und eine umfassende Demokratisierung aller gesellschaftspolitischen Bereiche.

Die Basis einer Wirtschaftsdemokratie ist die politische Demokratie, die den staatlichen Organen eine demokratische Legitimation verleiht und das Sozialstaatsprinzip, durch das die Schwachen durch die Starken in der Gesellschaft unterstützt werden. Eine weitere Voraussetzung für die Wirtschaftsdemokratie ist die Tarifautonomie, die starken und einflussreichen Gewerkschaften ermöglicht, Entgelt- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten mit den Arbeitgeberverbänden auszuhandeln. Darauf aufbauend sind jedoch mindestens drei Elemente eines weitergehenden Konzeptes der Wirtschaftsdemokratie zu nennen. Das sind ein aktiver, gestaltender Staat, eine weitergehende Mitbestimmung in Unternehmen sowie eine Kombination von privatem und öffentlichem Eigentum an Unternehmen und Banken.

Gestaltender Staat

Die EU, die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Kommunen müssen bei der Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen eine aktive, gestaltende Rolle einnehmen. Denn die internationale Finanzmarktkrise ist letztlich dadurch ausgelöst worden, dass sich der Finanzmarkt völlig von der Realwirtschaft abgekoppelt hat. Die anvisierten Renditen und Spekulationen hatten keinerlei realen Bezug. Um solche Spekulationen in Zukunft zu vermeiden, sind vielfältige Maßnahmen erforderlich.

Beispielsweise dürfen Kredite von den Banken nicht mehr zu 100 Prozent an Dritte weitergegeben werden. Sie müssen künftig für mindestens 30 Prozent des Risikos selbst haften.

Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanzen müssen verboten werden. Ratingagenturen müssen künftig eine staatliche Zulassung erhalten und der öffentlichen Kontrolle unterliegen. Eine öffentliche, von Privatunternehmen und Banken unabhängige europäische Ratingagentur ist aufzubauen. Hedgefonds sind weltweit zu kontrollieren und in Europa unter strenge Regeln zu stellen. Finanzmarktprodukte müssen standardisiert, geprüft und zugelassen werden, bevor sie in Umlauf kommen. Die Bankenaufsicht in Deutschland und in Europa muss gestärkt werden. Die kürzlich eingerichtete europäische Finanzmarktaufsichtsbehörde könnte eine Stabilisierung des Finanzsektors ermöglichen. Darüber hinaus sind zur Eindämmung von Spekulationen eine Finanztransaktionssteuer sowie eine Börsenumsatzsteuer einzuführen. Beide würden auch dazu beitragen, die Steuereinnahmen des Staates zu erhöhen, damit dieser die notwendigen Leistungen eines Staates, wie in der Bildungspolitik, erbringen kann. Deswegen bedarf es auch der Anhebung des Spitzensteuersatzes sowie die Einführung einer Vermögenssteuer. Das würde auch zur notwendigen Umverteilung von unten nach oben beitragen.

Das Shareholder-Value-Denken hat die Finanzmarktkrise mit verursacht. Es kann daher zukünftig nicht ausschließlich um das Wohl und die Dividende der Aktionäre, sondern um eine soziale, den Arbeitnehmerinteressen verpflichtete und nachhaltige Unternehmenspolitik gehen. Deswegen ist die demokratische Teilhabe der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den Unternehmen auszubauen durch Ausweitung der Mitbestimmung und Verbesserung der betrieblichen Vertretungsmöglichkeiten.

Weitergehende Mitbestimmung

Die paritätische Mitbestimmung sollte u. a. für alle Unternehmen unabhängig von ihrer jeweiligen Rechtsform ab 1000 Beschäftigten gelten. Für alle Unternehmen mit 200 bis 1000

Beschäftigten sollte unabhängig von ihrer Rechtsform eine drittelparitätische Mitbestimmung eingeführt werden. Die Mitbestimmung muss auch für ausländische Firmen gelten, wenn sie in Deutschland tätig sind und die übrigen Voraussetzungen des Mitbestimmungsgesetzes erfüllen. Im Mitbestimmungsgesetz ist ein verpflichtender Katalog von zustimmungspflichtigen Geschäften aufzunehmen. Wichtige Entscheidungen, zum Beispiel über Betriebsschließungen, Standortverlagerungen und Massenentlassungen müssen künftig einer 2/3 Mehrheit im Aufsichtsrat bedürfen.

Im Interesse der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist die betriebliche Mitbestimmung zu erweitern. Dazu sollten die Betriebsräte u. a. ein eigenständiges Recht auf Erstellung eines Sanierungs- und Restrukturierungskonzeptes mit externer Beratung erhalten. Dieses Recht muss durch eine betriebsverfassungsrechtliche Einigungsstelle erzwingbar sein. Die Mitbestimmung von Betriebsräten bei Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung, bei Betriebsänderungen (Umorganisation, Produktionsverlagerung, Beschäftigungsabbau) ist zu erweitern und durch ein zwingendes Mitbestimmungsrecht beim Interessenausgleich zu stärken. Betriebsräte müssen über den Einsatz von Leiharbeitnehmern und -arbeitnehmerinnen mitbestimmen können.

Öffentliches und privates Eigentum

Das letzte Element einer Wirtschaftsdemokratie ist sicherlich das brisanteste bzw. schwierigste, da es um die Eigentumsfrage geht. Nach dem Privatisierungswahn von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie beispielsweise Krankenhäuser oder Energieunternehmen, hätte sich niemand vorstellen können, dass der Staat sich in der Krise mit über 25 Prozent an der Commerzbank oder gar mit 100 Prozent an der Hypo Real Estate Bank beteiligt und im Extremfall die Enteignung beschließt. Staatliche Beteiligungen an Unternehmen und Banken dürfen aber nicht nur in Not-

situationen durchgesetzt werden. Sie müssen Teil einer demokratischen Wirtschaftspolitik sein, die es dem Staat ermöglicht, gestaltend in Arbeitsplatzentwicklung und Strukturpolitik einzugreifen. Öffentliche Unternehmen, wie zum Beispiel Energieversorger oder Gesundheitsbetriebe, dürfen nicht weiter privatisiert und müssen rekommunalisiert werden, da es hier nicht um Gewinnmaximierung gehen darf, sondern um die Versorgung der Menschen in den wichtigsten Lebensbereichen.

Die Volkswagen AG, die Salzgitter AG und die Deutsche Messe AG zeigen, dass Unternehmen mit staatlicher Beteiligung erfolgreich am Markt operieren können und Stabilität sowie Sicherheit für die Arbeitsplätze bieten. Dies gilt im übrigen auch für zahlreiche andere Konzerne mit staatlichen Beteiligungen, wie zum Beispiel Lufthansa, Telekom, Deutsche Post, Deutsche Bahn, KfW-Bank, Landesbanken und Sparkassen. Diese staatlichen Beteiligungen haben sich bewährt und sind keine Auslauf-, sondern Zukunftsmodelle. Es ist klar, dass die Beteiligung (siehe z. B. HSH Nordbank) auch einer weitaus effektiveren demokratischen Kontrolle unterliegen muss. Es geht in diesem Zusammenhang nicht um die Vergesellschaftung aller privaten Unternehmen, sondern um eine differenzierte Debatte über Eigentumsformen an Unternehmen und Banken. Nicht in jedem Fall ist eine staatliche oder öffentliche Beteiligung an Unternehmen sinnvoll, möglich oder finanzierbar. Deswegen sind differenzierte Antworten erforderlich. Es sollte daher über eine sinnvolle Kombination von privatem und öffentlichem Eigentum weiter nachgedacht und diskutiert werden.

Die IG Metall hat auf dem Höhepunkt der Krise einen 100 Milliarden Euro Beteiligungsfonds zur Unternehmenssicherung vorgeschlagen. Dieser Beteiligungsfonds sollte an eindeutige Bedingungen geknüpft werden, wie zum Beispiel die Vorlage eines tragfähigen unternehmerischen Zukunftskonzeptes, substantielle Beiträge der Eigentümer, Erhalt der Arbeits-

plätze, Einhaltung der Tarifverträge, Sicherung der betrieblichen Ausbildung und Übernahme der Auszubildenden. Darüber hinaus sollten bei einer Entscheidung über eine öffentliche Beteiligung gesamtwirtschaftliche und regionale Kriterien sowie Branchenentwicklungen berücksichtigt werden. Die Entscheidungsgremien über die Gewährung von einem solchen öffentlichen Beteiligungskapital sind danach drittelparitätisch mit VertreterInnen der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der öffentlichen Hand zu besetzen. Dieser Vorschlag für eine sinnvolle Kombination von privatem und öffentlichem Eigentum ist in der Krise entstanden, sollte jedoch als Teil einer sinnvollen Maßnahme im Rahmen eines neuen Konzeptes der Wirtschaftsdemokratie aufgegriffen werden, weil hierin die Chance besteht, als Staat gestaltend und steuernd strukturpolitische Maßstäbe zu setzen.

Weiter auf der Suche nach Alternativen:

Wir stehen erst am Anfang einer Diskussion eines Alternativkonzeptes zum marktradikalen Kapitalismus. Die Idee der Wirtschaftsdemokratie wird dabei ein wesentlicher Baustein sein, der im Rahmen eines Gesamtkonzeptes von Gewerkschaften und SPD in die gesellschaftspolitische Diskussion eingebracht werden muss. Dabei stehen wir am Scheideweg, ob marktradikaler Kapitalismus oder der Einstieg in eine Gesellschaft, die von mehr Mitbestimmung eines jeden Einzelnen in den Betrieben, einer demokratischen, ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftsordnung, einer gerechten Verteilung des Wohlstandes und einem ebenso leistungsfähigen wie solidarischen Sozialstaat bestimmt ist. Und was es so schwer macht, ist die Machtfrage. Ohne gesellschaftliche Mehrheit aus Gewerkschaften, Parteien, Verbänden, Kirchen und sozialen Bewegungen, wird ein Alternativkonzept politisch nicht mehrheitsfähig und umsetzbar sein. ■

☞ Jutta Blankau ist Bezirksleiterin der IG Metall Küste und Mitherausgeberin der spw.

Exile on Mainstreet

– Ökonomische Perspektiven jenseits der Wallstreet

von Arno Brandt



Foto: www.fotolia.com, © Gina Sanders

Die Weltwirtschaftskrise hat den Finanzmarktkapitalismus zwar in seinen Grundfesten erschüttert, aber nicht endgültig zur Strecke gebracht. Noch ist nicht entschieden, ob der Marktfundamentalismus einem Paradigmenwechsel in der ökonomischen Theorie und in der wirtschaftspolitischen Praxis weichen muss. Aber vieles spricht dafür, dass die große Krise den Anfang vom Ende dieses fast 40 Jahre dominierenden Systems markiert. Die Krise stellt demnach das Endprodukt des Wandels von realkapitalistischen zu finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen dar (Schulmeister 2010). Wir haben es jetzt mit einem Zeitfenster zu tun, in dem sich entscheidet, ob sich eine Etappe kapitalistischer Entwicklung durchsetzt, die dem Realkapital wieder Geltung verschafft, oder ob weiterhin Kurs auf den Abgrund genommen wird, in den wir noch vor kurzem für einen historischen Augenblick hinabblicken konnten.

Nicht wenige Ökonomen sind sich einig, dass sich hinter der jüngsten Weltwirtschaftskrise mehr verbirgt als „nur“ eine Finanzkrise (Stiglitz 2010, Colletis 2009), sondern eine Beschleunigung des Strukturwandels zu einer Innovations- bzw. Wissensökonomie, die grundsätzlich einer anderen Logik folgt als das Wallstreet-Modell der zurückliegenden Jahrzehnte. Die Krise könnte sich damit als Geburtshelferin eines neuen Wachstumsmodells erweisen, das der Logik der Mainstreet folgt und in seinen tragenden Säulen der Architektur einer wissensbasierten Ökonomie entspricht (Brandt 2009). Meine Kernthese lautet, dass sich eine neue Wegscheide zwischen dem Wallstreet- und dem Mainstreet-Modell ergibt. Damit kehrt zugleich eine ökonomische und gesellschaftliche Alternative in die Mitte der Gesellschaft zurück, die die Freisetzung neuer Fortschritts-, Emanzipations- und Demokratisierungspotenziale in greifbare Nähe rückt.

Mainstreet versus Wallstreet

Die beiden amerikanischen Ökonomen Bluestone und Harrison haben die ökonomische und zivilisatorische Überlegenheit des Mainstreet- gegenüber dem Wallstreet-Modell fundiert herausgearbeitet (Bluestone/Harrison 2002). Das Wallstreet-Modell ist auf einen schlanken Staat, eine straffe Geldpolitik, Deregulierung und Privatisierung sowie eine Liberalisierung der Finanzmärkte ausgerichtet. Es entspricht ganz dem, was in der soziologischen Kritik als „Finanzmarktkapitalismus“ bezeichnet wird (Dörre 2009). Dabei handelt sich um eine kapitalistische Formation, die sich in Folge der nachlassenden Wachstumsdynamik der fordistischen Prosperitätskonstellation der Nachkriegszeit durchgesetzt hatte, und die ihre Wachstumsimpulse vornehmlich aus dem globalen Casino erhielt. Ihr Siegeszug vollzog sich nicht nur in den anglo-amerikanischen Ländern, sondern erfasste auch die Volkswirtschaften des „Rheinischen Kapitalismus“. Wie überall in der Welt wurden nach der Gebrauchsanweisung des „Washington Consensus“ die Weichen zugunsten der vermeintlichen Selbststeuerungsmechanismen der Märkte gestellt. Auch die Politik in Deutschland hat sich dieser Rezeptur bedient: „Öffentliches Eigentum musste privatisiert werden, um die wachsenden Defizite in den Staatshaushalten zu verdecken; damit man die Telekom für teures Geld an den kleinen Mann oder die kleine Frau bringen konnte, brauchte man gut geölte Kapitalmärkte und hoch trainierte Investmentbanken“ (Streeck, 2008). Die frühere Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium Barbara Hendricks konstatiert: „Die gesamte Sparte der Volkswirtschaft wollte am liebsten alle Regeln über Bord werfen (...). Hinzu kam, dass überall Hedgefonds entstanden. Wir haben entschieden, dass wir uns – auch mit dem Blick auf den Finanzplatz Frankfurt – nicht vom Finanzmarkt abschotten konnten“ (Hendricks 2010).

Dagegen ist das Mainstreet-Modell Ausdruck einer wirtschaftspolitischen Konzeption, die an die „Neue Wachstumstheorie“ anknüpft. Diese Theorie betont die entscheidende Rolle der Innovation und des Ausbildungskapitals als Motor des wirtschaftlichen Wachstums. Dabei kommt dem öffentlichen Sektor eine maßgebliche Rolle zur Sicherung eines adäquaten Niveaus von Forschung und Entwicklung, der technischen Infrastruktur sowie der allgemeinen und beruflichen Bildung zu. Durch die Verbindung der neuen Wachstumstheorie mit der keynesianischen Theorie, die dem Staat eine aktive Rolle bei der Aufrechterhaltung der Gesamtnachfrage zuschreibt, ergeben sich die Bausteine eines Mainstreet-Modells des 21. Jahrhunderts für Wachstum mit Gerechtigkeit (Bluestone, Harrison 2002, S. 37f.).

Die Wissensökonomie ist keine völlig neue Wirtschaftsweise und setzt schon gar nicht die grundlegenden ökonomischen Gesetze des Kapitalismus außer Kraft. Sie hat sich seit Langem im Unterholz unterschiedlicher Wirtschaftsbereiche entwickelt und knüpft in Deutschland an die spezifischen Stärken des im deutschen Industriesystem verankerten Produktionsmodells der diversifizierten Qualitätsproduktion an. Im Unterschied zu den vorgängigen Wachstumskonstellationen jedoch wird Wissen in der Wissensökonomie zur entscheidenden Produktivkraft. Charakteristisch ist, dass die Grenzkosten der Bereitstellung von Wissen im Gegensatz zu den traditionellen Produktionsfaktoren nicht positiv sind (Stiglitz, 2006, S. 405). Wissen ist die einzige Ressource, die sich durch ihren Gebrauch vermehrt. Im Zuge seiner Anwendung erfolgen Lernprozesse, die eine Akkumulation von Wissen ermöglichen. Wissen ist zudem ein quasi-öffentliches Gut, sofern es nicht personengebunden ist. Schutzrechte zur Absicherung geistigen Eigentums können daher weder vollständig noch dauerhaft durchgesetzt werden. Wichtig ist in diesem Zusammen-

hang die Unterscheidung zwischen explizitem und implizitem Wissen („tacit knowledge“). Letzteres repräsentiert vor allem Erfahrungswissen, das personengebunden und nur mit sehr hohem Aufwand transferierbar ist (Polanyi, 1985). Wer daran dauerhaft partizipieren will, muss den Trägern dieses Wissens vor allem eine Perspektive der Teilhabe eröffnen.

Im Folgenden sollen drei Aspekte näher beleuchtet werden, die auf eine Erweiterung von Handlungs- und Demokratisierungsspielräumen der ArbeitnehmerInnen sowie auf die Perspektive einer nachhaltigen Wirtschaftsweise durch den Übergang zur Wissensökonomie hindeuten.

Leitmärkte der Zukunft

Die wissensbasierte Ökonomie ist zunächst auf Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung angewiesen. „Bildung schafft neues Wissen, welches zu Innovationen führt. Da Wissen ein kumulativer Prozess ist, bedarf die erfolgreiche Entwicklung neuer Ideen für bessere Produkte und Produktionsverfahren einer hohen Qualifikation (...). Das Durchsickern des neuen Wissens und die Verbreitung der Innovation erhöhen die Produktivität der gesamten Volkswirtschaft. Bessere Bildung bedeutet somit schnelles Wirtschaftswachstum“ (Corneo, 2006, S. 135). Erforderlich sind jedoch auch Anreize sowie öffentliche Investitionen, die geeignet sind, Zukunftsmärkte zu schaffen bzw. auszubauen. Relevant sind in diesem Zusammenhang Zukunftsfelder, wie Gesundheit, gesunde Ernährung, neue Mobilitätskonzepte, regenerative Energien, Ressourceneffizienz und Umweltwirtschaft, die im Rahmen der High-Tech-Strategie oder des Foresight-Prozesses auf der Ebene des Bundes diskutiert werden. Matthias Machnig hat am Beispiel der „Ökologischen Industriepolitik“ umrissen, worum es im Kern geht: „Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes (...) wird sich dar-

PapyRossa Verlag



Andreas Wehr: Griechenland, die Krise und der Euro; 179 Seiten; EUR 12,90

Wie nicht zuletzt durch Deutschland die wirtschaftlichen und finanziellen Ungleichgewichte in der Eurozone verschärft wurden, deren erstes Opfer Griechenland ist. Wie geht es weiter mit dem Euro und der EU?



Lucas Zeise: Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus | Versuch über die politische Ökonomie des Finanzsektors; 192 Seiten; EUR 12,90

Sorgfältig handelt Zeise die großen und kleinen Krisen des Kapitalismus ab und diskutiert die wichtigsten Theorien über das Geld. Resümierend zeigt er, wie das Monster Finanzsektor politisch gebändigt werden könnte.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

an entscheiden, ob und wie wir es schaffen, neue Produkte und effiziente Verfahren zur Produktion, Distribution und Dienstleistungserbringung vor unseren Wettbewerbern zu entwickeln und dabei gleichzeitig Nachhaltigkeits- und Qualitätsmerkmale aufweisen können, die über denen der Konkurrenz liegen. Da wir nicht billiger sein können und wollen, müssen wir besser sein. Bessere Qualität, gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine höhere Technologietiefe erfordern aber höhere Anschubfinanzierungen“ (Machnig 2010). Eine derartige Strategie erfordert nicht zuletzt einen starken Staat, der klare Regeln vorgibt und diese Veränderungen im Sinne einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung vorantreibt (Machnig 2007).

Die Zukunftsfelder entsprechen einer Strategie nachhaltigen Wachstums als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise, die von der Stiglitz-Kommission der UNO gefordert wurde (UNO 2009). Sie bedingen nicht nur ein erhebliches Maß an öffentlichen Investitionen, sondern bieten auch neue unternehmerische Gelegenheiten und damit Märkte, die im Wechselspiel von demokratisch legitimer staatlicher Rahmensetzung und privater Initiative entwickelt werden können. Sie beziehen sich zu einem erheblichen Teil auf binnenwirtschaftliche Nachfrage und können damit einen Weg aus der Sackgasse struktureller Exportüberschüsse eröffnen (Scharpf, 2009, S. 2). Zudem repräsentieren sie wissensintensive Wirtschaftsbereiche, die Merkmale von Kollektivgütern aufweisen und daher der öffentlichen Unterstützung bedürfen, um auf Wachstumskurs gebracht zu werden.

Open innovation als Vorbote neuer Möglichkeiten

Der Faktor Wissen als „quasi-öffentliches Gut“ verleiht auch einer Bewegung Auftrieb, die wichtige Bereiche der Produktion und

Entwicklung aus dem ausschließlich kapitalistischen Verwertungszusammenhang lösen möchte und die Akkumulation und Nutzbarmachung von Wissen als Kern des Innovationsprozesses gewissermaßen zu vergesellschaften trachtet. Die bekannteste Variante dieses Ansatzes ist sicherlich die des „Open-Source“, die sich ursprünglich auf Softwareentwicklungen bezog, bei denen Nutzer Einblick in den Quellcode meist kostenlos vertriebener Programme erhalten und diese manipulieren können. Dieser Ansatz greift als „Open Innovation“ auch auf andere Branchen und Produktlinien über und wird nicht nur von den Informations- und Telekommunikationstechnologien gefördert, sondern auch von den Besonderheiten des Innovationsprozesses in der Wissensökonomie.

Entscheidend ist heute die Kompetenz, Potenziale und Lösungen neuer Technologien frühzeitig zu entdecken und zwar auf allen Ebenen der Gesellschaft (Klotz 2006: 106). So gehen inzwischen viele Unternehmen dazu über, das Innovationsrisiko zu verringern, indem sie ihre Kunden in Fragen der Marktforschung und Produktentwicklung einbinden. Dies erfolgt z.B. über Tool-Kits, mit denen die Kunden ihre eigenen Modelle gestalten können und Hinweise auf ihre Präferenzen geben. Manche Unternehmen überlassen heute ihren Kunden mittels zur Verfügung gestellter Software auch gleich die Konstruktionszeichnung. Um die Kunden zur Mitarbeit zu bewegen, müssen die Unternehmen um ein positives Image besorgt sein. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Unternehmenskultur, die zwischen instrumentellem (ökonomischen) und kommunikativem Handeln vermittelt.

Unternehmenskultur muss aber durch Handeln bestätigt werden und kann durch kontraproduktives Verhalten auch stark beschädigt werden. Die notwendige Abstimmung zwischen den Möglichkeiten der

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT

Kempes Buch
gibt einen tiefen Einblick
in die Arbeitswelt von heute



2010 - 169 S. - 14,90 €
 ISBN: 978-3-89691-864-2

... und
es lässt uns die Menschen kennen-
lernen, die mit ihrem En-
gagement, ihrer Fantasie, ihren
Zweifeln und ihrem Mut dafür
sorgen, dass unsere Hoffnung auf
menschenwürdige Arbeits- und
Lebensbedingungen nicht stirbt.

WWW.DAMPFBOT-VERLAG.DE

Unternehmen und den Marktbedingungen geht heute am effektivsten über die Partizipation der Stakeholder, deren Ansprüche ja in diese Kultur einfließen müssen. Indem diese jedoch eine Mitsprache erhalten, schränken sie die alleinige Dispositionsfähigkeit der Unternehmen über Produktgestaltung, Portfolios, Produktion, Vertrieb und Marketing entscheidend ein.

Zu den Stakeholdern gehören neben den Kunden v.a. auch die MitarbeiterInnen eines Unternehmens. Die Unternehmenskultur wirkt in beide Richtungen, starke Diskrepanzen zwischen der Innen- und Außendarstellung würden über kurz oder lang das Image beschädigen. Die Gestaltung einer erfolgsversprechenden Unternehmenskultur (noch dazu einer innovationsfördernden) lässt sich aber nur unter Beteiligung der Beschäftigten umsetzen. Deren Partizipation muss heute tendenziell ausgeweitet werden, weil die MitarbeiterInnen sich im Innovationsprozess nicht nur zunehmend selbstständig organisieren müssen, sondern das Unternehmen und seine Kultur auch nach außen repräsentieren sollen.

So betrachtet, tendieren wissensbasierte, innovationsorientierte Unternehmen in der Wissensökonomie dazu, ihre Stakeholder an nahezu sämtlichen ökonomischen Aktivitäten zumindest partiell partizipieren und/oder mitbestimmen zu lassen. Klotz plädiert daher nachvollziehbar für einen Paradigmenwechsel von der Fokussierung auf Innovationsysteme hin zu Innovationskulturen (Klotz 2006: 114).

Es lässt sich beispielsweise beobachten, dass Firmen ihre einstigen Geschäftsgeheimnisse offenlegen und etwa Zulieferern und Kunden unmittelbaren Zugriff auf den Kern ihrer Leistung geben. So entsteht ein permanenter Prozess, der davon lebt, dass die Fachkräfte aus den beteiligten Unternehmen kontinuierlich an einer Optimie-

rung der Produkte und Verfahren arbeiten. Für die am Netzwerk beteiligten Unternehmen geht es um eine win-win-Situation mit geringen Transaktionskosten, geringem Innovationsrisiko und denkbar schnellster und flexibler Umsetzung. Es gibt in dieser Hinsicht also eine klare Tendenz in Richtung auf die Vorteile einer zwischenbetrieblichen Kooperationskultur im Gegensatz zur herkömmlichen Konkurrenzkultur.

Ein derartig kooperatives Vorgehen erfordert aber auch entsprechende Entscheidungskompetenzen auf der mittleren Ebene in den Betrieben, um die Entwicklungen zeitnah zu implementieren. Dabei dürften nicht nur technische Fragen verhandelt werden, sondern auch Aspekte der Arbeitsgestaltung, weil in einem kontinuierlichen Innovationsprozess sich die Anforderungen an die Organisation tendenziell beständig ändern.

Open innovation deutet darauf hin, dass der Möglichkeitsraum für eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang zur Wissensökonomie sich deutlich erweitern könnte. Die Politik könnte diesen Prozess durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen und die Bereitstellung der Infrastruktur unterstützen.

Partizipation und Wirtschaftsdemokratie

Der Prozess der Demokratisierung kann nach Noberto Bobbio solange noch nicht als abgeschlossen gelten, wie die Unternehmen davon noch nicht erfasst wurden (Bobbio 2009). Unter den Bedingungen einer wissensbasierten Ökonomie würde ein Verzicht auf diese Ausweitung heute auch einen Verzicht auf die Hebung maßgeblicher Produktivitätspotenziale bedeuten.

Die Arbeitswelt der Wissensökonomie unterscheidet sich signifikant von der des tayloristisch-fordistischen Zeitalters. Alain Lipietz hat diese Differenz in einem Essay

über „Demokratie nach dem Fordismus“ sehr frühzeitig beschrieben. Danach müsste sich das „Bedienungspersonal (...) mit all seinen Vorstellungen, seiner Innovationsfähigkeit, seiner Qualifikation und seinem im Produktionsalltag erworbenen Know-how einbringen können, und zwar nicht nur zur Verbesserung des Produktionsablaufs, sondern auch zur Vergesellschaftung des erworbenen praktischen Wissens: eine Aufgabe, die Taylor dem Planungsbüro reserviert hatte“ (Lipietz 1990?). Neue Wissens- und Lernkulturen unter den Bedingungen neuer Organisationsstrukturen sind in diesem Zusammenhang entscheidende Erfolgsfaktoren.

Die wissensbasierte Arbeitsorganisation stellt auf eine größere Anerkennung von Autonomie und Selbststeuerung der Wissensarbeiter ab. Die neue Wissens- und Lernkultur ist daher auch eine Kultur der Partizipation. Innovation als ein sozialer Prozess, in den wirtschaftliche, rechtliche, betriebliche und kulturelle Aspekte einfließen, ist kontextgebunden und geografisch zu verorten. Vor allem sind Innovationen qua Definition das zuvor noch Unbekannte und lassen sich daher auch prinzipiell nicht verordnen oder anleiten. Sie entstehen maßgeblich aus innovativen Milieus und erfordern experimentelle Freiheiten. Kreative Ideen lassen sich nicht effektiv in hierarchische Organisationsformen implementieren, da diese eine dysfunktionale Umgebung für Wissensarbeiter bieten (Vgl. Klotz 2006). Machtausübung gilt heute in der Innovationsforschung als zentraler Misserfolgswort für Innovationen. Zudem sind Innovationen tendenziell subversiv, da sie als etwas Neues immer bestehende Machtverhältnisse tangieren.

Als WissensarbeiterInnen gelten heute nicht nur WissenschaftlerInnen, sondern alle MitarbeiterInnen und Freelancer, die eine spezifische Problemlösungskompetenz im Produktionsprozess aufweisen. Eine Unter-

nehmenskultur ohne großes hierarchisches Gefälle, mit starken partizipatorischen Elementen, erheblichen horizontalen Entscheidungs- und Koordinationskompetenzen und der Möglichkeit zu ungehinderter informeller Kommunikation gilt als entscheidende Voraussetzung für innerbetriebliche Innovationen. Nur so lässt sich auch das implizite Wissen der Fachkräfte in den Produktions- und Innovationsprozess integrieren.

Dort, wo derartige Beteiligungsprozesse greifen, lässt sich ein enger Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit Erfahrungswissen der Beschäftigten in verfügbare Produktionsintelligenz zu transferieren und dem Niveau der Partizipation feststellen. „Je stärker das Management auf die Nutzung vorhandener Produktionsintelligenz angewiesen ist, je wichtiger der Konsens mit den Beschäftigten über die Erweiterung betrieblicher Flexibilisierungsspielräume wird und je mehr Wissen die Beschäftigten einzu- bringen vermögen, desto größer werden die Chancen direkter Partizipation“ (Dörre 1996 S.82).

Resumé

Die Krise hat uns ein Zeitfenster geöffnet, das eine neue Weichenstellung von der Wallstreet und ihren drohenden Abgründen hin zur Mainstreet mit verstärkten partizipativen Tendenzen ermöglicht. Um diese historische Chance wahrzunehmen, bedarf es jedoch eines entschlossenen und abgestimmten politischen Handelns. Neben der Setzung strikter Finanzmarktregeln bedarf es der Förderung zentraler Zukunftsfelder. Da die Netzwerkarchitektur der Wissensökonomie hierarchische Steuerungsmodi zunehmend obsolet werden lässt, wird einer Demokratisierung der Betriebe und Innovationskulturen tendenziell der Boden bereitet. Ob derart partizipative Strukturen ein emanzipatorisches Potenzial entfalten, hängt maßgeblich von den WissensarbeiterInnen

selbst und von den jeweils spezifischen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen ab. Gelebte Partizipation weckt das Interesse an mehr Demokratie. Unter wissensökonomischen Bedingungen öffnet sich auf jeden Fall ein erweiterter Möglichkeitsraum für eine Wirtschaftsdemokratie. ■

⇒ Dr. Arno Brandt ist Ökonom und Bankdirektor.

Literatur

- Brandt, A. (2009): Die große Krise und die Option einer neuen Wissensökonomie, in: *RegioPol – Zeitschrift für Regionalwirtschaft*, 2/2009
- Bluestone, B.; Harrison, B. (2002): *Geteilter Wohlstand – Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Ausgleich im 21. Jahrhundert*, Frankfurt a.M./New York.
- Noberto Bobbio (2009): Die Zukunft der Demokratie, in: N. Bobbio: *Ethik und die Zukunft des Politischen*, Berlin, S. 75f.
- Colletis (2009): Industriepolitik im europäischen Rahmen, in: *RegioPol – Zeitschrift für Regionalwirtschaft*, 2/2009
- Corneo, G. (2006): *New Deal für Deutschland – Der Dritte Weg zum Wachstum*, Frankfurt a.M./New York
- Dörre, Klaus (1996): Partizipatives Management – ein Schritt zum demokratischen Betrieb. In: Denisow, Klaus/Fricke, Werner/Stieler-Lorenz, Brigitte (1996): *Partizipation und Produktivität. Zu einigen kulturellen Aspekten der Ökonomie*. Forum Zukunft der Arbeit 5. Bonn, S. 69-86.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: Dörre, K., Lessenich, Rosa, H.: *Soziologie – Kapitalismus – Kritik*, Frankfurt a.M.
- Drossou, Olga; Krempel, Stefan; Poltermann, Andreas (2006): Die wunderbare Wissensvermehrung. Wie open Innovation unsere Welt revolutioniert. URL: <http://www.wissensgesellschaft.org/themen/wissensoekonomie/OpenInnovation.pdf>
- Hendricks, B. (2010): Interview in der HAZ v. 25.5.2010
- Klotz, Ulrich (2006): Innovation durch offene Forschungspolitik und offene Unternehmenskulturen. Plädoyer für einen Strategiewechsel in der Innovationspolitik. In: Drossou, Olga; Krempel, Stefan; Poltermann, Andreas 2006. S. 98-120
- Lipietz, Alain (1991): Demokratie nach dem Fordismus, in: *Das Argument* 189 S.677-694
- Machnig, M. (2007): „Wir brauchen eine dritte industrielle Revolution“ (Interview), *SPW* 5 2007, S. 33.
- Machnig, M. (2010): Perspektiven der Strukturpolitik im Bundesland Thüringen, in: *RegioPol – Zeitschrift für Regionalwirtschaft* 2/2010,
- Polanyi, M. (1985): *Implizites Wissen*, Frankfurt a.M.
- Scharpf, F. (2009): Das falsche Thema zur falschen Zeit, in: *Berliner Republik* 4/2009
- Schulmeister, St. (2010): *Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa*, Wien
- Stiglitz, J. (2006): *Chancen der Globalisierung*; München
- Stiglitz, J. (2010): *Im freien Fall*, München
- Streek, W. (2008): *Lektionen zum Kapitalismus*, in: *FAS* v. 27.9.2008
- UNO (2009): Report on the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System (Siglitz-Kommission), New York

Wirtschaftsregierung in der EU

von Bernd Lange

Foto: Christian Kiel



Nachdem der Begriff „Wirtschaftsregierung“ (WR) jahrelang in der EU aus der wirtschaftspolitischen Diskussion verbannt wurde, macht er nun in den letzten Monaten nach Finanz- und Wirtschaftskrise und Griechenlandturbulenzen Schlagzeilen. Insbesondere der französische Präsident Sarkozy plädiert für ein „Gouvernement Économique“. Allerdings ist unklar, wie der Begriff „Wirtschaftsregierung“ genau definiert wird. Es gibt tatsächlich in der weit entwickelten europäischen Governance-Struktur trotz globalisierter Ökonomie, EU-Binnenmarkt und Währungsunion (EWU), mit starken Interdependenzen im Bereich der Wirtschafts- und Haushaltspolitik, keine hinreichenden Instrumente. Zudem drängt sich angesichts zunehmender ungleicher Verteilung des erwirtschafteten Reichtums, global tätiger Unternehmen und unkontrollierter, riskanter Transaktionen die Frage auf, ob mit einer neuen europäischen Wirtschafts- und Haushaltspolitik nicht auch eine grundlegende Demokratisierung einhergehen muss. So erfreulich die Diskussion über eine WR

erscheint, der Rahmen dafür ist nüchtern zu betrachten.

Politische Mehrheiten in der Blick nehmen

Die EU ist kein anonymes Wesen, sondern die Politik ist Ausdruck der politischen Mehrheitsverhältnisse. Wir finden heute im Europäischen Parlament nur 25% sozialdemokratische Abgeordnete, im Europäischen Rat (ER) nur vier sozialdemokratische Regierungen von 27 (Portugal, Spanien, Griechenland und Slowenien), sowie eine große Koalition mit sozialdemokratischem Regierungschef in Österreich. Die EU-Kommission ist mit 12 konservativen KommissarInnen (incl. Präsident), neun liberalen und sechs sozialdemokratischen besetzt. Insofern ist die nach wie vor bestehende Verzagtheit gegenüber einer aktiven, progressiven Wirtschaftspolitik in der EU nicht abstrakt den institutionellen Zwängen zuzuschreiben, sondern zuvorderst den politischen Mehrheitsverhältnissen und deren neoliberalen politisch-ideologischen Positionen.

Vertrag von Lissabon

EU-Politik vollzieht sich unter den Rahmenbedingungen des Lissabonvertrages vom 01.12.2009. Dieser gibt dem Europäischen Parlament (EP) eine ganze Reihe von neuen Gestaltungsmöglichkeiten, z.B. ist das EP in fast allen Bereichen Gesetzgeber, neue relevante Politikbereiche fallen in die Kompetenz des EP und es hat das volle Haushaltsrecht. Allerdings gibt es weiter Lücken im Bereich der sozialen Dimension und im Bereich der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Der Vertrag an sich gibt eine nicht hinreichende Governance-Struktur vor mit der EWU, dem Statut der EZB, einem Mechanismus für die Überwachung der Haushaltspolitik, den wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Leitlinien und dem *aqui communautaire* mit den Wettbewerbsregeln. Der ER entscheidet neu seit dem Lissabon-Vertrag bei der Bewertung der mitgliedstaatlichen Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund der ‚Wirtschaftspolitischen Leitlinien‘ mit qualifizierter Mehrheit. Erstmals bekommt die bisher informell agierende Eurogruppe eine primärrechtliche Rolle mit Verfahrensregeln. Die Kommission wird offiziell mit der Vorbereitung der Sitzungen beauftragt und hat auch hier eine gestalten-de Aufgabe (Protokoll 14). Für die Euro-Staaten besteht die Möglichkeit, mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden, die Koordination und Überwachung der Haushaltsdisziplin zu verstärken und für die Eurogruppe spezielle Grundzüge der Wirtschaftspolitik auszuarbeiten, die mit den für die gesamte Union angenommenen wirtschaftspolitischen Leitlinien vereinbar sein müssten.

Auf absehbare Zeit wird man von keiner weiteren Vertragsrevision ausgehen können. Eine Einstimmigkeit in den 27 Staaten für sozialen Fortschritt bei einem neuen Anlauf ist nicht zu sehen, eher im Gegenteil. Insofern ist angesichts der politischen Situation eine Orientierung auf eine Vertragsreform nicht erfolgsversprechend.

Strategische Ansätze

Die EU muss zweifelsohne eine alternative wirtschaftspolitische Politik verfolgen, um die Krise zu überwinden und zukunftsfit zu sein – nötig ist eine klare, gemeinsame europäische Strategie. Hier kann das Konzept EU 2020 insgesamt nicht überzeugen, ist aber ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Richtig ist z.B. dass einige wenige konkrete Ziele genannt werden:

- Beschäftigungsquote von 75 %
- 3 % BiP für Forschung und Entwicklung
- 20 % weniger Treibhausgase
- 20 % Energieverbrauch aus Erneuerbaren Energien
- 20 % Steigerung der Energieeffizienz
- Schulabbrecherquote unter 10 %
- 40 % mit Hochschulabschluss
- 20 Mio. Menschen weniger in Armut.

Ergänzend dazu tritt eine haushaltspolitische Koordinierung mit gemeinsamen und nachhaltigen Investitionen. Diese politischen Zielsetzungen sind, aber nicht ohne weiteres operationalisierbar. So ist z.B. der Begriff der Beschäftigung mehrdeutig, denn wir brauchen keine prekären Beschäftigungsverhältnisse sondern gute Arbeit für alle. Im Bildungsbereich besitzt die EU keine Zuständigkeit und ist auf das Handeln der Mitgliedstaaten angewiesen. Zentral für die EU 2020-Strategie ist, dass es eine stärkere Koordinierung, eine WR und eine Abstimmung mit den Politiken der Mitgliedstaaten gibt. Selbst die EU-Kommission kam nicht umhin, in den ersten Überlegungen zur EU 2020-Strategie eine stärkere und verbindlichere wirtschaftspolitische Steuerung mit Kompetenzen der

Kommission anzudenken. Offenbar hat Kanzlerin Merkel sofort interveniert und diesen Ansatz zusammen mit anderen zerstört.

Wirtschaftsregierung für die EU

A) Warum wir eine Wirtschaftsregierung brauchen

Mit der EWU ist klar, dass nationalstaatliche Handlungsmöglichkeiten begrenzt sind, Wechselkursanpassungen aufgrund der Verschiebung der Wettbewerbssituation oder Zinspolitik zur Stimulierung von Investitionen nicht mehr möglich sind. Ein großer Währungsraum mit alleiniger Regulierung der Staatsdefizite entfaltet ganz logisch Marktmechanismen in den anderen Bereichen. Diese Tatsache wurde von neoliberalen Wettbewerbsapologeten – auch aus Deutschland – begrüßt, da dadurch ein Druck auf die die Wettbewerbssituation beeinflussenden Faktoren ausgeübt wird und „dies wichtige Parameter im Wettbewerb der Standorte“ seien. Der Druck auf Löhne, auf soziale Standards und Sozialsysteme mit einem Wettbewerb nach unten und das Auseinanderdriften der Staaten waren die logischen Folgen. Durch die Krise wurde nun überdeutlich, dass die makroökonomischen Divergenzen innerhalb der EU unhaltbar sind und Defizitgrenzen nicht helfen, Spekulationsfolgen, Immobilienblasen und sich extrem auseinanderentwickelnde Lohnstückkosten anzugehen und die Leistungsbilanzen auszugleichen. Besonders heikel wird es, wenn ein Mitgliedstaat die Binnennachfrage zu stark bremst.

Als die Finanzkrise realwirtschaftliche Folgen zeigte, gab es monatelang Diskussionen über die Notwendigkeit und Möglichkeiten von Konjunkturpaketen, letztendlich gab es ein fragile Abstimmung und eine höchst unterschiedliche Praxis in den Mitgliedstaaten. Ähnlich war es im Fall Griechenland. Das Prinzip, dass bei Schwierigkeiten aufgrund hoher Staatsverschuldungen die No-Bail-Out-Regel greift, nach der weder die EU noch die ande-

ren Mitgliedstaaten für die Schulden eines Mitgliedstaates haften, wurde absurderweise hochgehalten. Problemlos wurde jedoch Nicht-Euro-Staaten eine Nothilfe gewährt. Das Zögern der Kanzlerin im Fall Griechenland nährte wochenlang Zweifel, ob Griechenland geholfen wird. Sie lud Spekulanten förmlich ein, weiter gegen Griechenland zu wetten. Erst dann gewannen Risikoaufschläge und Euro-Absturz an Fahrt. Eine Destabilisierung des Bankensektors hätte jedoch massive Spillover-Effekte in die Eurozone. Insofern war die Einrichtung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) mehr als überfällig. Hier ist es wiederum absurd, dass es einem Staat möglich ist, sich auszuklinken. Es ist also naiv und fahrlässig, weiterhin neoliberale Grundsatzzpositionen zu festigen und auf Marktregulungen in der EU zu hoffen.

B) Wie muss eine erweiterte Wirtschaftsregierung aussehen?

Mit der EWU bestand die Notwendigkeit einer wirtschaftspolitischen Koordinierung, da Vertrag und der Stabilitäts- und Wachstums-pakt (SWP) mit nomineller Überwachung der nationalen Haushalte nicht hinreichend für eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung sind.

Mit dem Erstarken der Sozialdemokratie, die im Herbst 1998 mit dem Wahlsieg in Deutschland in der EU eindeutig politisch führend war, wurde die Diskussion um eine europäische Wirtschaftspolitik konkreter. Beim informellen Europäischen Gipfel im Herbst 1998 in Österreich wurde erstmals die Idee einer Europäischen Wirtschaftspolitik und der Schaffung eines institutionellen Rahmens für eine solche Politik entwickelt und diskutiert. Mit dem europäischen makroökonomischen Dialog (EMD) für den Euroraum unter Einbeziehung der EZB und der Sozialpartner auf dem ER in Köln 1999 wurde ein erster Schritt getan. Die makroökonomischen Entwicklungen und Perspektiven sollten analysiert und ein wach-

tums- und beschäftigungsfördernder Policy-Mix bei Wahrung der Preisstabilität erreicht werden. Der EMD hätte als Ausgangspunkt für ein verbindliches Instrument weiterentwickelt werden können, das durch das Europäische Parlament demokratisch kontrolliert wird. Diese Ansätze wurde aber nicht weiterentwickelt und waren schnell gefangen im Geflecht von dominant werdenden gegenläufigen wirtschaftspolitischen Auffassungen, den Anforderungen des SWP, und einer absolut gesetzten Unabhängigkeit der EZB. Das Ergebnis von nun mehr als zehn Jahren EMD für eine koordinierte Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene ist marginal.

Zwischenzeitlich hat es eine ganze Reihe von theoretischen Ansätzen für eine WR gegeben, die nicht den Weg in politisches Handeln fanden, da diese jeweils einer umfassenden Vertragsreform bedurft hätten. So gab es u.a. Entwürfe einer Europäischen Republik mit vergemeinschafteter WR, einer quasi automatischen Steuerung der Leistungsbilanzen, einer Herausbildung der Eurogruppe als Exekutivorgan der WR oder eines großen supranationalen Haushaltes bzw. supranationaler Haushaltskompetenzen mit antizyklischer Politik.

Um nun ein handhabbares Instrumentarium und Mechanismen für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu schaffen, schlägt die Fraktion der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament vor, den geltenden SWP um einen neuen „Wachstums- und Beschäftigungspakt“ zu ergänzen, der gleichfalls in Form eines Rechtsakts gemäß Artikel 121 abgefasst werden sollte und durch Verordnungen im Mitentscheidungsverfahren umzusetzen ist. Damit würde die Kommission eine, der demokratischen Kontrolle des Europäischen Parlaments unterliegende, neue Funktion als Akteur einer WR erhalten, in der sie eine abgestimmte wirtschaftspolitische Strategie entwerfen und die wirtschaftspolitische Steuerung weit über ihre derzeitige Funktion der Haushaltsüberwachung hin-

aus erweitern könnte. Um diese neue Governance-Struktur politisch zu gestalten, sollte der neue Pakt klare wirtschaftliche Ziele, insbesondere zu den Themen Beschäftigung und Investitionen, enthalten. Vor allem könnten zusätzlich zu den geltenden Defizitziele beschäftigungs- und nachhaltigkeitsorientierte Ziele, z.B. für die Arbeitslosenrate oder Beschäftigungsquote in den neuen Pakt aufgenommen werden. In diesem neuen Rahmen würden aufgrund der Vorarbeit der Kommission die Mitgliedstaaten jährliche integrierte „Stabilitäts-, Wachstums- und Beschäftigungsprogramme“ erarbeiten. So würde eine koordinierte und intelligente nachfrageorientierte makroökonomische Politik mit deutlichen öffentlichen Investitionen möglich. Beggar-my-neighbor-Politiken, Steuerwettbewerb nach unten und makroökonomische Ungleichgewichte könnten beseitigt werden.

Zweifelsohne ist eine langfristige Haushaltskonsolidierung nötig. Es ist jedoch kontraproduktiv, mit der Brechstange die Rückkehr zum SWP erzwingen zu wollen. Die unterschiedlichen Bedingungen der Mitgliedstaaten müssen berücksichtigt werden und es bedarf qualitativer Kriterien für die wirtschaftlich sinnvolle und sozial gerechte Konsolidierung. Schließlich muss die EU, ausgehend von dem jüngst geschaffenen EFSF, ein dauerhaftes und wirksames Instrument zur Bekämpfung übermäßiger Verschuldungslagen für Euro- und Nicht-Euro-Staaten schaffen.

Zur Begleitung der notwendigen Haushaltskonsolidierung sollte parallel ein europaweites Einnahmenpaket angepackt werden mit Steuerkoordinierung (u.a. eine einheitliche Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage), europäischer Finanztransaktionssteuer, gemeinsamer und effizienter europäische Strategie gegen Steuerhinterziehung mit jährlichen nationalen Zielvorgaben, EU-weiter CO₂-Steuer und die Förderung gerechter Einkommenssteuersysteme. Dieser Ansatz muss gewährleisten, dass die Haushaltskonsolidierung sozial gerecht ist.



Die SPD-Linke leistet mit dem Sammelband einen Beitrag zur friedens- und sicherheitspolitischen Debatte. Die Artikel reichen von der wachsenden Bedeutung des Klimawandels als Konfliktursache über die Bedrohung durch Kleinwaffen bis hin zu Gefahren der Privatisierung von Armeen und militärischen Maßnahmen. Ferner diskutiert das Buch den politischen Einfluss des „Sicherheits“-Gedankens. In der Afghanistan-Debatte ist die gesamte Bandbreite der SPD-Positionen vertreten. Alle AutorInnen halten einen sofortigen Abzug aller ausländischen Militärkräfte für eine verkürzte Forderung. Letztlich komme es darauf an, wie eine demokratische und friedliche Entwicklungsperspektive für die Menschen in Afghanistan erreicht werden könne.

Weitere Informationen und Bestellung:
www.forum-dl21.de

C) Was wird aktuell diskutiert?

Nach dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise und während der Währungsturbulenzen um Griechenland schien es, dass mit den Schlussfolgerungen des Rates im März 2010 das neoliberale Weltbild leichte Risse bekommen hat und dass „die allgemeine politische Koordination verstärkt“ werden muss.

Der permanente Präsident des ERs, Herman Van Rompuy, richtete dazu eine ad-hoc Task Force ein, in der u.a. die Ideen einer gemeinsamen WR erarbeitet werden sollen. Sie besteht aus den Finanzministern der 27 EU-Staaten, dem Kommissar für Wirtschaft und Währung sowie den Präsidenten der EZB und der Eurogruppe. Die Task Force soll im Oktober Vorschläge unterbreiten, auf die man sich schnell und ohne Änderung der Europäischen Verträge einigen kann, also eine effektivere Koordinierung der Haushaltspolitik, eine makroökonomische Überwachung und Vorschläge für künftige Krisenmechanismen für EU und Eurozone. Doch sehr schnell hat sich die Diskussion auf wenige Bereiche verengt:

- Vereinbarung ist bereits das sog. Europäische Semester. Dies wird mit einem „Annual Growth Survey“ mit wirtschaftspolitischen Prioritäten, von der Kommission vorbereitet, starten. Der Bericht würde vom ER im Frühjahr diskutiert werden. In diesem Gipfel entscheidet der ER über die strategischen Leitlinien der EU und die Eurozone und es werden Empfehlungen für die Haushaltspolitik (Stabilitäts- und Konvergenzprogramme) und Wirtschaftspolitik (Nationale Reformprogramme) abgeleitet. Diese Positionierung soll dann in Stabilitätsprogramme (EWU-Länder) und Konvergenzprogramme (Nicht-Euroländer) einbezogen werden, die jeweils im April vorgelegt werden. Diese sollen auch eine haushaltspolitische Vorschau auf das Folgejahr enthalten, was Veränderungen der Haushaltsprozesse in den Mitglied-

staaten mit sich bringt. Die Kommission wird diese dann prüfen und ggf. Empfehlungen für den ER im Juli erarbeiten, der dann länderspezifische Empfehlungen zur Wirtschafts- und Haushaltspolitik beschließt. Die Kommission bewertet dann im Folgejahr die Umsetzung dieser Empfehlungen.

- Die mittelfristigen Haushaltsziele des sogenannten präventiven Arms des SWP sollen durch deutlichere Eingriffe in die nationalen Haushaltspolitiken mit Fokus auf den Schuldenstand etwa über Sanktionen und einer mittelfristigen Haushaltsplanung der EU-Mitgliedstaaten verstärkt werden. Die Task Force wird prüfen, ob verzinsliche Einlagen eine Möglichkeit sein werden, Regierungen zu sanktionieren, die die mittelfristigen Haushaltsziele nicht einhalten. Als eine weitere Sanktionsmöglichkeit wird die künftige Konditionierung von Mitteln aus Agrar-, Struktur- und Kohäsionsfonds diskutiert. Ein früherer französisch-deutscher Vorschlag, die Stimmrechte dieser Länder zeitweilig, mittels einer politischen Absprache ohne Vertragsänderung, zu suspendieren, fand bei den anderen Mitgliedsstaaten keine Zustimmung. Der französische Präsident schlug vor, strengere Sanktionen für Eurozonenmitglieder als für nicht Euro-Staaten zu verhängen. Die EZB möchte eine unabhängige Fiskalagentur zur dauerhaften Kontrolle einsetzen. Es gibt durchaus Vorstellungen, die Mitgliedstaaten könnten durch Verfassungsänderungen die mittelfristigen Haushaltsziele des SWP in ihrer nationalen Haushaltsgesetzgebung verankern.
- Für den sogenannten korrektiven Arm des SWP wird eine Beschleunigung des Defizitverfahrens diskutiert. Darüber hinaus gibt es Diskussionen mit einer Vertragsänderung Sanktionen automatisch beim Übertreten der Defizitschwelle mit

Umkehr der Beweislast auszulösen. Dann könnten Vorschläge der Kommission vom Rat mit nur qualifizierter Mehrheit abgelehnt werden – zurzeit müssen sie vom Rat beschlossen werden.

- Der informelle Austausch über die Wirtschaftspolitik soll intensiviert werden und so gab es am 13. Juni in der Euro-Gruppe eine Premiere. Die Euro-Gruppe hat die Diskussion über die makroökonomischen Ungleichgewichte begonnen und erstmals wurde die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder diskutiert. Dabei gab Deutschland einen Bericht über die Lage Spaniens ab und im Oktober soll Frankreich über die deutsche Wettbewerbsfähigkeit berichten.
- Zuletzt wird ein Krisenmechanismus für Staaten in Not vorgeschlagen. Einig sind sich alle Beteiligten, dass dieser Krisenmechanismus nur unter hoher Konditionalität aktiviert werden kann. Während die Kommission in ihrem Vorschlag einen Schwerpunkt auf die Lösungen und Auflagen setzt, listet die EZB eher Sanktionen auf. Hier könnte noch größeres Konfliktpotenzial liegen. Dies ist derzeit jedoch noch unproblematisch, denn die derzeitige EFSF benötigt erst 2013 einen Nachfolger.

Wirtschaftsregierung für 17 oder 27?

Während die französische Position auf eine WR nur auf die Euro-Staaten abzielte, verfiel diese Haltung bei vielen Mitgliedstaaten zu Recht nicht, denn man kann keine „Euro-Mauer“ einziehen, die spaltet und die Nichteuro-Ländern wirtschaftspolitisch abhängt. Für Großbritannien ist im Gegensatz aber eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung zentral, will die wirtschaftliche Souveränität nicht eingeschränkt wissen und möchte, dass „die Eurozone ihre Probleme selbst löst“. In der Umsetzung der angedachten Maßnahmen

wird es eine Rolle spielen, in wie weit Euro- und Nichteuroländer einbezogen werden, da eine gemeinsame Politik nötig ist, aber z. B. Sanktionspotenzial und Konditionalität bei Nichteuroländern einen geringen Stellwert haben dürften.

Wirtschaftsregierung ohne demokratische Kontrolle?

Im ER ist die grundsätzliche Haltung vorhanden, dass ausschließlich der ER wirtschaftspolitische Zuständigkeit hat. Sarkozy machte dies stellvertretend deutlich. „Es tut mir leid, es ist nicht Herr Barroso, der für die Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft zuständig ist. Es ist nicht die Kommission, die statt Mitgliedsstaaten Entscheidungen zur Wirtschaftspolitik treffen kann, die jeder von uns treffen muss“. Sarkozy betonte, dass wirtschaftliche Entscheidungen in der EU „nicht föderal“ seien und dass die Praxis weiterhin „einstimmige Entscheidungsfindung“ unter Regierungs- und Staatschefs sei. Eine parlamentarische Kontrolle durch das EP kommt ihm erst gar nicht in den Sinn. Auch in der Vereinbarung zum Europäischen Semester zeigen sich diese fehlenden demokratischen Kontrollen sofort, da hier die Einbindung der nationalen Parlamente und deren Haushaltsrecht angegriffen wird.

Fazit

Die jüngsten Diskussionen einer WR gehen weg von einer notwendigen Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik hin zu einer bedingungslosen Austeritätspolitik. Eine Überbetonung der Haushaltskonsolidierung in den Programmen der Mitgliedstaaten läuft einer nachfragestimulierenden Konjunkturpolitik zuwider. Die Koordinations- und Überwachungsinstrumente, die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, sowie die Wettbewerbspolitik werden nicht mit einem Wachstums- und Beschäftigungspakt zusammengeführt. Die

EU 2020-Strategie bleibt zusammenhangslos daneben stehen. Stetes Drängen nach Strafe und Sanktionen ist Gift für eine Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Koordinierung, da es spaltet. Finanzielle Sanktionen können die wirtschaftlichen Probleme noch verstärken. Die Einnahmeseite ist völlig verschwunden, kaum noch Worte zur Steuerharmonisierung, zu neuen Steuerquellen oder zur Finanztransaktionssteuer. Völlig inakzeptabel ist die Haltung des Rates, die Wirtschaftsregierung als rein zwischenstaatliches Projekt zu sehen und damit die Kommission als Motor der gemeinschaftlichen Entwicklung und die parlamentarische Kontrolle durch das EP auszuschließen. Wenn hinter verschlossenen Türen Verabredungen entstehen sollen, wird das neue Kräfteverhältnis des Lissabon-Vertrages ignoriert. So verwundert es nicht, dass keine weiteren Ansätze der Demokratisierung auf dem Tisch liegen. Dazu würde z.B. klares Partnerschaftsprinzip mit der Einbeziehung der Sozialpartner in allen Bereichen gehören und eine laufende gemeinsame Antizipierung und Bewertung zu erwartenden Entwicklungen und damit eine Überprüfung der Strategien / Maßnahmen / Programme zur Beschäftigungssicherung. Auch Vorschläge zur Erweiterung der Mitbestimmung von Europäischen Betriebsräten und von ArbeitnehmervertreterInnen in Aufsichtsgremien oder für die Möglichkeit grenzüberschreitender Tarifverträge wären nötig. Insofern sind bei dem ER Ende Oktober diesen Jahres mit alleiniger Annahme der Ergänzungen zum Stabilitäts- und Wachstumspakt, der dann bis zum Sommer 2011 umgesetzt werden soll, kaum noch positive Signale für eine wirkliche Wirtschaftsregierung zu erwarten. Darüber hinaus wird von Rat und Kommission zurzeit kein Signal zu einer Demokratisierung der Wirtschaftspolitik ausgehen. ■

⇨ Bernd Lange (SPD) ist Mitglied des europäischen Parlaments.

Genossenschaften: Sozialromantik oder reale Alternative zum Finanzkapitalismus?

von Walter Vogt



Foto: www.fotolia.com, © emmi

Der Shareholder Value erlebte – beflügelt durch die neoliberale Doktrin – seit den 1990er Jahren seinen Aufstieg als dominierender Maßstab für die Steuerung von Unternehmen und zur Messung von Geschäftserfolgen. Folge war die reine Orientierung an kurzfristigen Renditekennziffern zu Lasten eines langfristigen Unternehmenswachstums¹. Weil eine Vielzahl von selbst vom Shareholder Value getriebenen Banken das Spiel munter mitgemacht hat, mutierte dieser Shareholder-Kapitalismus in einen Finanzkapitalismus, dessen Scherben sich jetzt in einer Finanz- und Wirtschaftskrise globalen Ausmaßes zeigen. Langfristig offenbart die Shareholder-Orientierung eine Schwäche der Innovationskraft und damit einhergehend den Verlust der Wettbewerbsposition, was in hohem Maße den Fortbestand der Unternehmen gefährdet. Für die Beschäftigten heisst das: Erpressung, Zugeständnisse, Lohndruck, Rationalisierung und Abbau von Arbeitsplätzen.

¹ Das Buy Out-Modell von Finanzinvestoren ist letztlich Ausfluss aus dem nimmersatten Shareholder-Denken: Oft wird die Rendite unter Einsatz von Fremdkapital noch „gehebelt“, d. h. dem Unternehmen Eigenkapital mittels (Sonder)Ausschüttungen entzogen und dieses durch Fremdkapital substituiert

Allerdings scheint derzeit ein schmales Zeitfenster für eine demokratischere Neuorientierung offen zu stehen. Dabei geraten auch Genossenschaften² wieder zunehmend ins Blickfeld. Kann die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft ein Modell für eine Unternehmensausrichtung im Interesse der Beschäftigten sein? Und inwieweit könnte ihre Renaissance im Rahmen eines wirtschaftsdemokratischen Gesamtkonzepts eine nachhaltige Rolle spielen?

Genossenschaftlicher Gedanke, genossenschaftliche Grundsätze

Der Genossenschaftsgedanke in Deutschland ist rund 150 Jahre alt. Die Befreiung der Bauern, aufkommende Gewerbefreiheit und die Aufhebung von Zoll- und Handelsschranken bei fortschreitender Industrialisierung führte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Verschärfung des Wettbewerbs und zu wei-

² Gemeint sind in den weiteren Ausführungen die Unternehmen in Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (e. G.)

teren sozialen Brüchen in der Bevölkerung. War seinerzeit vorwiegend das Proletariat Leidtragender dieser Entwicklung, so sind es heute im wesentlichen die prekär Beschäftigten. Im Kern zeigen sich die Probleme von damals zu denen von heute kaum verändert:

- ❑ Um gegenüber der Großindustrie überhaupt konkurrenzfähig zu sein, müssen die Betriebe in ihr Produktivvermögen investieren. Dafür fehlt es aber gerade kleinen Betrieben an Eigenkapital.
- ❑ Fremdkapital ist aufgrund mangelnder persönlicher Bonität kaum zu erhalten, und wenn, dann nur zu überhöhten Zinsen.
- ❑ Der Wareneinsatz ist teuer. Preisvorteile können vom Einzelnen allein nicht ausgeschöpft werden.
- ❑ Zunehmende Landflucht trifft auf knappes Wohnungsangebot in den industriellen Ballungsräumen mit der Folge überbordender Mieten und weiterer Prekarisierung.

Entscheidend für die genossenschaftliche Entwicklung war, dass der Gedanke „Wie können wir uns selbst helfen?“ von verantwortungsbewussten Personen³ aufgegriffen und stetig weiterverfolgt wurde - allerdings ohne dem Staat hierbei eine entscheidende Rolle zukommen zu lassen!

Genossenschaften heute

Das Ziel von damals ist heute aktueller denn je, nämlich die Lösung von wirtschaftlichen und sozialen Problemen aus eigenem Antrieb und durch gemeinsames Handeln. Aber was ist davon geblieben? Lediglich im Bankenbereich und in der Wohnungswirtschaft gibt es bei uns noch wesentliches genossenschaftliches Eigentum.

In Deutschland zählt man heute etwa 7.000 Genossenschaften mit rund 20 Millionen Mitgliedern. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass alleine die Banken des genossenschaftlichen Finanzverbunds mehr als Dreiviertel aller Mitglieder ausweisen. Daneben stellen rund 3 Millionen Mitglieder in Wohnungsbau-genossenschaften einen weiteren wesentlichen Teil. Ehemals klassische genossenschaftliche Betätigungsfelder (beispielsweise in der Landwirtschaft, im Einkauf oder Absatz) haben im Laufe der Zeit an Bedeutung verloren oder ihr Betrieb wurde in anderen Rechtsformen fortgeführt.

War in den Anfangsjahren der Genossenschaftsgedanke rein auf Förderung der Mitglieder begrenzt, so hat sich dieser heute etwas überholt. In jüngerer Zeit trug dazu wesentlich die Reform des Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2006 bei, in welcher passive „Nicht-Nutzer-Mitglieder“ tendentiell gestärkt wurden. Denn Genossenschaften betreiben inzwischen häufig auch ein „Nicht-Mitglieder-Geschäft“, wodurch aber die Identität von Mitglied und Geschäftspartner zunehmend verwässert wird. „Nicht-Mitglieder“ - oder besser passive, nicht nutzende Mitglieder - unterhalten kaum (noch) Leistungskontakte zum genossenschaftlichen Geschäftsbetrieb, weil sie entweder rein kapitalverwertende Interessen zeigen oder ihre Bindungen an die Genossenschaft nach und nach eingestellt haben.

Eine weitere Neuerung der Reform war die Erweiterung möglicher Zielsetzungen auf soziale und kulturelle Zwecke. Ferner ist seit 2006 in der Europäischen Union auch die Rechtsform der Europäischen Genossenschaft möglich.

Identität wahren: Förderauftrag und „Member Value“

Beim weitaus überwiegenden Teil der deutschen Genossenschaften handelt es sich um Fördergenossenschaften, wobei viele Menschen heute zeitlebens (passive) Mitglieder einer Genossenschaft sind, dennoch keine

³ Insbesondere Hermann Schulze-Delitzsch, Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Victor Aimé Huber

„greifbare“ **Förderleistung** erhalten (oder wenn, dann nicht sofort)⁴. Was motiviert sie folglich zu einem Eintreten? Aus der Shareholder-Sicht ist das nicht zu verstehen, denn mit dem Beitritt ist regelmäßig ein sofortiger Zahlungsmittelabfluss (mindestens in Höhe der Pflichtanteile) verbunden. Und ob sich daraus ein künftiger Rückfluss einstellt ist unsicher, denn ein Anspruch auf Dividende oder Verzinsung des Anteils ergibt sich selbst bei wirtschaftlich erfolgreicher Geschäftstätigkeit der Genossenschaft per se nicht. Worin liegt also der Nutzen einer Mitgliedschaft?

Sieht man einmal vom genossenschaftlichen Finanzverbund und seinem großen Anteil am Nicht-Mitglieder-Geschäft (Zahlungsverkehr, Einlagengeschäft) ab, ist diese Frage nur mit dem genossenschaftlichen Grundgedanken zu beantworten. Es ist der **Exklusivvorteil der Mitgliedschaft**, dieser „Member Value“, welcher ausschließlich den Mitgliedern zusteht, der in der Satzung verankert ist und der in diesen Grenzen in sich ändernden Rahmenbedingungen immer aufs Neue gefunden werden, und auf Akzeptanz stoßen muss. In der Genossenschaft steht das Mitglied mit seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen klar im Mittelpunkt, abgegrenzt zur Förderung allgemeiner Interessen oder Begierden Dritter. Hier verbünden sich Gleichgesinnte zu einem gemeinsamen und solidarischen Handeln. Eine Geschäftsbeziehung mit (noch) passiven Mitglieder oder KundInnen kann dabei zunächst die Wettbewerbsposition der Genossenschaft verbessern helfen, muss aber, damit der Genossenschaftsgedanke nicht verwässert wird, ein Nebenzweck der Mitgliederförderung bleiben. Ziel muss sein, das Interesse an einer aktiven Mitgliedschaft aufzubauen, indem ihre Exklusivvorteile klar erkennbar herausgestellt werden. Das bedeutet einerseits strategisch, dass die Genossenschaft ihre Exklusivvorteile zur eigenen Profilbildung regelmäßig überprüfen muss, bedingt andererseits aber

auch, dass wirtschaftlich ein auskömmliches „fördernotwendiges“ Jahresergebnis erzielt wird, das wiederum die Grundlage für den Förderzweck stellt. Und das heißt nichts anderes, als dass ein Fördererfolg auch eine angemessene Gewinnerzielung voraussetzt!

Mitgliederorientierung vor Renditeinteressen

In der genossenschaftlichen Selbstverwaltung zeigt sich ihr Demokratieverständnis: Sie wird von den Mitgliedern in Eigenregie geführt, womit gegenseitige Solidarität und Einstehen für den Anderen („Gemeinsam sind wir stark“) verbunden sind. Dieser Grundgedanke widerspricht Profitmaximierung und Übervorteilung wirtschaftlich Schwächerer. Oder anders ausgedrückt: Die Genossenschaft funktioniert deshalb, weil niemand gierig ist!

Auch bei Abstimmungen sind alle Mitglieder gleichberechtigt, jedes Mitglied hat eine Stimme. Weitere wirtschaftsdemokratische Elemente sind:

- Die Mitglieder leiten ihre Genossenschaft eigenverantwortlich unter Beachtung der satzungsrechtlichen Beschränkungen (Vorstand, § 27 I GenG) und der Mitgliederförderung (§ 1 GenG).
- Die Mitglieder kontrollieren ihre Genossenschaft (Aufsichtsrat, § 36 ff. GenG).
- Die Mitglieder besetzen ihre, vielfach ehrenamtlich tätigen, Organe, aus ihren eigenen Reihen (Selbstorganschaft, § 9 II GenG) unter Wahrung strikter Ämtertrennung (§ 37 I GenG).
- Die Mitglieder bestimmen die Leitlinien der Ausrichtung ihrer Genossenschaft („Unternehmenspolitik“), stellen den Jahresabschluss fest und beschließen über die Gewinnverwendung (Mitglieder-, bzw. Vertreterversammlung als höchstes Willensbildungsorgan, § 48 I GenG).

4 z.B. Beitritt in eine Wohnungsgenossenschaft: Nutzungsanwartschaft ohne sofortigen Anspruch auf Überlassung einer Wohnung

Kapitalbeteiligung, Willensbildung und Kontrolle und sind damit die wesentlichen Elemente demokratischer Ausrichtung. Daneben sichern lange Kündigungsfristen den Zusammenhalt und unterbinden Spekulation von Anfang an.

Stabiler Kapitalerhalt anstelle eines anonymen und fungiblen Kapitalverkehrs

Die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft ist freiwillig und nach oben hin offen,⁵ insofern ist auch das Beteiligungskapital (Geschäftsguthaben) variabel. Genossenschaften müssen zwingend Rücklagen bilden. Sie dienen als kollektiver und stabiler Eigenkapitalbestandteil der Verfolgung des Gesellschaftszwecks. Die Auszahlung einer Dividende sowie die Verzinsung des Geschäftsguthabens werden oftmals nicht vorgenommen, denn thesaurierte Jahresüberschüsse, bzw. wesentliche Bestandteile davon, stärken die Haftungsmasse für Krisenzeiten und wirken zudem nutzerfreundlich: Mitglieder werden nicht als anonyme Shareholder gesehen, sondern als Kunden, welche genossenschaftliche Leistungen in Anspruch nehmen. Das Streben nach Maximalrenditen ist also ganz und gar nicht genossenschaftlich, würde es doch die Exklusivrechte ihrer Mitglieder beschneiden. Vielmehr gilt es in der strategischen Ausrichtung, die noch „inaktiven“ Nicht-NutzerInnen zu aktiven Mitgliedern zu machen um diese ebenfalls in den Genuss von Exklusivrechten gelangen zu lassen. Erfolg im genossenschaftlichen Sinne misst sich also gerade nicht an Renditekennzahlen sondern vielmehr an der Erfüllung des jeweiligen Förderauftrags – und damit an der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Mitglieder.

Auch für Genossenschaften steigt der Kapitalbedarf in Abhängigkeit davon, wie und in welchem Umfang Wachstum generiert werden soll. Und da die Rechtsform für klassische Investoren unattraktiv ist, müssen zur

Finanzierung Wege gefunden werden, ohne genossenschaftliche Grundsätze und Fördergedanken zu verlassen. Kritisch wird es dann, wenn die Ausrichtung auf die Mitgliederförderung verloren geht und das „Nicht-Mitglieder-geschäft“ in den Vordergrund tritt. Genossenschaften sind nicht für die Allgemeinheit da, sondern zum Wohle ihrer Mitglieder! Die Geschäftsführung durch den Vorstand ist dabei geprägt von günstiger Positionierung der Genossenschaft im Haifischbecken Wettbewerb bei gleichzeitiger Wahrung genossenschaftlicher Identität und im Sinne der Förderung des Wohl ihrer Eigner (= Mitglieder).

Regionaler Bezug

Die regionale Verwurzelung von Genossenschaften bildet die Grundlage für ihren abgegrenzten, überschaubaren Geschäftszweck und schaltet nicht erkennbare Risiken von vornherein aus. Die daraus resultierenden Transaktionskostenvorteile stellen eine wichtige Ressource dar. Genossenschaften wirken als Stabilisator der regionalen Wirtschaft, binden Arbeitsplätze und fördern die lokale Entwicklung.

Ein solides Geschäftsmodell schützt dabei die Mitglieder auch in Krisenzeiten: Wohnungsgenossenschaften bieten Schutz vor feindlichen Übernahmen oder Wohnungsprivatisierung durch Investoren oder Heuschrecken. Banken des genossenschaftlichen Verbunds kamen weitaus besser aus der aktuellen Krise als andere Institute und besinnen sich, trotz schwacher Margen, auch weiterhin aktiv ihrer Finanzierungsfunktion für den regionalen Mittelstand.

Prüfung durch einen Verband

Die Kontrolltätigkeit des Aufsichtsrats wird durch Prüfungen, die exklusiv von einem genossenschaftlichen Prüfungsverband vorgenommen werden, unterstützt. Jede Genossenschaft muss als Pflichtmitglied einem Verband, dem das Prüfungsrecht verliehen ist, angehören. Bestandteil der genossenschaftlichen

⁵ Die Mitgliedschaft ist in einer Fördergenossenschaft nicht gedeckelt, sie kann durch Gründung, durch spätere Aufnahme oder auch im Rahmen einer Fusion mit einer anderen Genossenschaft erfolgen

Pflichtprüfung sind nicht nur Rechnungsweisen und Jahresabschluss, sondern auch die formelle und materielle Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung (und damit unter Gläubigerschutzgesichtspunkten auch die Prüfung des Förderauftrags). Weitere Aufgabe der Verbände ist es, ihre angeschlossenen Genossenschaften in rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen zu beraten und zu betreuen. In Summe stützt dies die offene und transparente Unternehmensführung im Interesse der Mitglieder.

Neue Herausforderungen für Genossenschaften: Kooperation und Multiplikation

In einem globalisierten Wettbewerbsumfeld müssen sich auch Genossenschaften neuen Trends stellen, ohne dabei ihre Stärken zu verspielen. Das kann durch vermehrte Kooperationen wie beispielsweise Interessenzusammenschlüssen, Allianzen, Netzwerken oder Joint Ventures geschehen, indem der Gedanke „Gemeinsam sind wir stark“ in „Gemeinsam sind wir noch stärker“ erweitert wird. Kraft Auftrag leben Genossenschaften diesen Kooperationsgedanken durch die „Hilfe zur Selbsthilfe“ bereits in ihrem Innenverhältnis. Im Verbund mit anderen Genossenschaften gilt es um so mehr, durch die Bündelung unternehmensübergreifender Kräfte entsprechende Vorteile zum Wohle aller Mitglieder zu erreichen, und sich damit gegenüber einem kapitalistisch-egoistisch geprägten Wettbewerbsumfeld ausreichend Handlungsstärke zu bewahren. Das heißt im Endeffekt betriebswirtschaftlich nichts anderes als die bestehenden Wettbewerbsvorteile auszubauen, zumindest aber zu erhalten. Im Verbund können den Mitgliedern dann neue Vorteile zuteile werden.

Förderleistung und Member Value sind die wesentlichen Wettbewerbsvorteile von Genossenschaften, mit denen sie sich auf ihren Märkten positionieren und sich gegenüber anderen Rechtsformen abgrenzen. Wenn diese Vorteile verwässert werden, verliert das

Genossenschaftsmodell schnell seinen Alleinstellungscharakter. Genossenschaften stehen in Geschäftsbeziehung und Konkurrenz mit Unternehmen anderer Rechtsform. Insofern kommt es darauf an, diese Vorzüge zu bewahren und auszubauen. Kritisch muss aber konstatiert werden, dass sich auch Genossenschaften heute oft nicht mehr dem Trend zum Größenwachstum entziehen können und als erwerbswirtschaftliche Unternehmen versuchen, mit ihrem Geschäftsmodell auch solche Wettbewerbsvorteile zu generieren, die mittels internen Wachstums allein nicht mehr realisiert werden können. Sie unterscheiden sich damit nicht von ihren Wettbewerbern anderer Rechtsform. Vielfach können nur durch Konzentrationsprozesse („Wachstum durch Fusion“) Synergien gehoben werden, was auf der anderen Seite aber die Gefahr der Entfremdung der Mitglieder birgt. Diese Entfremdung vom Förderzweck stellt die größte Gefahr des Genossenschaftsmodells dar. Insofern ist eine aktive Mitgliederentwicklung der Kernpunkt einer jeden genossenschaftlichen Geschäftsführung, welche es offensiv zu entwickeln und kommunizieren gilt.

Gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten Genossenschaften immer dann, wenn sie ihre Selbstdarstellung fördern und ihre Werte und Leistungsfähigkeit überzeugend am Markt präsentieren. Ziel muss sein, Vertrauen herzustellen und ein positives Image aufzubauen. Über die Darstellung gesellschaftsnützlicher Aufgaben kann ein positives Umfeld für Genossenschaften erzeugt werden mit dem Ziel, im Zusammenschluss von Gleichgesinnten auch in neue Geschäftsfelder und alternative Bereiche vorzustoßen. Diese könnten beispielsweise liegen:⁶

- In bisher kommunal geprägten Aufgaben wie der Übernahme von kulturellen oder sportlichen Aufgaben (wie dem Betrieb

⁶ Siehe DGRV, Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. unter www.neuegenossenschaften.de

von Schwimmbädern oder Wiederbelebung von ländlicher Infrastruktur durch den Betrieb von Lebensmittelläden).

- In sozialen oder ökologischen Projekten wie Mehr-Generationen-Wohnen oder in der Übernahme sozialer Dienstleistungen in gemeinsamen Verbund.
- Im Bereich der Energietechnik durch Koordination von Marketing und Lobbyarbeit für die Mitglieder und der Generierung von Einkaufsvorteilen (zum Beispiel im Bereich alternativ regenerativer Energieträger oder, gerade auf oligopolistisch geprägten Märkten, durch den eigenen Betrieb von Anlagen zur Energiegewinnung wie Wind- oder Heizkraftwerken).
- Im freiberuflichen Sektor durch Zusammenschluss von Ärzten, um dadurch als mächtigerer Verhandlungspartner im Pharmageschäft wahrgenommen zu werden oder um neue Leistungen in Eigenregie am Markt anbieten zu können.
- Im Handwerk durch den Aufbau genossenschaftlicher Kooperationsstrukturen als Gegenmacht zu Großunternehmen. Viele Handwerksbetriebe sind auf Dauer zu klein, um sich am Markt eigenständig behaupten zu können. Gleichzeitig könnten solche Kooperationen auch zum Gütesiegel werden, und damit ein Wettbewerbsvorteil sein.

Diese Praxisbeispiele zeigen: Genossenschaftsgründungen entstehen vielfach im Rahmen von Bürgerinitiativen unter Bündelung der unterschiedlichsten Fachkompetenzen aus den Reihen der Verantwortung zeigenden Personen. Und dass Genossenschaften aus kleinsten Anfängen heraus auch zum Marktführer werden können beweist die Datev: 1966 von 65 Steuerberatern mit dem Ziel gemeinsamer, damals noch in

Kinderschuhem steckender, EDV-Nutzung gegründet, ist sie heute als Genossenschaft eines der größten Softwarehäuser Europas⁷.

Von der Förder- zur Produktivgenossenschaft: Die Genossenschaft als eine Form der Belegschaftsinitiative

In fortgeschrittenen Stadien einer Unternehmenskrise ist die Frage der Gewinnung neuer Finanzspielräume vorrangige Aufgabe zur Sicherung von Unternehmen und Beschäftigung. Bei unklarem Unternehmenskonzept verweigern Banken die weitere Finanzierung. Wenn auf Gesellschafterebene eine Liquiditätszufuhr unmöglich ist, wird die Insolvenz unvermeidbar⁸.

Zur Restrukturierung im Sinne der Beschäftigten im Rahmen eines Buy Outs kann die Rechtsform der Genossenschaft eine mögliche Form darstellen. Der Gedanke der Fördergenossenschaft wird hier zur Produktivgenossenschaft weiter entwickelt.⁹ Die Mitglieder werden in die Genossenschaft so weit integriert, dass sie zugleich ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen sind (Mitgliederförderung wäre demnach die Bereitstellung des Arbeitsplatzes und Entlohnung). Zugegeben: Eine Realisation dieses Gedankens ist schwierig und stellt hohe Anforderungen. In der Praxis werden, wenn es überhaupt zur Gründung von Mitarbeitergesellschaften kommt, diese meist als GmbH ausgestaltet. Ergebnis ist häufig, dass diese mittelfristig wieder ausbluten, da die Beschäftigten ihre Anteile über kurz oder lang veräußern. Arbeitsplatzwechsel, Tod oder finanzielle Gründe sind die Hauptursachen. Selbst wenn ein Turn-Around geschafft werden kann, ist die sanierte GmbH

7 <http://www.datev.de/portal/ShowPage.do?pid=dpi&nid=302>, Zahlen 2009: 39.625 Mitglieder, 5.738 Beschäftigte, Umsatzerlöse 672,4 Mio. €

8 Vgl. zur Finanzierungssituation der Realwirtschaft IG Metall Wirtschaftspolitische Informationen 02/2010 unter http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/02_2010_Finanzierungssituation_0158973.pdf

9 Auch Vollgenossenschaft, da sie die Mitglieder voll eingegliedert. Diese Reinform ist in der deutschen Genossenschaftslandschaft (noch) sehr (zu) selten.

mit ihrer vielschichtigen Gesellschaftsstruktur und den oft inhomogenen Gesellschaftsinteressen ein Zielobjekt für neue, vom Shareholder Value getriebene Investoren. Um dies zu vermeiden ist die Rechtsform der Genossenschaft eine überlegenswerte Alternative. Dazu bedarf es, unter fachlicher Mithilfe externer Beratung, der Erstellung eines tragfähigen und belastbaren Unternehmenskonzepts in der Belegschaft und einer Durchsetzung dieses Konzepts bei den Banken. Neben der Aufbringung von Eigenkapital durch die Beschäftigten sind als weitere unabdingbare Voraussetzungen die Verpflichtung auf die genossenschaftlichen Grundsätze und die Bereitschaft zur unbedingten Kooperation zu nennen. Gelingt dies, werden die Mitglieder durch transparente und demokratische Strukturen belohnt. Mitarbeiterbeteiligung beschränkt sich dann nicht mehr nur auf Teilhabe am Kapital und Erfolg, sondern auch an demokratischer Unternehmensmitbestimmung und echter Partizipation an der Willensbildung.

Genossenschaftliche Perspektiven

1. Das altmodische Image von Genossenschaften als angestaubte Einrichtung von SparerInnen, MieterInnen oder Landwirten bekommt im Zuge des Finanzkapitalismus einen neuen Stellenwert. Eine Repolitisierung der Debatte lohnt und ist fruchtbar wenn es gelingt, weitere Multiplikatoren für den Genossenschaftsgedanken zu gewinnen. Gewerkschaften mit ihrem Mitgliederpotential können dabei eine aktive Rolle einnehmen und neben ihrer kritischen Haltung zum Mainstream des Shareholder Value parallel den Genossenschaftsgedanken positiv besetzen. Selbstverständlich kommt dabei den am Markt etablierten Genossenschaften und ihren Verbänden durch mediale Profilierung, Networking und Lobbyarbeit die Hauptrolle zu.
2. In einem positiv besetzten Umfeld können genossenschaftliche Zusammenschlüsse aus eigenem Antrieb entstehen, wobei Neugründungen, so zeigt die Praxis, zunehmend auch außerhalb der traditionellen Bereiche denkbar und möglich sind. Gelingen kann das mit viel Engagement, Idealismus, Kreativität und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Die genossenschaftlichen Verbände müssen mit ihren Beratungs- und weiteren Leistungen diese Fortentwicklung zielbezogen flankieren.
3. Genossenschaften sind als Unternehmensform des privaten Rechts auf die dauerhafte Teilnahme am wirtschaftlichen Verkehr ausgerichtet. Derweil gestalten sich die Spielregeln von Markt und Wettbewerb auch für sie zunehmend rauer. Dabei sind die Wettbewerbsvorteile von Genossenschaften nicht die schlechtesten. Die am Markt etablierten Genossenschaften müssen sich dem Wettbewerb durch Ausbau ihrer Vorteile selbstbewusst stellen. Anpassungen sind dabei vielfach unumgänglich, dürfen sich aber nicht in einer langfristigen Schwächung des Genossenschaftsgedankens auswirken und zu einem Profilverlust führen.
4. Das Leitbild der Genossenschaft bietet eine Richtlinie für solidarisches und wirtschaftsdemokratisches Handeln. Das bedeutet nicht, dass sie zwangsläufig linke Positionen vertreten, sondern dass sie für eine Alternative zum kurzfristigen Shareholder- und Finanzkapitalismus zu sehen sind. Damit stellen Genossenschaften keineswegs ein Auslaufmodell dar, sondern sind heute zeitgemäßer denn je. ■

☞ Walter Vogt ist politischer Sekretär beim Vorstand der IG Metall, Ressort Betriebswirtschaft; daneben ist er Aufsichtsratsmitglied in einer Wohnungsbaugenossenschaft. Er gibt seine persönliche Meinung wider.

Kinderspiel Kapitalismus: Die Stinkefinger-Hand

von Gesa Rünker

Der Aufschwung fordert pädagogische Maßnahmen: Denn Konsum will gelernt sein. Und wer die Binnennachfrage nachhaltig stärken will, muss auch die kommende Generation darin schulen, sinnvoll zu konsumieren. Kaufen und verzehren sollen Spaß machen, aber immer auch vernünftig bleiben, wenigstens ein bisschen (zugegeben: Der rote Ferrari mit Fernsteuerung, den ich meinem Sohn vor zweieinhalb Jahren zum vierten Geburtstag schenkte, entsprach diesen Maßstäben nicht – ging ja auch rasch in die Brüche). Nicht ganz einfach, diese Erziehungsaufgabe, der Weg zu mündigen KonsumentInnen führt über Berge und durch Täler, ist gepflastert mit Erfolgserlebnissen und Rückschlägen, Sieg und Niederlage liegen dicht beieinander. Eine solche pädagogische Berg- und Talfahrt erlebten wir an einem Samstag Anfang Oktober, als Christian, sechs, und Felix, fünf, sich weigerten, ihre Eltern beim Wochenendeinkauf zu begleiten. „Könnt Euch ja vom Taschengeld was kaufen“, versuchten wir es konsumorientiert. „Okay, wenn es sein muss“, lenkte Christian nörgelnd ein und klaubte Geld aus der Spardose. „Los Bruder, hol einen Euro!“

Von Geist und Vernunft getragen war die Konsumententscheidung unseres Nachwuchses dann leider nicht, ihre Wahl fiel auf zwei undurchsichtige Fanmagazine. Als Zusatzangebot steckte ein Geschenk in jedem Heft, das erhöhte den Reiz.

„Wir legen für ein Heft zusammen“, verkündete Christian, denn der Kassensturz fiel anders aus als erhofft. Ein pädagogischer Lichtblick: Die unvernünftige Kaufentscheidung schien durch vernünftiges Teilen beinahe wettgemacht. Alles in allem zufrieden, marschierten wir zur Kasse, wo unsere Söhne zeigten, dass sie selbständig bezahlen konn-

ten. „Alles wird gut“, frohlockten die Eltern erleichtert.

Neuerliche Ernüchterung folgte zu Hause! Denn das Geschenk, das zum Vorschein kam, als das Heft ausgepackt wurde und sich entfaltete, entpuppte sich als hässliche Ausgeburt kapitalistischer Nichtsnutzerei: Eine Plastikhand, die frech den Mittelfinger in die Höhe reckte. „Oh, eine geile Stinkefinger-Hand“, klang kindliche Freude aus zwei Mündern.

Eine Kollegin, Journalistin aus der ehemaligen Sowjetunion, nun zu Besuch bei uns, kommentierte voller Entsetzen das grausige Produkt: „Wie kann jemand so etwas Böses produzieren!“ Unser Hinweis auf westlichen Kapitalismus und die kindliche Freude an frechem Blödsinn konnte das Entsetzen nicht mindern. Familiär gespalten aßen wir zu Mittag: Fröhliche Kinder löffelten Nudeln und reckten abwechselnd den Stinkefinger, Natascha entsetzte sich fortlaufend, die Eltern grübelten unschlüssig, ob ein sofortiges Verbot verhältnismäßig sei, ob es sich etwa lohne, eine Stinkefinger-Hand-Krise auszulösen. „Nein, Krise lohnt sich nicht.“ Unsere Freundin aus Westfalen, selbst Mutter einer zehnjährigen Tochter, brachte nachmittags neues Licht in die Geschichte; „ich find die Stinkefinger-Hand klasse. Ist mir jedenfalls lieber als manches andere, kleine, mit Glitzerkram bestickte Handtäschchen beispielsweise!“ Und, zu Felix und Christian gewandt: „Wollt ihr mir den Stinkefinger nicht schenken? Ich hätte ihn gern fürs Büro!“ „Nöö“, sagte Felix, „schenken nicht.“ Und nach kurzer Überlegung: „Verkaufen vielleicht!“ ■

➞ Gesa Rünker arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Basel III

von Arne Heise

Die jüngste Weltfinanzkrise hat die Verletzlichkeit des Bankensystems und die davon wiederum ausgehende Bedrohung des gesamten Finanzsystems aufgezeigt. Gewiss spielte eine ganze Reihe von Faktoren eine Rolle bei der Entwicklung der weltweiten Finanzmarktkrise: die höchst spekulative Vergabe von Immobilienkrediten (Ponzi-Finanzierung) im Subprime-Segment vor dem Hintergrund des Weiterverkaufs in informationsverschleiender Form als strukturierte Verbriefungen oder die dubiose Rolle der Rating-Agenturen bei der Bewertung dieser Kreditpakete. Aber auch der tatsächliche oder drohende Zusammenbruch einzelner Banken (Lehman Brothers) bzw. sogar des ganzen Bankensystems trugen zur Tiefe und Breite der Krise bei.

Banken sind insofern besondere Wirtschaftsunternehmen, als sie Ihr Geschäft der Intermediation zwischen privaten Sparern und institutionellen Anlegern einerseits und Investoren andererseits im Grunde weitgehend ohne eigenes Kapital betreiben könnten. Ihr Kapital ist das Vertrauen der An- bzw. Einleger, dass die Bank das ihnen anvertraute Kapital treuhänderisch verwaltet, d.h. sich und damit auch die Einleger durch die Einforderung von Sicherheiten gegen möglichen Kreditausfall versichert. Der Gewinn der Banken – zumindest im klassischen Kreditgeschäft – resultiert also nicht daraus, ein besonderes Anlagerisiko eingehen zu müssen, sondern Fristen (kurzfristiges Einlagen-, mittel- bis langfristiges Kreditgeschäft) zu transformieren. Hierbei können offensichtlich Liquiditätsrisiken entstehen, die Solvenzrisiken halten sich aber bei typisch „konservativem“ Geschäftsgebahren in Grenzen.

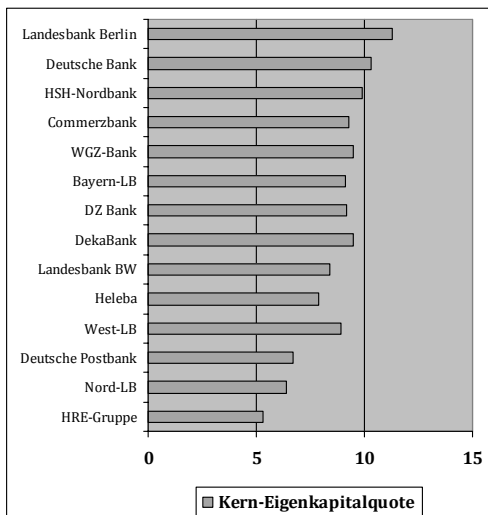
Nun hat allerdings nicht erst die jüngste Finanzkrise gezeigt, dass Banken – Investmentbanken wie auch klassische Kreditbanken

– getrieben von Konkurrenzdruck und schierer Profitgier, höchst spekulative Kredit- und Anlagegeschäfte betreiben. Diese Geschäfte sind mit großem Solvenzrisiko verbunden und können dann, wenn die Solvenz der Bank selbst fraglich wird, zu unüberwindbaren Liquiditätsproblemen führen, sofern die kurzfristige Verschuldung bei anderen Banken (Interbankengeschäft) nicht mehr möglich ist. Im Herzen der Finanzkrise standen nicht nur einige als „systemrelevant“ eingeschätzte Banken vor dem Bankrott: Durch den weitgehenden Zusammenbruch des Interbankenmarktes drohte das gesamte internationale Finanzsystem zu kollabieren. Nur dem beherzten Eingriff der Notenbanken und Regierungen war es zu verdanken, dass dieser schlimmste denkbare Fall vermieden werden konnte.

Um die Finanzmärkte zu stabilisieren, kann man einerseits die Finanzprodukte – z.B. strukturierte Verbriefungen, in denen Kredite unterschiedlichster Bonität zu schwer durchschaubaren Paketen verschnürt werden – regulieren oder andererseits die Haftungsfähigkeit der Banken als Anbieter und gleichzeitig Nachfrager solcher spekulativen Produkte erhöhen. Auf diese Weise führen konjunkturell oder strukturell steigende Ausfälle nicht zur sofortigen Insolvenz der Bank und damit zur Instabilität des Finanzsystems. Erstmals 1974 hat eine Gruppe von Experten aus nationalen Zentralbanken im Rahmen ihrer Überwachungstätigkeit der internationalen Finanzmärkte durch die Baseler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) – der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht – nach dem Zusammenbruch der Herstatt-Bank in Deutschland Vorschläge für eine Mindestanforderung an haftendem Eigenkapital gemacht, um allzu schnelle Insolvenzen einzelner Banken und die durch den allgemeinen Vertrauensverlust entstehenden Liquiditätsrisiken des gesamten

Bankensystems zu reduzieren. Diese als „Basel I“ bekannt gewordenen Vorschläge sind später modifiziert worden und waren als „Basel II“ die Grundlage der Haftungsanforderungen an Banken vor der Weltfinanzkrise: Danach mussten Banken zumindest eine Kern-Eigenkapitalquote von 4 Prozent ausweisen. Verschiedene Geschäftsrisiken sind hierbei mit unterschiedlicher Eigenkapitalunterlegung zu versehen. Die als Basel I und Basel II bekannten Vorgaben der BIZ sind allerdings nicht verbindlich, sondern müssen durch nationale Gesetzgebung umgesetzt werden, was immer wieder zu massiven Kooperationsproblemen führt. Denn eine Nicht-Umsetzung der Basel-Beschlüsse kann den jeweiligen nationalen Banken Wettbewerbsvorteile verschaffen, wenn die Kreditvergabemöglichkeiten weniger durch Eigenkapitalanforderungen eingeschränkt sind. So waren es gerade die USA, die sich mit der effektiven Umsetzung der Basel-II-Beschlüsse vor der Weltfinanzkrise schwer taten.

Abbildung: Kernkapitalquoten ausgewählter deutscher Banken (nach Stresstest)



Quelle: Deutsche Bundesbank

derungen als Reaktion auf die Weltfinanzkrise erneut erhöht: Nun sollen die Banken eine Kern-Kapitalquote von mindestens 6 Prozent ausweisen und zusätzlich einen „Eigenkapital-Puffer“ in Zeiten überdurchschnittlicher Kreditausweitung aufbauen, um für den im konjunkturellen Abschwung zu erwartenden Anstieg des Ausfallrisikos vorbereitet zu sein. Diese als „Basel III“ bekannten Vorgaben sollen auf dem G-20-Gipfel im November 2010 beschlossen und dann, so die Vorstellungen, auf nationaler Basis umgesetzt werden. Als Folge von Basel III könnte entweder der Bedarf an Eigenkapital einzelner Banken steigen oder die Notwendigkeit der Bilanzkürzung (Rückführung von Kreditvergaben bis zum Erreichen der erforderlichen Kern-Kapitalquote) entstehen. Im Vorfeld der Verhandlungen zu Basel III sprach das deutsche Bankgewerbe von zusätzlichen Eigenkapitalanforderungen in Höhe von über 100 Mrd. Euro allein für die 10 größten deutschen Banken, tatsächlich aber zeigte sich (vgl. Abbildung), dass die meisten deutschen Banken bereits heute die Basel III-Anforderungen zur Kern-Kapitalquote erfüllen. Um es anderen Banken (z.B. den öffentlichen Banken) oder anderen Ländern zu ermöglichen, die Kern-Kapitalquote zu erfüllen, ist einerseits vorgesehen, Basel III erst ab 2013 in Kraft treten zu lassen (wenn es denn tatsächlich von allen Ländern umgesetzt wird!) und lange Übergangsfristen zu gewähren.

Die Basel-Beschlüsse lavieren zwischen dem Sicherungsbedürfnis einer extrem instabilen Branche und den Kreditvergabemöglichkeiten eines für die Realwirtschaft extrem wichtigen Sektors. Wenn die internationalen Finanzmärkte nicht insgesamt stärker reguliert werden (z.B. durch die Überwachung und ggf. Einschränkung von Finanzinnovationen), wird die Erhöhung der Haftungsbestimmungen nach Basel III sicher nicht in der Lage sein, künftige Finanzmarktkrisen zu verhindern. ■

Im September 2010 hat nun der Baseler Ausschuss bei der BIZ die Eigenkapitalanfor-

→ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Deutungshoheit auf Schwedisch

von Christian Kellermann



Foto: www.photocase.de; © Yvonne_photos

Die Wahlen in Schweden waren dreierlei: Ein Zeichen der Kontinuität für eine bürgerliche Regierungsbündnis, der Durchbruch für die rechtspopulistische und fremdenfeindliche Partei der „Schwedendemokraten“ und das schlechteste Ergebnis für die Sozialdemokraten seit beinahe 100 Jahren. Dennoch sind die Sozialdemokraten nach wie vor die stärkste Partei mit knapp über 30 Prozent – wenn auch nur hauchdünn vor der zweitgrößten Partei, den Moderaten von Regierungschef Fredrik Reinfeldt. Zur Wahl vor vier Jahren sind das nochmal fast fünf Prozent weniger für die schwedischen Sozialdemokraten. Das mitte-linke Wahlbündnis zusammen mit der Umweltpartei und der Linkspartei erlangte weniger Stimmen als die vier Parteien des bürgerlichen Lagers. Aber auch die bürgerliche „Allianz“ hat keine eigene Mehrheit der Sitze im Reichstag. Die Pattsituation zwischen den beiden „Blöcken“ ist insofern delikat, weil die „Schwedendemokraten“ einziger Mehrheitsbeschaffer jenseits der Blöcke sind. Wackliger Bündnispartner der Opposition ist die Umweltpartei, die nicht nur ein Gewinner der Wahl ist, sondern auch gewisse Schnittmengen mit der Regierungsbündnis hat.

Damit die Niederlage der Sozialdemokraten nicht den eigenen Niedergang einläutet oder fortführt, müssen neben der üblichen „Manöverkritik“ des Wahlkampfes einige tiefergehende Fragen gestellt und auch beantwortet werden. Diese bewegen sich im Spannungsfeld der Gabrielschen Deutungshoheit und der sozialdemokratischen symbiotischen Beziehung zum Kapitalismus vom Typ „Finanzkapitalismus“. Letzteres ist logischerweise vorgelagert und meint konkret die Entwicklung einer tiefenscharfen Vorstellung einer Arbeitsmarktpolitik, die Export-, Wohlfahrts- und Integrationsmodell unter einen Hut bekommt. Dass der leisen, aber wirkungsvollen Demontage des schwedischen Modells der Reinfeldt-Regierung kein sozialdemokratischer Gesellschaftsentwurf mehrheitsfähig gegenübersteht, hängt nicht nur mit der häufig kritisierten einseitigen veröffentlichen Meinung in Schweden zusammen. Das Problem liegt tiefer und ist in der eigenen Kultur der Sozialdemokratie zu suchen. Der Partei, die das Land in Minderheitsregierungen über Jahrzehnte regiert hat, fällt es sichtlich schwer, mit dem Machtverlust so umzugehen, dass daraus positive Energie und

neue Antworten und – ja, auch – eine unterscheidbare Gesellschaftsvorstellung entstehen würden.

Mona Sahlin, die Vorsitzende der schwedischen Sozialdemokratie, veröffentlichte vor der Wahl ein Buch mit dem Titel *„Land der Möglichkeiten“*, worin sie ihre *„Vision für Schweden“* ausführte. Darin beschreibt sie eine Gesellschaft, in der der Nutzen des Einzelnen auch der Nutzen der Gemeinschaft ist. Diese Vorstellung ist verbunden mit dem Anspruch an eine gerechte Gesellschaft mit einem hohen Grad an sozialer Mobilität. Sie argumentiert allerdings stark im Muster der herrschenden Effizienzlogik, mit der sie eine egalitär(er)e Gesellschaft in Verbindung bringt. Sie entwarf auch einen klaren Anspruch zur Schaffung von 100.000 neuen Arbeitsplätzen, es fehlte aber letztendlich an der Überzeugungskraft für ein solches sozialdemokratisches „Land der Möglichkeiten“ und weckte Erinnerungen an die Dilemmata der „Dritten Wege“, auch wenn sie sich rhetorisch davon stets distanzierte.

Dem Entwurf einer sozialdemokratischen Gesellschaftsvorstellung gegen eine zumindest medial „sozialdemokratisierte“ bürgerliche Regierung innerhalb einer nur halbherzig kritisierten neoliberalen Denkweise fehlt unweigerlich die Deutungsheftigkeit, weil ihm die eigenen Begriffe fehlen. Er bleibt kleinteilig, verwechselbar und sprachlos. Dem sozialdemokratischen Jobprogramm steht eine Arbeitsmarktpolitik der Regierungsbündnis gegenüber, die auf Niedriglohn statt Arbeitslosigkeit setzt und damit letztlich glaubwürdiger gegen beinahe neun Prozent Arbeitslosigkeit und eine hohe Jugendarbeitslosigkeit argumentierte. Es gelang der Regierungspartei auf diese Weise sogar in das Ur-Terrain der Sozialdemokratie einzudringen und als Retter des schwedischen Wohlfahrtsstaatsmodells zu erscheinen.

Das schwedische Modell ist Ausdruck einer spannungsreichen Ungleichzeitigkeit, an der sich insbesondere die Sozialdemokraten die

Zähne ausbeißten. Während das Modell als Bild und Anspruch an die eigene Gesellschaft in der Bevölkerung beinahe unhinterfragt ist, sind durch die geschaffenen Zwänge des Exportismus nur entsprechend globalisierungskonforme Lösungsvorschläge gebräuchlich. Alles andere wirkt verstaubt und altmodisch. Die Sozialdemokratie (wie auch die Linkspartei) litt nicht zuletzt deshalb unter diesem Image.

Die „Rettungsversuche“ des schwedischen Modells durch die bürgerliche Regierungsbündnis in den zurückliegenden vier Jahren waren eine Art „Dritter Weg“ von rechts. Substantielle Steuersenkungen, Privatisierungsbestrebungen im Gesundheitsbereich, Abbau öffentlicher Beschäftigung und das Sägen am hohen Ast der Gewerkschaften kennzeichneten das politische Muster der Reinfeldt-Regierung. Letzteres verlief über das Arbeitslosenversicherungssystem, das einige Besonderheiten hat. Ein Teil der Arbeitslosenversicherung in Schweden (sogenannte A-Kassa) ist zum einen freiwillig und zum anderen im System der Gewerkschaften angesiedelt. Aus dieser besonderen Verbindung beziehen die schwedischen Gewerkschaften einen Großteil ihrer Macht, weil Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaftsmitgliedschaft lange Zeit Hand in Hand gingen. Die bürgerliche Allianz entflechtete dieses System ein Stück weit, indem die Steuerabzugsfähigkeit und die staatliche Subvention dieses Modells reduziert wurde mit der Folge, dass seitdem viele Tausende die Kassa aber auch die Arbeiter-Gewerkschaft LO verlassen haben. Die eng mit dem Dachverband LO verquickte sozialdemokratische Partei tat sich sichtlich schwer, mit entsprechender Kritik und Protest politisch zu mobilisieren. Das wiederum muss im Lichte eines tiefgehenden Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft in Schweden betrachtet werden, was sich auch darin zeigt, dass die Angestellten- und Akademikergewerkschaften in der gleichen Zeit ihre Mitgliedschaft ausbauen konnten, aber eher zum bürgerlichen Lager tendierten.

Die Regierungsparteien, allen voran die „Neuen Moderaten“, machten den Sozialdemokraten insofern auf zwei Ebenen erdrückende Konkurrenz: Sie positionierten sich als Partei der Arbeitenden im recht einfach zu vermittelnden Wechselspiel aus Wettbewerb, Disziplin und Eigenverantwortung. Und sie entzauberten den modellimmanenten Glauben an Staat und Bürokratie, der quasi gleichbedeutend mit der Sozialdemokratie ist, deren Rolle in Schweden lange staatstragend war und heute als Erbe eher lähmend als erleuchtend wirkt. Das Wahlbündnis mit der Umweltpartei und der Linkspartei erschwerte den Anspruch, nach wie vor *die* staatstragende Partei mit gesamtgesellschaftlicher Verantwortung zu sein. Oder klarer formuliert: der Anspruch wurde damit unmöglich gemacht, weil es primär auch ein Eingeständnis war, dass es alleine nicht mehr geht. Dies wurde medial als Schwäche und nicht als strategische Stärke zelebriert.

Das Bild der bürgerlichen „Rettung des Wohlfahrtsstaates“ wurde potenziert durch eine EU Ratspräsidentschaft, in welche die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags fiel sowie durch die Regierungs*performance* während der Finanzkrise. Gerade das Handeln während der Krise brachte dem Regierungschef und seinem Finanzminister Anders Borg viele Pluspunkte ein. Die Fragilität des schwedischen Bankensystems, dessen Risiken insbesondere in der Immobilienblase des Baltikums lagen, wurde geschickt über den IMF und die EU abgefedert. Man muss sagen: *Trotz* erheblich geschwächter „automatischer Stabilisatoren“, also sozialer Sicherung, konnten durch eine „Greenspannsche“ Zinspolitik (Schweden ist kein Euroland) und eine entsprechende Befeuern des eigenen Immobilienmarktes stabile Einkommenserwartungen und somit ein solider Binnenkonsum aufrechterhalten werden. Wachstumszahlen von bis zu vier Prozent wurden in den Wochen vor der Krise voll dem Regierungshandeln angerechnet. Und all´ das zusammen führte dazu, dass das Bild des Musterlandes nach der Krise noch glänzender war als vor der Krise (einziger

Makel waren und sind die verhältnismäßig hohen Arbeitslosenzahlen).

Gegen diese „Neuen Moderaten“ konnte dann auch ein zunehmend kämpferischer und antagonistischer Wahlkampf der letzten zwei Wochen vor der Wahl nichts mehr ausrichten, auch wenn dadurch sicherlich noch ein paar Stimmen gerettet werden konnten. Die für kurze Zeit wiedergewonnene Sprache der Sozialdemokratie passte nicht so recht zum Wahlprogramm des rot-rot-grünen Blocks. Auf der einen Seite kritisierte man die riesige Steuersenkung der Regierungsbündnis seit 2006, andererseits fanden sich im eigenen Wahlprogramm nur recht bescheidene Steueranhebungsbeträge, um der Mittelschicht keine allzu große Furcht vor einem möglichen Regierungswechsel zu machen. Insofern sorgte die kämpferische Rhetorik im Endspurt des Wahlkampfes bisweilen eher für Verwunderung als für Begeisterung. Die Mobilisierung der eigenen Wählerschaft in den unteren und mittleren Schichten blieb entsprechend dürftig.

Sprachlosigkeit kennzeichnet auch den momentanen Stand in und um die schwedische Sozialdemokratie. Ein erster Schritt nach der Wahl war die Einrichtung von Krisenkommissionen, die auf programmatischer aber auch organisatorischer Ebene neue Impulse für einen Sonderparteitag im nächsten Jahr erarbeiten sollen. Der Erarbeitung von Deutungshoheit in der gesellschaftlichen Mitte wird dabei eine große Rolle einnehmen und in diesem Kontext die Frage, ob und wie das rot-rot-grüne Bündnis fortgeführt werden kann und soll. Die eigene Sprachlosigkeit überwinden muss der erste Schritt zur Rückgewinnung von „Tolkningsföreträde“ sein – das heißt Deutungshoheit auf Schwedisch. ■

☞ Dr. Christian Kellermann arbeitet für die Friedrich Ebert Stiftung in den Nordischen Ländern.

Sammelrezension: Ausgangslagen für ein gemeinsames Projekt? Politische Diskurse im rot-rot-grünen Feld

von Thilo Scholle

Das zentrale Buch zur politischen Lage allgemein und zur Lage der politischen Linken im Besonderen ist auch im Jahr 2010 noch nicht verfasst. Zwar melden sich nach wie vor auch SpitzenpolitikerInnen mit eigenen Werken zu Wort, ein tatsächlicher Diskurs über Inhalte und Strategien der politischen Linken über die Parteigrenzen hinweg hat sich aber noch nicht entwickelt. Dies gilt vielleicht auch deshalb, weil sich alle drei Parteien des noch nicht konstituierten „rot-rot-grünen Blocks“ noch nicht sicher sind, in welche Richtung sie sich eigentlich entwickeln wollen. Vor diesem Hintergrund lohnt ein Blick auch in Bücher, die nur die Entwicklung und Lage einer dieser Parteien in den Blick nehmen.

30 Jahre Grüne Partei

Eine sehr flüssig geschriebene „subjektive Chronik“ der Geschichte der Grünen hat mit Ludger Volmer einer der zentralen Protagonisten der Gründungsgeneration vorgelegt, der auch bis in die rot-grünen Jahre hinein Verantwortung in der Partei – u.a. als Parteisprecher – trug. Angenehmerweise ist das Buch weitgehend frei von persönlichen Eitelkeiten, auch wenn dem Autor an der einen oder anderen Stelle doch anzumerken ist, wie hoch er die eigene Rolle in den jeweiligen Situationen veranschlagt. Volmer schreibt dabei nach eigener Aussage aus der Perspektive von jemandem, der nach dem Abschied von der aktiven Politik im Jahr 2005 bereits dabei war, „die Grünen innerlich hinter sich zu lassen“ und sich anderen Projekten gewidmet hatte, als die Bitte des Verlags, ein Buch über die Geschichte der Grünen zu schreiben, geäußert wurde.

Für alle auch an Strömungsgeschichten interessierten LeserInnen bietet das Buch viele

Einsichten in die Ausgangsbedingungen und Flügelkämpfe sowie ihrer Fortschreibungen bis in die heutige Zeit. Dabei zieht Volmer eine Grundlinie eisern durch: Sein Flügel, die „undogmatische Linke“, habe schon immer mit ihren politischen Analysen ziemlich richtig gelegen, während die unterschiedlichen Varianten der K-Gruppen entweder nach und nach aus der Partei ausschieden, oder – wie viele Ex-KBwler und KPD/Aöler – ihre nach Volmers Ansicht schon damals vorhanden ideologischen Grundanlagen bis hin zur Befürwortung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr fortentwickelten.

Neben den interessanten Abschnitten zur Entwicklungsgeschichte bietet Volmer auch einige Thesen zur aktuellen Verfasstheit der Grünen. So entsprachen für ihn die Grünen seit jeher „dem Muster einer postindustriellen Individualistenpartei“. Für Volmer begann der programmatische Niedergang der Grünen bereits in den 1980er Jahren, als sich Vorstellungen einer ökologischen Industriepolitik nicht durchsetzen konnten und stattdessen zunehmend das Konzept einer „Ökologischen Bürgerrechtspartei“ an Einfluss gewonnen habe. Damit einher gegangen sei das stete Ausspielen von ökologischen gegen soziale Aspekte von Politik.

Die Situation nach dem Wahlsieg 1998 sieht Volmer vor allem unter dem Blickwinkel der Konzeptionslosigkeit der SPD, die keine Neudefinition von Sozialstaatlichkeit habe entwickeln können. Für Volmer waren in dieser Zeit auch die personell plurale Aufstellung der Grünen beendet, ein Duo Fischer/ Trittin habe die Punkte links und rechts in der Partei markiert und den Einfluss letztlich untereinander aufgeteilt.

Weniger überzeugend sind Volmers Überlegungen am Ende des Buches, Gedanken des

Kommunitarismus für die zukünftige Programmatik der politischen Linken fruchtbar zu machen. Nichts desto trotz bietet das Buch nicht nur eine gut geschriebene und zu lesende Geschichte der Grünen, sondern auch interessante Einsichten in die politische Entwicklungs- und Ideengeschichte in Deutschland in den letzten Jahrzehnten.

Die Geschichte und Entwicklung der Grünen bildet auch die eine Hälfte von Franz Walters Buch *„Gelb oder Grün? Kleine Parteilgeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland“*.

Walter schildert zunächst, wie immer sprachlich flüssig, die Entwicklungsgeschichte von FDP und Grünen. In Bezug auf die FDP hält Walter fest, dass die Partei auch in den sozialliberalen 1970er Jahren im Kern eine sozialkonservative Besitzbürgerpartei geblieben sei. Die sozialliberalen „Freiburger Thesen“ seien in der Breite der Partei nie wirklich relevant geworden.

Die Grünen hingegen seien mittlerweile ebenfalls in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Ein Großteil des WählerInnenmilieus lasse sich mittlerweile in den Lebensstil des „LOHAS“ („Lifestyle of Health and Sustainability“) einordnen.

Bei den Kernmilieus von FDP und Grünen handelt es sich nach Walter zwar um gesellschaftlich gut abgesicherte Milieus der Mitte. Trotzdem – und das ist die interessanteste These des Buches – widerspricht Walter der Annahme, beide Parteien würden um dieselben WählerInnenschichten konkurrieren. Dieses gilt nach Walter zum einen deshalb nicht, weil die kulturellen Diskontinuitäten zwischen den Gruppen aus den 1970er Jahren nach wie vor virulent seien, zum anderen aber auch, weil die jeweiligen WählerInnengruppen trotz ähnlicher materieller Lage völlig unterschiedliche Anforderungen an Politik hätten. Während von den FDP-WählerInnen das bestehende Gesellschaftsmodell als außerordentlich gerecht

wahrgenommen werde, würde das Grünenmilieu auch die Interessen der Bessergestellten grundsätzlich zur Disposition stellen, beispielsweise mittels der Bürgerversicherung. Walter fasst dies zusammen als Unterschiede in der „normativ unterlegten Perspektive, was eine gute Gesellschaft ausmacht“.

Insgesamt bringt die Lektüre des Buches den/ die LeserIn dazu, die oft postulierte These von den Grünen als den neuen Liberalen noch einmal zu überdenken und stärker zur präzisieren.

Lafontaines Linke?

Mit der Geschichte der Linkspartei setzten sich die Journalisten Wolfgang Hübner und Tom Strohschneider auseinander. Anders als der Titel *„Lafontaines Linke“* andeutet, beschreiben beide Autoren die Geschichte der Partei nicht erst seit dem Eintritt Oskar Lafontaines, sondern widmen sich der Geschichte auch der PDS seit ihrer Gründung. Ihr Ausgangsstandpunkt ist dabei deutlich: Mit dem Bundestagswahlprogramm 1998 sei die SPD „aus der Sozialdemokratie ausgetreten“, und habe damit links von sich Platz gelassen.

Dabei schildern beide Autoren sehr ausführlich den Gang der internen Auseinandersetzungen in der PDS, die Aufstellung der Strömungen und die programmatischen und strategischen Auseinandersetzungen und Knackpunkte. Aus Sicht der SPD sei die Nichtaufnahme von SED-Mitgliedern nach der Wiedervereinigung der strategisch größte Fehler gewesen.

Mit der Fusion von PDS und WASG rückt die Person Lafontaine zunehmend in den Fokus des Buches. Beide Autoren machen aus ihrer Sympathie für Lafontaine keinen Hehl. Manche Passage zu Lafontaine oder anderen aus der SPD in die Linkspartei gewechselten Personen wirkt aus Sicht von in der SPD verbliebenen linken Sozialdemokraten aber doch arg einseitig und im Ergebnis zu wenig abgewogen positiv.

Bücher:

Flierl, Thomas (Hrsg.)

Vordenker

Karl Dietz Verlag, Berlin 2010

143 Seiten, 12,80 €

Fülberth, Georg

„Doch wenn die Dinge sich ändern“

Die Linke

Pappy Rossa Verlag, Köln 2009

175 Seiten, 12,90 €

Hübner, Wolfgang/ Strohschneider, Tom

Lafontaines Linke

Ein Rettungsboot für den Sozialismus?

Karl Dietz Verlag, Berlin 2007

287 Seiten, 14,90 €

Kipping, Katja

Ausverkauf der Politik

Für einen demokratischen Aufbruch

Econ Verlag, Berlin 2009

363 Seiten, 19,90 €

Leif, Thomas

angepasst & ausgebrannt

Die Parteien in der Nachwuchsfalle

C. Bertelsmann Verlag, München 2010

494 Seiten, 22,95 €

Volmer, Ludger

Die Grünen

Von der Protestbewegung zur etab-

lierten Partei – Eine Bilanz

C. Bertelsmann Verlag, München 2010

480 Seiten, 24,95 €

Walter, Franz

Gelb oder Grün?

Kleine Parteigeschichte der besserer-
dienenden Mitte in Deutschland

Transcript Verlag, Bielefeld 2010

145 Seiten, 14,80 €

Walter, Franz

Vom Milieu zum Parteienstaat

Lebenswelten, Leitfiguren und Po-
litik im historischen Wandel

VS Verlag für Sozialwissen-

schaften, Wiesbaden 2010

254 Seiten, 24,95 €

Interessant ist die Darstellung der Entwicklung der Linkspartei aber trotzdem: So ordnen die Autoren die Linkspartei in „drei Kontinente“: 1. eine „Parteilinke“, die sich als grundsätzliche Opposition gegen das System versteht; 2. eine Gruppe der „strategischen Populisten“ um Oskar Lafontaine, die mit dem Aufgreifen auch vieler Forderungen der „Parteilinken“ zunächst Macht in Form parlamentarischer Stärke sammeln will, bevor evtl. an Regierungsbeteiligungen gedacht werden soll, und 3. die „Regierungslinke“, die vor allem aus den ostdeutschen Landesverbänden stammt. Zudem machen Hübner/ Strohschneider eine weitere Lagergrenze in der Partei aus: Die zwischen einer auf staatliche Umverteilung setzenden sozialstaatlichen Linken und einer vor allem auf die Anerkennung von Differenzen zwischen den Lebensstilen setzenden „kulturellen Linken“, die sich vor allem auf die Forderung nach einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ konzentriert. Mit diesem Gegensatz beschreiben die Autoren im Kern einen der zentralen Gegensätze in der politischen Linken: Zwischen individualistischer und solidarischer Linke. An dieser Stelle dürfte auch für einen in Ansätzen bereits begonnenen neuen Crossover-Dialog eine der entscheidenden Weichenstellungen liegen.

Zum Ende des Buches lösen die Autoren den eigentlichen Sinn des Buchtitels auf: Gemeint ist, dass die Linkspartei in der Außenwahrnehmung immer mehr zu „Lafontaines Linker“ werde und damit beinahe zu einer Kopie der Sozialdemokratie vor 1998. An dieser Stelle ist den Autoren nur schwer zu folgen, zu wohlwollend ist hier der Blick auf die realexistierende Sozialdemokratie und die Person Lafontaine vor dem Jahr 1998. Trotzdem ist beiden Autoren ein intelligentes und lesenswertes Buch zur Entwicklung der Linkspartei gelungen.

Auch der Marburger alt-DKP-ler Georg Fülberth widmet sich der Entwicklung der Linkspartei, vor allem aber der Geschichte linker

Flügel innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie. Die Geschichte der Linken in der SPD sieht er dabei historisch immer von drei Tendenzen geprägt: Repulsion – Attraktion – Kohäsion. Repulsion im Sinne des immer wiederkehrenden Mittels des Parteiausschlusses, Attraktion im Sinne der immer wieder aufkeimenden Hoffnung auf die SPD, und Kohäsion im Sinne von politischer Alternativlosigkeit des Engagements in der SPD.

In Bezug auf die aktuelle Linkspartei spricht Fülberth davon, Lafontaine habe eine „sozialstaatliche Umdeutung“ des Sozialismusbegriffs vollzogen. Inhaltlich habe „Die Linke“ bislang vor allem vom Protest gegen Hartz-IV gelebt. Was die Zukunft der Partei betrifft, so ist Fülberth eher skeptisch: Eine neue Partei sei dann erfolgreich, wenn sie eine Funktion für eine Schicht oder Klasse habe. Demgegenüber sei die Linkspartei momentan eher eine „temporäre Flugsandpartei“ ohne eine Kernschicht anzusprechen. Am Ende könne es passieren, dass die Linkspartei Nutznießerin einer gesellschaftlichen Transformation sei, an deren Ende sie selbst nicht mehr vorkomme.

Mit Katja Kipping hat eine der – auch im linken Crossover – aktuell diskussionsfreudigsten Politikerinnen der Linkspartei ein eigenes Buch vorgelegt. Adressat ist dabei weniger das politische Fachpublikum als vielmehr der oder die an linker Politik interessierte WählerIn. Der Untertitel *„Für einen demokratischen Aufbruch“* ist das Leitmotiv von Kippings Buch. Momentan sei eine allgemeine „Entdemokratisierung“ durch die „Zerstörung des Öffentlichen“ sowie einen (Selbst-)„Ausverkauf der Politik“ zu beobachten, die durch ökonomische Ungleichheiten und Ausgrenzungen der Menschen weiter befördert werden würde.

Breiten Raum nimmt daher im Buch eine Reform des Sozialstaats ein, bei dem – wie nicht anders zu erwarten – das Projekt eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ im Mittelpunkt steht. Für Kipping steht das

Grundeinkommen als „Demokratiepauerschale“, der gesellschaftlich aktive „Citoyen“ als Leitbild für die Linke. Klar ordnet sich Kipping auch in die Gruppe der postindustriellen Linken ein, wenn sie fordert, einen Bruch der Wachstumslogik zu vollziehen.

In Fragen der politischen Strategie plädiert Kipping dafür, den Gegensatz zwischen Reform und Revolution hinter sich zu lassen, und stattdessen Projekte der gesellschaftlichen „Transformation“ anzuschieben. Auch hier fällt das Grundeinkommen wieder als Beispiel.

Somit dürfte zwischen der sozialdemokratischen Linken und dem Zusammenhang um Katja Kipping zwar Einigkeit im Ziel der gesellschaftlichen Transformation bestehen, bei der Ausgangsanalyse – Stichwort Bruch mit der Wachstumslogik sowie bedingungsloses Grundeinkommen – aber erhebliche Differenzen zu diskutieren sein.

Ganz andere Perspektiven auf die Situation in der Linkspartei finden sich im von Thomas Flierl herausgegebenen Sammelband *„Vordenker“*, der Texte verschiedener AutorInnen anlässlich des 60. Geburtstages des PDS-Vordenkers André Brie vereint. Viele der recht kurzen Beiträge kreisen um die Rolle des politischen Intellektuellen heute. Thomas Flierl postuliert dazu in seiner „Vorbemerkung“, die Linke in Deutschland müsse wieder „einen positiven Begriff des Intellektuellen“ gewinnen.

Viele Texte beziehen sich auf gemeinsame Erlebnisse mit André Brie, auf die Entwicklung und gemeinsame Sozialisation junger Intellektueller in der DDR, auf die Transformation der SED in die PDS. Auffallend ist, dass wenige AutorInnen vertreten sind, die aktuell noch in der Linkspartei über Einfluss verfügen. Auch Bezüge auf die gegenwärtige Politik und Situation in der Linkspartei finden sich höchstens indirekt durch die Herausstellung von Briés Leistungen für die PDS. So ist der kurze Sammelband vor allem als Gratulation an einen

auch über die PDS hinaus interessanten politischen Denker und als Bändchen zur Rolle des politischen Intellektuellen interessant.

Vom Wandel der Milieus und der Parteien

Was hat sich nun parteiübergreifend gewandelt? Franz Walter versucht sich dieser Frage in seinem Buch *„Vom Milieu zum Parteienstaat“* zu widmen. Vieles im Buch wird jemandem, der regelmäßig die Veröffentlichungen von Walter verfolgt, bekannt vorkommen. Der Autor widmet sich vor allem der Entwicklung von SPD und CDU, wobei sowohl einzelne Epochen wie auch bestimmte Einzelpersonen ohne erkennbare Ordnung herausgegriffen und vorgestellt werden.

Trotzdem enthält das Buch interessante, obgleich aus Sicht der Milieutheorie kritisch zu hinterfragende Denkanstöße: So diskutiert Walter, wie die Einführung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Deutschland zunächst Milieus homogenisiert habe, die dann durch die Einführung des Privatfernsehens wieder getrennt worden seien. Die Erosion der Milieus gelte auch für die CDU. Zusätzlich habe Angela Merkel die Partei in den letzten Jahren „sprachlich wie auch ideell enteignet“. Neue Impulse für „praktische Kapitalismuskritik“ erhofft sich Walter nicht von den Randständigen, sondern eher von den hochqualifizierten, die bisher noch an den Segen der neuen Ökonomie geglaubt hätten.

Passagen wie diese machen das Buch daher auch ohne „roten Faden“ lesenswert.

Beachtenswert ist aber auch ein Blick darauf, wer denn eigentlich die Akteure in den Parteien sein sollen, die fortschrittliche Politik in Zukunft umsetzen könnten. Interessant ist daher ebenso das schon mit dem Titel auch das Fazit verratende Buch *„angepasst & ausgebrannt“* des SWR-Reporters Thomas Leif über den Nachwuchs der fünf im Bundestag vertretenen Parteien.

Vieles wird denjenigen, die in den vergangenen Jahr(zehnt)en Parteipolitik betrieben haben, nicht neu sein. Interessant ist vor allem der Blick auf die CDU. Aus den Interviews mit verschiedenen PolitikerInnen der CDU wird deutlich, dass viele Probleme der Nachwuchsrekrutierung offensichtlich die von großen Volksparteien – und nicht nur der SPD – sind. Trotz mancher Oberflächlichkeit ist der Blick auf die SPD gelungen, beispielsweise bei der Analyse der bestehenden Förder- und Nachwuchsprogramme der Partei wie beispielsweise der Führungsakademie.

Sehr oberflächlich gerät die Diskussion der Frage, wie mehr SeiteneinsteigerInnen für die Politik gewonnen werden könnten. So geht Leif davon aus, dass viele „politikhungrige junge Menschen“ die Ochsentour durch die Ortsvereine nicht mehr machen wollten und auf anderem Wege in die hauptberufliche Politik einsteigen können müssten. Unbeantwortet lässt Leif die Frage, wer dann die alltägliche Parteiarbeit erledigen sollte. Außerdem würde kompetenter Nachwuchs kaum eine Chance zum Seiteneinstieg erhalten, obwohl – wie der von Leif genannte Berater von Bertelsmann – sie doch so tolle Qualifikationen besitzen würden. Warum die Qualifikation die Menschen früher daran gehindert haben könnte, politisch aktiv zu werden, verrät Leif nicht.

So bietet das Buch letztlich einen guten journalistischen Überblick über die Nachwuchslage in den Parteien und über die bisherigen Aktivitäten der Parteien in Sachen Nachwuchsschulung und Rekrutierung. Trotz abschließender Thesen ist das Buch bei der Frage nach Handlungsperspektiven allerdings schwach. Gerade das Buch von Leif zeigt aber, dass neben der Diskussion über politische Inhalte auch die Diskussion über Organisationspolitik der Parteien nicht vernachlässigt werden darf. ■

➔ Thilo Scholle ist Jurist und Mitglied der spw-Redaktion. Er lebt in Lünen.

SPW-HERBSTTAGUNG

Krise des neoliberalen Projekts – Perspektiven für eine neue Reform- und Wachstumsstrategie? 29./30.10.2010

Mit den Spekulationen gegen den Euro und den in vielen EU-Ländern begonnenen Auseinandersetzungen um die Verteilung der Kosten (Sparhaushalte, Austeritätspolitik etc.) hat die Krise eine neue Phase erreicht. Ziel der Tagung ist eine Bestandsaufnahme des neoliberalen Projekts und des Finanzmarktkapitalismus sowie seiner treibenden Akteure (u.a. Stellung der einzelnen Kapitalfraktionen). Ferner sollen die Handlungsmöglichkeiten des Staates (Nationalstaat/EU-Ebene) diskutiert und Regulationsmechanismen und Reformfelder im Hinblick auf eine neue nachhaltige Wachstumsstrategie herausgearbeitet werden. Mit dieser Herbsttagung knüpfen wir an die Heftschwerpunkte Zeit für einen neuen New Deal (spw 169), Linke Hegemonie? (spw 170) Klima, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit (spw 175) und Wachstum neu denken (spw 177) an.

Programm**Freitag, 29. Oktober 2010**

- 18:00 Uhr Anreise und Abendessen
 19:00 Uhr Begrüßung
 19:10 - 21:00 Uhr Die SPD-Linke nach dem Bundesparteitag, Kamin-
 gespräch mit Sascha Vogt,
 Juso-Bundesvorsitzender

Samstag, 30. Oktober 2010

- 8:30 Uhr Frühstück
 9:00 Uhr Hegemonie und Krise des
 Neoliberalismus – Perspek-
 tiven linker Reformprojekte,
 Dr. Jürgen Nordmann,
 Institut für die Gesamtana-
 lyse der Wirtschaft, Uni Linz
 Ende der Krise? Ansätze für
 eine neue Wirtschaftspoli-
 tik, Thomas Westphal, spw-
 Mitherausgeber
 12:30 - 13:30 Uhr Mittagspause
 13:30 - 14:00 Uhr Exile on Mainstreet – Per-
 spektiven eines Wachs-
 tumsmodells jenseits der
 Wallstreet, Dr. Arno Brandt,
 Bankdirektor

14:00 - 16:00 Uhr Regulierungsmechanismen
 und Reformfelder – Wege zu
 einer neuen Wachstumsstra-
 tegie, Diskussion mit Christi-
 an Lips, Bankvolkswirt und
 Analyst, Arno Brandt, Tho-
 mas Westphal.

Moderation: Katja Pelizäus, wissenschaft-
 liche Mitarbeiterin

16:00 Uhr Ende

Anmeldung: Bis 24. Okt. 2010 an verein@
 spw.de, Teilnahmebeitrag
 30 Euro mit / 20 Euro
 ohne Übernachtung

Tagungsort: Heimvolkshochschule Springe
 Kurt-Schumacher-Str. 5,
 31832 Springe

**IMK: Sparkurs dämpft Konjunktur spürbar
 Stellungnahme im Deutschen Bundestag**

Der Sparkurs der Bundesregierung wird im kommenden Jahr die Konjunkturentwicklung in Deutschland spürbar dämpfen. Budgetkürzungen, die Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge und das Auslaufen der Konjunkturprogramme summieren sich 2011 zu einem negativen fiskalischen Impuls von 0,7 Prozent oder knapp 18 Milliarden Euro. Diese Zahlen nennt das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung in einer Stellungnahme zum geplanten Haushaltbegleitgesetz 2011.

In den folgenden Jahren werde der negative Wachstumsimpuls kontinuierlich zunehmen, weil die Regierung ihre Haushaltspolitik an den Anforderungen der ab 2016 wirkenden „Schuldenbremse“ ausrichte. Eine gefährliche Zielsetzung, warnt das IMK: „Das Einschwenken und die mittelfristige Verpflichtung der deutschen Finanzpolitik auf einen stark restriktiven Kurs ohne Rücksicht auf die zu erwartende konjunkturelle Lage stellt ein großes wachstums- und beschäftigungspolitisches Risiko dar“, schreiben Prof. Dr. Gustav A. Horn und Dr. Achim Truger in ihrer Stellungnahme für den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, die im Oktober als IMK Policy Brief erschienen ist.

Quelle: www.boeckler.de

Fünf Fragen an... Barbara König



⇒ Barbara König

Foto: privat

Barbara König, Jahrgang 1969, studierte in Bonn Politikwissenschaften mit Abschluss Magister im Jahr 1995. Im Anschluss war sie als Jugendbildungsreferentin der Jusos NRW bis 2001 tätig. Nach einer Zeit bei der Projekt Ruhr GmbH kam sie als Referentin für Sozialpolitik zum AWO-Bundesverband. Seit 2005 arbeitet Barbara König als Geschäftsführerin des AWO-nahen Fachverbandes „Zukunftsforum Familie“ in Berlin. Bei den Jusos Mittelrhein und auf Bundesebene hat Barbara nicht nur die frauenpolitischen Debatten maßgeblich mitgestaltet. In ihrer politischen Laufbahn war sie außerdem Mitglied des SPD-Landesvorstands NRW, Kassiererin des Unterbezirks Bonn und saß als stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Bonn. Ihren Umzug nach Berlin hat sie für eine Pause nach 17 Jahren aktiver Juso- und SPD-Politik genutzt; in der spw schreibt sie aber noch regelmäßig. Barbara ist verheiratet und lebt mit ihrem Mann in Berlin-Kreuzberg.

spw: Was waren die wichtigsten Meilensteine in deinem politischen Leben?

» **B.K.:** Als hauptamtliche Jugendbildungsreferentin der Jusos NRW war für mich die Mitentwicklung der Kampag-

nenorientierung prägend. Es ging darum, unter einer Dachmarke verschiedene thematische Aspekte zu bündeln und den gesellschaftlichen Umbau voranzutreiben. Als 1995 in NRW die SPD-Landesregierung erstmals mit den Grünen koalieren musste, entwickelten wir z.B. die Kampagne „Rot pur“. Der sozialdemokratische Markenkern sollte trotz Sympathie für das rot-grüne Projekt sichtbar bleiben. Viele Elemente der Kampagnenorientierung konnte ich bei meiner weiteren beruflichen Tätigkeit gut einsetzen. Und der Rot pur-Aufkleber zierte übrigens heute noch mein Parteibuch...

spw: Welche politischen Ereignisse und Themen haben dich besonders geprägt?

» **B.K.:** Ganz klar die Bundestagswahl 1998. Als ich 1989 in die SPD eintrat, befanden wir uns mitten in der bleischweren Kohl-Ära. 16 Jahre lang war in diesem Land in der Sozial-, Bildungs- oder Arbeitsmarktpolitik nichts vorangegangen. Wir spürten nach 1998 eine ungeheure Aufbruchstimmung. Dann stellte sich aber heraus, dass die Sozialdemokratie nach der langen Zeit der Opposition nicht sehr gut aufgestellt war. Die Grundzüge der Agenda 2010 fielen unter Schröder „vom Himmel“. Sicher wäre es gut gewesen, die Debatte um die Zukunft des Sozialstaates vor 1998 in der Gesamtpartei zu diskutieren und auch mit konkreten Projekten zu verbinden. Das müssen wir diesmal besser machen.

spw: Du hast bei den Jusos intensiv Politik gemacht und dabei sicher vieles gelernt. Was hast du aus dieser Zeit mitgenommen und was würdest du heute anders machen?

» **B.K.:** Ich habe bei den Jusos das „politische Geschäft“ von Grund auf gelernt: Debatten initiieren, Mehrheiten organisieren, Konferenzen straff durchziehen, Menschen begeistern. Diese Kompetenzen haben mich vielleicht besser als mein Polito-

logie-Studium auf das Berufsleben vorbereitet. Aber natürlich habe ich auch gelernt, im Hinterzimmer zu kungeln, mit Geschäftsordnungstricks Konferenzen zu sprengen oder den politischen Gegner mürbe zu machen. Damals war der wichtigste Gegner stets die „feindliche“ Juso-Strömung. Zurückblickend erscheint mir das lächerlich. Und ich habe zu viel wertvolle Energie dort verloren. Auf solche Spielchen habe ich mich später sowohl beruflich wie politisch nicht mehr eingelassen.

spw: Die SPD hat sich gerade auf einen Weg zur Erneuerung gemacht. Was ist dir dabei bisher besonders positiv aufgefallen?

» **B.K.:** Die Partei hat sich erstaunlich gut vom Wahldesaster 2009 erholt. In den Zukunftswerkstätten wie auch in den Ortsvereinen und Fachgremien wird befreit und engagiert über den neuen Kurs diskutiert. Wir sind aber noch auf der Suche nach der richtigen Mischung aus Realpolitik und Visionen. Ich finde z.B. die Diskussionen um Kinderarmut zu kleinteilig auf Regelsätze und Ganztagschulen konzentriert. Erst wenn wir die Klärung dieser wichtigen Einzelfragen mit einem Gesamtkonzept verbinden, wird die SPD wieder ausstrahlungsfähig. Mit dem Konzept der „Kindergrundsicherung“ liegt eine solche Vision vor!

spw: Wenn Du in die Zukunft schaust, in etwa 10 Jahren, welche politischen Akzente möchtest du bis dahin noch setzen?

» **B.K.:** Auch wenn sich Milieus verändert haben und die Blütezeit der Großorganisationen vorbei ist: Die Wiederbelebung der alten „sozialdemokratischen Familie“ aus AWO, Gewerkschaften, Falken, Naturfreunden u.a. wäre eine große Sache. Ich erlebe im Job, dass die SPD-Nähe häufig als peinlich betrachtet wird. Dabei könnten uns gemeinsame Werte und Geschichte stärken. Und ich will an meinem Platz daran mitwirken, die

Sozialpolitik aus ihrer „Wohlfahrtsecke“ zu holen. Sigmar Gabriel sprach jüngst vom Sozialstaat als „Freiheitsagentur“. Das hat mir gut gefallen...

spw: Barbara, vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Das Interview führte Alexandra Kramm..

■ Kindergrundsicherung

Gemeinsam mit AWO, Deutschem Kinderschutzbund, GEW und anderen Verbänden setzt sich das Zukunftsforum Familie für eine Kindergrundsicherung in Höhe von 502 Euro für alle Kinder ein. Die neue Leistung deckt das soziokulturelle Existenzminimum ab und ersetzt alle bisherigen Förderungen (Sozialgeld, Kinderzuschlag, Kindergeld, Freibeträge, etc.). Durch die Besteuerung schmilzt die Kindergrundsicherung bei steigendem Elterneinkommen stetig ab. Damit soll die gesamte Familienförderung sozial gerechter werden. Zusätzlich fordert das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG den flächendeckenden und gebührenfreien Ausbau der Bildungsinfrastruktur. Weitere Informationen unter www.kinderarmut-hat-folgen.de.

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Abriss, Umbau, Renovierung?
Steffen Lehndorff (Hrsg.)
244 Seiten; € 19,80

Klassen im Postfordismus
Hans-Günter Thien (Hrsg.)
381 Seiten; € 29,90

Prämienpaket 2

Zwischenwelten und Übergangszeiten
Eric Hobsbawm
240 Seiten; € 18,00

Es geht nur anders!
Jochen Becker / Wolfgang Ebert /
Jochen Marquardt (Hrsg.)
275 Seiten; € 15,00

Prämienpaket 3

Zukunft der Tarifautonomie
Reinhard Bispinck / Thorsten Schulten (Hrsg.)
216 Seiten; € 16,80

ArbeitsUnrecht
Werner Rügemer (Hrsg.)
251 Seiten; € 24,90

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- ☐ Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- ☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- ☐ Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- ☐ Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

- ☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____ Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum, Unterschrift _____

☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

- ☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 384 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.